

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 23. Dezember 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 RM. pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM., für das übrige Ausland 3 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Land, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Intensions-Gebühr

Beitrag für die festgesetzte Rollengebühr oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengelände und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Intenrate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Kampf zwischen Liberalen und Konservativen in Ostpreußen.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Ostpreußen war in den letzten Jahrzehnten die unbestrittene Domäne der Konservativen und des Bundes der Landwirte, nur in Königsberg und einzelnen wenigen größeren Provinzstädten hatten die Liberalen, Nationalliberalen wie Volksparteiler, die hier auf Grund eines für die Provinz abgeschlossenen Abkommens gemeinsam operierten, einige Bedeutung. Fast das ganze flache Land und die kleinen Städte standen unter dem Banner der Konservativen, die mit allen ihnen zu Gebote stehenden politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln dieses Gebiet beherrschten. Lediglich der Sozialdemokratie war es bisher gelungen, ihnen auf dem Lande etwas Abbruch zu tun, die Liberalen hatten längst jeden ernstlichen Versuch, die Konservativen zu verdrängen, aufgegeben. Die Eroberung von Memel-Heudekrug durch den Nationalliberalen Schwabach beweist nichts; denn dieser Kreis war nach dem Tode Moltes niemals fester Besitz der Konservativen und zudem durch seine wirtschaftliche Struktur und die Eigenart seiner Bewohner für die klingende Propagandamethode des Millionärs Schwabach nie geschaffen.

Dieser Zustand hat sich mit einem Schlage geändert. Die Haltung der Konservativen bei der Finanzreform, der Sturz Bülow und ihr Zusammengehen mit dem Zentrum hat auch in Ostpreußen bis weit in die konservativen Kreise hinein eine Verstimmung ausgelöst, die die Liberalen Morgenluft wittern ließ. Die Nationalliberalen nutzten die Situation schnell aus, einigten sich mit den Volksparteilern über die diesen zur Bearbeitung zu überlassenden Wahlkreise und gingen den Konservativen energisch zu Leibe. In allen Städten und zahlreichen größeren Ortschaften hielten sie Versammlungen ab und gründeten nationalliberale, patriotische, mittelparteiliche, nationale und sonstige Wahlvereine, die nunmehr Sammelbecken für alle mit der Haltung der Konservativen unzufriedenen bürgerlichen Elemente wurden. Ganz offen erklärte ein nationalliberaler Redner im Dezember v. J. in Insterburg in einer dortigen Versammlung, nachdem er die durch die Konservativen geschaffene politische Situation geschildert hatte:

„In einem solchen Augenblick erscheint es geradezu als eine national-politische Pflicht, auch in unserem Wahlkreis eine feste Organisation des nationalliberalen Wahlvereins zu schaffen. Um ihn werden sich dann säubern: erstens selbstverständlich die Männer, die in ihrer politischen Überzeugung immer nationalliberal gewesen sind und oft den Mangel einer Organisation schmerzlich empfunden haben. In dem nationalliberalen Wahlverein werden zweitens alle diejenigen eine ihrer politischen Auffassung am nächsten kommende Sammelstelle erblicken, die bisher vielleicht mit der konservativen Partei mitgelaufen sind, nun aber es für unmöglich halten, für deren Programm noch mit dem Wahlzettel einzutreten.“

Bezeichnend ist, daß es vorwiegend Beamte, wie Richter, Staatsanwälte, Oberlehrer und ähnliche sind, die die Fahne der Rebellion erhoben und die Gründung und Leitung dieser antikonservativen Organisationen in die Hand genommen haben. Freilich, zu verwundern ist das nicht, denn gerade diese Kreise haben sich längst nur mit stummem Ingrimm der agrarkonservativen Gewaltherrschaft gefügt; sie waren längst, wie es in der Abfrage der Elbinger Konservativen an Herrn v. Oldenburg heißt, mit dem rücksichtslos eigenen, demagogischen Vorgehen des Bundes der Landwirte nicht einverstanden. Dazu kommt, daß die Junker sie wohl benutzten, im übrigen aber sie nicht viel höher bewerteten, als ihren Instmann, der für sie arbeiten darf, aber nichts zu sagen hat.

Auch die Geschäftsleute, die Handwerker und sonstige Angehörige des Mittelstandes, die durch den brutalen Terror, den der Bund der Landwirte hier im Osten ausübt, seit Jahren zu Parteigängern der Konservativen gepreßt waren, atmeten auf, strömten in großer Zahl zu den liberalen Versammlungen und stimmten jubelnd den gegen die Konservativen gerichteten Reden zu. Die Mutigsten schlossen sich auch den sogenannten mittelparteilichen nationalen Wahlvereinen an. Die Bauern, bei denen ein instinktiver Haß gegen die Junker traditionell ist, wurden durch den unter nationalliberalen Einfluß stehenden Bauernbund gegen die Konservativen nicht ohne Erfolg mobil gemacht. Denn diese neue Organisation bot ihnen auf wirtschaftlichem Gebiete das gleiche, wie der Bund der Landwirte, und sie brauchten sich fürderhin nicht mehr die junkerliche Bevormundung gefallen lassen. Mit großem Eifer betonten die liberalen Parteisekretäre, deren jetzt bereits mehrere in der Provinz angestellt sind, die schützöllnerische Gesinnung der Liberalen. Ihr Generalsekretär wies in einer der Abwehr konservativer Angriffe dienenden öffentlichen Erklärung im März d. J. darauf hin, daß der Bauernbund und die Liberalen an der Schulpolitik festhielten, aber nicht an der Carrivischen, sondern an der alten Bismarckischen, die 1902 wieder zu Ehren gekommen sei.

Die Konservativen versuchten anfangs, dieser rührigen liberalen Propaganda gegenüber eine gewisse Würstigkeit an

den Tag zu legen. Herr v. Oldenburg redete von den Koddriegen, konfusen Liberalen. Doch erkannten sie bald den Ernst der Situation und machten die bündlerischen Wanderredner mobil. Die Rede in deren Versammlungen belehrte sie indes, daß ihre Machtposition in der Provinz ernstlich bedroht war. Wie schlimm es um sie bereits stand, wurden sie erst gewahr, als bei der Nachwahl ihnen die Liberalen den bombastischeren Wahlkreis Ost-Diecko-Johannisburg im ersten Wahlgange abnahmen.

Nunmehr wurde der ganze konservative Parteiapparat in Bewegung gesetzt. Der Landrat trat in Aktion. Im Sommer d. J. tagte in Allenstein der Landratstag, und zufällig auch am selben Ort, zur selben Zeit und im selben Lokal eine Besprechung der konservativen Vertrauensmänner der Provinz. In geistige Unkosten scheinen die Herren sich dort nicht gestürzt zu haben, denn die ganze Abwehraktion, die danach einsetzte, bewegte sich in dem alten Gleise landräulicher Wahlmache. Man versuchte, vor den Liberalen grüselig zu machen dadurch, daß man sie als Verbündete der Sozialdemokratie hinstellte und die nationalliberale „Königsberger Allgemeine Zeitung“, ein in widerlichem Byzantinismus machendes Scharfmacherorgan schlimmster Art, als sozialdemokratisches Blatt bezeichnet. Landrat und Gendarmerieversuche, bei Gastwirten und Hoteliers auf dem Lande und in den kleinen Städten die Ersetzung dieses Blattes durch die agrarkonservative „Ostpreussische Zeitung“ herbeizuführen. Den wirtschaftlich und politisch Abhängigen, die gewagt haben, sich den Liberalen zuzuwenden, läßt man die Uebermacht, die die Agrarkonservativen nun einmal in allen öffentlichen Körperschaften der Provinz haben, rücksichtslos fühlen.

Indes scheinen die Herren ein richtiges Vertrauen zu der Wirksamkeit dieser alten Mittel selbst nicht mehr zu haben, und sie sollen nach den in die Presse gelangten Nachrichten auch dazu übergegangen sein, die Junker ihrer Kandidaten für die nächste Wahl einer ernstlichen Prüfung zu unterziehen. Einige jeweilige Abgeordnete sollen da schlecht standgehalten haben. Sie werden wahrscheinlich durch zuträffigere Kandidaten ersetzt werden. Selbst die konservative Spiritusleuchte Kreth will man in Stallupönen-Darkehmen durch einen Landrat ersetzen.

Nun, der Wahlausfall in Labiau-Wehlau hat bewiesen, daß ihre rührige Abwehraktion den Konservativen bisher wenig genutzt hat, jedenfalls das siegreiche Vordringen der Liberalen nicht hat aufhalten können. Gleichwohl hat diese Wahl aber auch gezeigt, daß die Bäume der Liberalen nicht in den Himmel wachsen, und daß es eine Illusion ist, anzunehmen, die ostpreussischen Wahlkreise ließen sich den Konservativen im Sturm abjagen, ein Gedanke, der sich nach dem Erfolg in Ost-Diecko in vielen liberalen Köpfen festgesetzt hatte. Es ist auch eine arge Selbsttäuschung, wenn die Liberalen sich einreden, in den eroberten ostpreussischen Kreisen habe der Liberalismus gesiegt, und diese Siege seien ein Beweis für das Vordringen der liberalen Ideen in Ostpreußen. Nichts irriger wie das. Die Wähler, die in Ost-Diecko wie in Labiau-Wehlau den liberalen Kandidaten wählten, haben in ihrer überwiegenden Mehrzahl wohl kaum eine Ahnung davon, was Liberalismus bedeutet. Nicht aus liberaler Überzeugung oder aus Sympathie für die Liberalen gaben sie diesen ihre Stimme, sondern hauptsächlich aus Abneigung und Haß gegen die Konservativen. Diesen, deren Hochmut und brutale Unterdrückung sie seit Jahren schwer empfinden, über deren schamloses Verhalten bei der Finanzreform sie empört waren, wollten sie eine Niederlage bereiten, deshalb wählten sie, soweit die sozialistische Aufklärung bei ihnen noch nicht Boden gefaßt hatte, liberal.

Derartige aus augenblicklichen Stimmungen und Bestimmungen geborenen Erfolge pflegen nicht von langer Dauer zu sein, und es erscheint sehr zweifelhaft, ob die allgemeinen Wahlen im nächsten Jahre das halten werden, was die seitherigen Nachwahlen versprochen. Jedenfalls haben die Liberalen im nächsten Jahre unter ungemein ungünstigeren Verhältnissen gegen die Konservativen zu kämpfen als bei den erwähnten Nachwahlen. Ihnen dürften nicht entfernt die sekundären Mittel und die große Zahl von Agitationskräften für die einzelnen Kreise zur Verfügung stehen, wie sie sie bei den Nachwahlen zur Verfügung hatten. Hingegen wird für die Konservativen in allen Kreisen der behördliche Apparat mit der gleichen Intensität funktionieren wie bei den Nachwahlen, und die Großgrundbesitzer werden ihre wirtschaftliche Uebermacht mit derselben Rücksichtslosigkeit den abhängigen Wählern fühlen lassen, wie bisher, eher noch etwas ärger.

Daß bei einem so heißen Ringen zweier so reich mit Geld und politischen und wirtschaftlichen Machtmitteln ausgestatteten Parteien um die Gunst der überwiegend politisch sehr rückständigen und wirtschaftlich abhängigen Wähler die Sozialdemokratie, die weder über die Geldmittel verfügt, noch frei und ungehindert agitieren kann, vorübergehend etwas ins Hintertreffen gerät, darf nicht wundernehmen. Sie verliert vorerst die Wähler, die, ohne innerlich zu ihr zu gehören, bisher ihrer Empörung über die Politik der Konservativen in Ermangelung eines ernsthaften liberalen Kandidaten durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck gegeben hatten. Wie der Ausgang der Wahl in Labiau-Wehlau zeigt, waren dort diese Wilsäuser bereits bei den Spottwahlen abgefallen und zu den damaligen Blockbrüdern der Liberalen, den Konservativen, abgeschwenkt. Der

damals festgebliebene Stamm sozialdemokratischer Wähler hat auch bei der heurigen Wahl treu zur Partei gehalten, und das, obwohl durch eine geradezu amerikanische W.h.mache der Liberalen der Wahlkreis aufgewühlt wurde, wie nie zuvor, und die Konservativen in der unerhörtesten Weise ihre Machtmittel zur Anwendung brachten. Na, es wurden sogar noch einige hundert sozialdemokratische Stimmen zugezogen. Daß auf diese Wähler die Partei rechnen kann, beweist auch die bewundernswürdige Disziplin, die sie bei der Stichwahl bewiesen.

Dieses Ergebnis bietet uns die Gewähr, daß unter normalen Verhältnissen die Sozialdemokratie auch in Ostpreußen ihren unaufhaltbaren Vormarsch fortsetzen wird.

Kein Zweifel, das Vorgehen der Liberalen in Ostpreußen ist insofern zu begrüßen, als es dazu beiträgt, den Bann der Konservativen, der wie ein Alp auf das politische und wirtschaftliche Leben der Provinz lastet, zu brechen, politische Neugestaltungen zu schaffen und das politische Leben reger zu gestalten.

Dadurch dürfte auch für die sozialdemokratische Saat der fruchtbare Boden empfänglicher werden. Denn das sollten die Liberalen sich nicht verhehlen: der endgültige Entscheidungskampf wird ebenso wie im Westen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie, auch im Osten zwischen Sozialdemokraten und Konservativen ausgefochten werden.

Hundert Mißhandlungen in 1 1/2 Stunden.

„Mindestens hundert solcher Fälle habe ich in dieser Zeit von 9 bis 11 oder 1 1/2 Uhr beobachtet.“ erklärte in der Donnerstags-Sitzung des Moabiters Prozesses der Zeuge Griese, nachdem er anschaulich geschildert hatte, wie fast jeder Passant, der an dem betreffenden Tage zu jener Zeit an dem Schumannsaufgebot an der Ecke der Weisestraße und Hüttenstraße vorbeikommt, in der brutalsten Weise ohne jeden Grund verprügelt wurde. Hundert Fälle in 1 1/2 Stunden! Wo bleibt da die Verlegenheitsrede von den „einzelnen Fällen“. Dabei ist die Angabe des Zeugen Griese nur eine unter vielen. Ein anderer Zeuge hat in kurzer Zeit mehr als dreißig derartige Mißhandlungen gesehen. Es ist für alle diese Fälle charakteristisch, daß sie zu einer Zeit geschahen, da Menschenansammlungen absolut nicht vorhanden waren, wo von einer Bedrängung der Schupsteute in keiner Weise die Rede war. Es ist also auch nicht einmal als milderndes Moment geltend zu machen, daß die Polizeibeamten durch kurz vorher ausgeführte Mißhandlungen durch Herausforderungen, durch zusammengeworfene Menschenmassen gereizt worden seien. Sondern es liegt hier so klar wie nur möglich zutage, daß lediglich die Lust an der Gewalttat und Rohheit sie zu ihren Handlungen gebracht hat, daß die Schupsteute sich gewissermaßen für ihren schweren, langen Dienst schadlos hielten durch maßlose Verprügelung friedlicher Passanten, daß sie eine grimmige Befriedigung dabei empfanden, die Bürger an canaille behandeln zu können. Charakteristisch für die Stimmung der Schupsteute ist ein Nebenmerkmal, den der Zeuge Griese beobachtet hat. Er sagte aus, daß verschiedene der Passanten bei der Verprügelung ihren Hut verloren. Ihre Ausrufe: „Mein Hut! mein Hut!“ wurden von den Schupsteuten mit der höhnischen Aufforderung beantwortet, doch den Hut zu holen, und wenn sich einer dadurch verleitete, noch einmal zu diesem Zwecke umzukehren, so erhielt er aufs neue Schläge.

Wie geschlagen worden ist, das geht mit grauer Deutlichkeit aus der Tafel hervor, daß der Zeuge Webenner das Klatschen der Hiebe drei Stod hoch so deutlich vernahm, daß er erregt aus dem Bett sprang. Und vor den Tisch des Gerichts trat in dieser Sitzung Zeuge um Zeuge, der viele Wochen im Krankenhaus oder in ärztlicher Behandlung zubringen mußte, der lange Zeit arbeitsunfähig war infolge fürchterlicher Säbelhiebe, die ihm die „Sicherheits“-Beamten beibrachten. Und das Charakteristische ist wieder, daß keiner dieser Verletzten seine Wunden in einer von den Schupsteuten attackierten Menschenmenge erhalten hat. Es handelt sich allemal um Leute, die fern von Zusammenrottungen waren, die der von den Schupsteuten getriebenen Menschenmasse weit voraus-eilten und von entgegenkommenden Polizeibeamten gefangen wurden, oder die sich in von solchen größeren Ansammlungen gänzlich freien Straßen bewegten. Sie wurden gefaßt, weil es den betreffenden Beamten gefiel, zu haufen — ein anderer Grund ist nicht ersichtlich. Und daß manche Vorgesetzten bei solcher Säbelerei mit dabei waren, das haben auch in dieser Sitzung wieder verschiedene Aussagen ergeben. An der Spitze der Schupsteute, die in den Hof der Turbinenfabrik der A. E. G. eindringen und dort ohne weiteres, ohne sich erst im geringsten zu vergewissern, loszuschlagen, den Inspektor auf ein Haar verhaften hätten und einen jungen Menschen zu Boden säbelten, war ein Leutnant. Und bei der Räumung eines Lokals in der Bielestraße war's ein Leutnant, der das Kommando zum Verprügeln der Leute gab, die die Wirtschaft gemäß dem Gebot der Polizei verließen. Bei den massenhaften Verprügelungen, den mehr als dreißig Fällen, die der Zeuge Webenner gesehen hat, war ein Polizeileutnant in der Nähe; es wäre mehr als merkwürdig, wenn der Herr nicht den einen oder den anderen dieser Fälle gesehen hätte. Ein Eingreifen von seiner Seite aber ist absolut nicht zu bemerken gewesen. Ein Leutnant war dabei, als der Schupsteute Reumann geschlagen wurde.

Empörende Einzelheiten sind in dieser Sitzung wieder zur Sprache gekommen — die niederträchtigste aller Rohheiten, das Einhaufen mehrerer Schupsteute auf einen bereits hilflos am Boden liegenden ist auch keine vereinzelte Erscheinung, ist auch keine Ausnahme mehr. Und die Schlagenden haben sich mehrfach

gefesselt, Leute, die die Verwundeten aufrichten und ihnen fortzuziehen wollten, mit Schüssen davonzubringen.

Unübersehbar schwillt das Material gegen die Polizei an. Immer jämmerlicher aber werden die Angaben der Polizeizeugen. Die Donnerstag-Sitzung war geradezu ein Aufmarsch von Jagdwild, die nichts weiter oder doch nicht viel mehr zu behaupten hatten, als das eine: „Ich habe nichts gesehen!“ Die darüber hinaus noch etwas zu sagen hatten, waren die Ausnahmen — mit welchen Augen man die Vorgänge angesehen haben, verrät die Hartnäckigkeit, mit der der Zeuge Dr. Silberriet den Ausdruck „Durchbrechen der Schützmannsreihe“ angewendet. Er war ihm so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, daß er schließlich gar zwei Kinder, die durchgelassen wurden, die Kette durchbrechen ließ. Für seine absonderliche Vermutung, daß Robfahrer, die er in den Reihen gesehen, Rädelführer gewesen seien, hatte der Herr nur die eine dürftige Tatsache anzuführen, daß diese Robfahrer von der Menge durchgelassen worden seien. Kühne Logik! Der letzte der von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen hat in dankenswerter Weise die Behauptungen der Verteidigung bestätigt, daß die Ausstellungen des ersten Tages ausschließlich vom Jagdwild begangen wurden. Unter Umständen erweist sich so auch einmal einer von Jagdwildern als ein Zeuge von Belang. Aber die Polizei und die Staatsanwaltschaft haben dann meist keinen Grund, von der Aussage befriedigt zu sein.

Raubbau und Viehverfeuchung.

Der badische Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, hat es schon durch seine bekannte Aeußerung, daß die Sozialdemokratie eine grobhartige Bewegung sei, gründlich mit den konservativen und ultramontanen Agrariern verdorben, seine neuesten Ausführungen in der badischen Landwirtschaftskammer über die Verfeuchung des süddeutschen Viehs durch das norddeutsche werden aber die Entrüstung der Agrarier zur hellroten Flamme aufstacheln, so daß wir uns in nächster Zeit auf die possibelsten Ergüsse der konservativen Agrarierseele gefaßt machen können.

In der vorgestrigen Sitzung der badischen Landwirtschaftskammer, die unter dem Vorsitz des Prinzen Löwenstein stattfand (dessen, aus dessen Stallungen mehrfach feuchtkrankes Vieh nach Heidelberg geliefert worden ist), kam nämlich die Anfrage zur Verhandlung, weshalb die badische Regierung von der Reichsregierung die Verfeuchung zur Einfuhr von französischem Vieh in Baden erwirkt habe. Der geschäftsführende Direktor der Kammer begründete eine Entscheidung der Kammer, wonach nach der derzeitigen Marktlage kein Bedürfnis für die Einfuhr französischen Viehs vorhanden sei und die Landwirtschaftskammer in der Fortdauer der Einfuhr eine bedenkliche Schädigung der Entwicklung der einheimischen Viehzucht erblicke.

Der Minister des Innern, Freiherr v. Bodman, wies, wie die „Kölnische Zeitung“ berichtet, in seiner ausführlichen Erwiderung darauf hin, daß nach dem Wortlaut des Reichsgesetzes kein Anlaß mehr vorgelegen habe, die bisherige Sperre gegen Frankreich aufrechtzuerhalten, nachdem dort schon seit 12 Jahren die Maul- und Klauenseuche vollständig erloschen sei. Ein Vorstoß gegen die einheimischen Interessen der badischen Landwirtschaft könne in der Zulassung französischen Viehs in die badischen Schlachthöfe nicht erblickt werden, da feststehe, daß die badische Viehzucht in erster Linie mehr auf Gewinnung hochwertiger Zuchtviehs als von Schlachtvieh gerichtet sei. Wie ferner aus dem ausführlichen Rückgang des Viehstands in Bayern, Württemberg und auch in Baden hervorgehe, habe die einheimische Landwirtschaft Badens Raubbau in ihrer Viehzucht getrieben, das heißt mehr Zuchtvieh auf die Schlachthöfe geführt, als den Interessen der Rucht entprochen hätte. Süddeutschland sei gar nicht in der Lage, den Bedarf seiner Bevölkerung an Schlachtvieh zu decken. Der Bezug von Schlachtvieh aus Norddeutschland sei aber bedenklich, weil dort fast niemals die Maul- und Klauenseuche erlosche und immer wieder vom Norden nach Süddeutschland verschleppt würde. Gerade vom Standpunkt der Landwirtschaft aus sei die Zulassung französischen Viehs berechtigt und notwendig gewesen. Der Minister des Innern erklärte mit aller Bestimmtheit für ausgeschlossen, eine bindende Erklärung darüber abzugeben, daß in nächster Zeit die Einfuhr wieder gesperrt würde, solange Frankreich von der Maul- und Klauenseuche frei sei.

Alle Befehle des Ministers waren jedoch vergeblich; bei der Abstimmung wurde die Entscheidung der Landwirtschaftskammer nahezu einstimmig angenommen.

Berechtigt sind die Ausführungen des Freiherrn v. Bodman zweifellos, denn wie in Bayern ist auch in Baden das Ergebnis der außerordentlichen Viehzählung vom 1. Dezember dieses Jahres recht mager. Nach amtlicher Mitteilung nimmt der Rindviehstand Badens in den letzten Jahren fortwährend ab. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Rückgang an Rindern 8000, gegenüber der Zählung vor drei Jahren 41 000. Der Schweinebestand hat im letzten Jahr etwas zugenommen, bleibt aber immer noch hinter der Zählung von 1907 um rund 45 000 Stück zurück. Doch mag Herr v. Bodman auch noch so recht haben; seine Ausführung über die Verfeuchung des norddeutschen Schlachtviehs wird ihm das preussische Junkertum nie verzeihen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Dezember 1910.

Ein Spionage-Prozess.

Am Mittwoch und Donnerstag wurde vor dem Reichsgericht in Leipzig eine Spionageaffäre gegen zwei englische Offiziere verhandelt, die von einer Reihe von deutschen Seebefehlshabern Photographien aufgenommen und auch sonst sorgsam gesicherte militärische Geheimnisse zu erkunden versucht hatten. Da das Beweismaterial offensichtlich vorlag und die beiden Spione auch gar keinen Versuch machten, zu leugnen, sondern sowohl ihre Spionage als auch die Strafbarkeit ihres Vorgehens ohne weiteres zugaben, rollte sich die Verhandlung glatt ab. Am zweiten Verhandlungstag fanden bereits die Plädoyers statt und am demselben Tage noch wurde das Urteil gefällt, das auf je vier Jahre Festung lautete. Als Strafmildernd hatte das Reichsgericht es angesehen, daß die beiden Offiziere im Dienste ihres Vaterlandes, also nicht ehrenlos geschickelt hätten. Andererseits wurde jedoch die „große Gefährlichkeit der Handlungswiese“ der Angeklagten berücksichtigt und „der große Schaden, der hätte entstehen können oder vielleicht schon entstanden ist“.

Daß England wie alle Militärländer, wie auch Deutschland, Spionage treibt, ist allbekannt und selbstverständlich. Insofern beansprucht der Prozeß keinerlei Bedeutung. Er könnte sie nur dadurch gewinnen, daß unsere Chaubinisten aus der — wie gesagt, ganz selbstverständlichen — Tatsache, daß England die deutschen Seebefehlshabern auskundschaften suchte, die lächerliche Folgerung ziehen sollten, daß England an einen Angriffskrieg gegen Deutschland denke. Schon hat ja die Presse dem Reichsanwalt eine solche Aeußerung unterstellt, die von diesem allerdings dementiert worden ist. Eine solche Folgerung wäre auch ebenso töricht wie gewissenlos. Beweist doch die englische Spionage nicht mehr, als daß das militärische England gegenüber Deutschland ebenso auf der Hut ist, wie das militärische Deutschland gegenüber England, und deshalb alles in Erfahrung zu bringen sucht, was ihm für den Kriegszustand nützlich könnte.

Aber zu einer anderen Bemerkung veranlaßt uns eine Wendung des Reichsanwalts. In seinem Plädoyer hob er auch anerkennend hervor, daß die beiden englischen Spione keinen Versuch gemacht haben, irgendeinen Deutschen für ihre Zwecke zu gewinnen. In der Tat, hier handelten die englischen Offiziere — ob nur aus Vorsicht, bleibe dahingestellt — anständiger als irgendein deutscher Beamter. War es doch ein preussischer Polizeikommissar, Herr Schöne, der einem ausgewiesenen russischen Kaufmann die Zurücknahme des Ausweisungsbefehls versprach, wenn er unter einem ihm von der Polizei angelegten gefälschten Paffe nach Rußland zurückkehrte und dort Spionendienste für Deutschland leistete.

Die Affäre des Herrn Schöne ist ja im „Vorwärts“ wiederholt eingehend behandelt worden; es ist aber gut, an sie zu erinnern, um unseren Chaubinisten, die etwa wieder ein wenig in Englandheide zu machen gedächten, von vornherein den Mund zu stopfen!

Patriotenfreunden.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Blatt der Zeichen- und Hüttenmagnaten, macht sich in einem satirischen Artikel über die kuriosen telegraphischen Berichte lustig, die der Vertreter des offiziellen Wolffschen Telegraphenbureaus und einige andere gleichgestimmte Korrespondenten tagtäglich über die „Kronprinzenreise“ in die Welt hinausenden. Spöttisch meint das Blatt:

„So geht es nun seit Anfang des Kronprinzenreises: Seine Kaiserliche Hoheit der deutsche Kronprinz hat heute vormittag an Bord Golt gespielt“, hat uns das halbamtliche Nachrichtenbureau mehrmals berichtet. Natürlich ist dieses wichtige Ereignis auch auf der Platte festgehalten worden, und wird den andächtigen deutschen Lesern der verschiedenen illustrierten Blätter zum Frühstück serviert. Ober: Die hohen Herrschaften beteiligten sich in ungezwungener Weise an den Gesellschaftsspielen an Bord“. Dann setzen wir den Kaiserpropheten die Regelkugel über das Schiffswerck rollen, während alle Mitreisenden andächtig zuschauen und ein vernünftiger Kritiker sich über diese Zusätze lustig macht.

Nun ist gegen einen solchen Zeitvertrieb an Bord wirklich nichts einzuwenden. Reisender Lust Gemüt und Sinn, gleich wie ihr Leib schwebt her und hin. Aber man sollte doch diese Dinge als Selbstverständlichkeiten hinnehmen und nicht jede Handbewegung des Kronprinzen und der Kronprinzessin aufnotieren, telegraphieren, photographieren und kinematographieren; denn auch das Letztere geschieht, und zwar amüßlich, wie auch ein ferdigewandter Herr den Kronprinzen begleitet, um dem deutschen Volke ein Prachtwerk über die Reise des künftigen Kaisers zu senden. Nur möchten wir diesem Prachtwerk einen mehr sachlichen Inhalt, als ihn die bisherigen halbamtlichen Drahtberichte enthielten. Wann der Kronprinz an Bord oder auf dem Lande Golt spielt und ob er gut oder schlecht spielt, wann er regelt, wie er weitschüßert und ob er Antilopen oder etwas anderes schießt, das interessiert das deutsche Volk nicht oder sollte es wenigstens nicht sonderlich interessieren. Aber leider gibt es ja auch sehr viele solche, die die Sehnsucht ob ihrer Weisheit und Verdienst haben und sich mit dem im „Simulissimus“ jüngst abgebildeten Herrn Otto Krähschwamm, Fabrikanten aus Jütten, glücklich preisen würden, die allerhöchste seefrankheitliche Verbesserung im Jülicher als Kunden von der Kronprinzenreise ihrem Töchterchen mit nach Hause bringen zu können.“

Wir verstehen nicht, warum sich das Blatt der Zeichenbesitzer so aufregt. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß jemand, der täglich aus dem Scherischen „Lokalanzeiger“ oder dem „Reichsboten“ seine politische Bildung bezieht und daneben vielleicht noch seine literarischen Bedürfnisse in der „Woche“ befriedigt, schließlich nicht nur im Goltspiel der Kronprinzenpaare, sondern sogar in dessen „seefrankheitlicher Verbesserung“ oder in dessen Stuhlgang Ereignissen von weltgeschichtlicher Bedeutung erblickt und sich an der Schilderung dieser großen Momente durch Wort und Bild vaterländisch begeistert.

Zum Kampf gegen den „inneren“ Feind.

Wie die „Difsee-Zeitung“ erzählt, hat das Kriegsministerium an sämtliche Armeekorps eine Verfügung erlassen, die sich mit der Revision der „Aufrühr-Akte“ befaßt. Das Vorhandensein dieser „Aufrühr-Akte“ wurde auf dem Parteitag in Magdeburg festgestellt, dadurch, daß der Korpsbefehl des Generals v. Bissing der Deffektivität übergeben wurde. Die Aufforderung des Kriegsministeriums läßt erkennen, daß es sich dabei keineswegs um eine Privatleistung des Generals v. Bissing gehandelt haben kann, sondern um eine ganz allgemeine vom Kriegsministerium ausgehende Anweisung. Vielleicht geht man auch nicht fehl in der Annahme, daß die Vorgänge in Magdeburg von bestimmendem Einfluß für den neuen Entschluß des Kriegsministeriums gewesen sind. Die seefrankheitliche Presse hat ja Wochen hindurch darauf hingewiesen, daß in solchen Fällen ohne weiteres Militär requiriert werden müsse. Der Kriegsminister will nun wahrscheinlich dem Wunsch der Seefrankheit Rechnung tragen. Bei der Beratung des Militärkretes im Reichstag wird dem Kriegsminister natürlich Gelegenheit geboten werden, über seine Vorbereitungen zum Straßenkampf nähere Auskunft zu geben.

Das ritterschaftliche Schulwesen Mecklenburgs.

Die Mängel im ritterschaftlichen Schulwesen des Mecklenburgs haben sich demnach zugepunkt, daß selbst die Mecklenburgische Regierung Reformen für dringend nötig hält. Nach der Verordnung vom 21. Juli 1821 erstreckt sich der Unterricht auf Religion, Schreiben und Rechnen; das Lesen wird nicht erwähnt, sondern findet sich erst in der Ergänzungsverordnung vom 8. April 1870. Die Regierung fordert jetzt sämtliche in den Volksschulen sonst gebräuchlichen Unterrichtsgegenstände, obwohl sie nicht verkennet, daß die Ritter den Realien wahrscheinlich Widerstand entgegenzusetzen werden, ebenso dem Turnen und den weiblichen Handarbeiten. — Die für den Sommer vorgeschriebene wöchentliche Stundenanzahl ist unzureichend. Es gibt noch ritterschaftliche Schulen mit 12 Wochenstunden im Sommer, was, wie das Reiskript der Regierung mit gutem Humor sagt, „so befremdlicher ist, als viele Schulpatrone Klage darüber führen, daß die Lehrer von Ostern bis Michaelis zu viel freie Zeit haben.“ Die Stundenanzahl soll nach der Forderung der Regierung auf 23 im Sommer und

26 im Winter erhöht und der Lehrplan der Dominialschulen zugrunde gelegt werden. — Es fehlt den ritterschaftlichen Schulen an den nötigen Lehrmitteln. Von 168 ritterschaftlichen Schulen, so berichtet das Regierungskreiskript, die in den letzten 10 Jahren von den Landesinspektoren und Schulfürern revidiert wurden, waren nur 84 mit Lehrmitteln vollständig versehen; in 21 Schulen war nur eine Wandtafel, in 12 Schulen nur 1 Wandtafel und 1 Landkarte, in 10 Schulen nur 1 Wandtafel und 2 Landkarten, in 3 Schulen hatte der Lehrer die Landkarten angeschafft, in einer der Pastor. Die Regierung fordert jetzt, daß sämtliche erforderlichen Lehrmittel von der Ortsobrigkeit zu beschaffen sind.

Ebenso sind die Vorschriften über die Schulversammlungen durchaus verbesserungsbedürftig. Die Bestimmungen über die Schulaufsicht bedürfen einer wesentlichen Ergänzung, weil es an einer klaren Abgrenzung der Rechte und Pflichten der Schulpatrone einerseits und der Geistlichen als Schulinspektoren andererseits bisher gänzlich fehlt. Auch eine Gehaltssteigerung für die ritterschaftlichen Lehrer ist dem Landtag vorgelegt: Erhöhung des Grundgehalts von 1000 auf 1200 M. und Zulagen von 100, 200, 350, 500, 600, 700, 800 M. nach 3, 6, 10, 14, 18, 22, 24 Jahren. Eine Erhöhung der Pensionsätze zu beantragen, behält sich die Regierung vor.

Die Forderungen und Wünsche der Regierung mögen recht gut gemeint sein, aber es ist keine Aussicht vorhanden, daß der ritterschaftliche Landtag sie berücksichtigt. Wenn auch die Landchaft (d. h. die Bürgermeister) vielleicht zu einem Teil für die Vorlage eintritt, so wird doch die Ritterschaft sie sicher ablehnen. Sie erklärte bereits im Landtag, daß sie eine wesentliche Aenderung des Schulplanes nicht für nötig halte. Die Bestimmungen von 1821 und 1870 genügen für die Arbeiterbevölkerung der Landgebiete. Die Junker haben deshalb aus dem Entwurf die Vorschriften über den obligatorischen Unterricht in Zeichen, Turnen und weiblichen Handarbeiten einfach gestrichen, desgleichen eine Reihe der im Entwurf festgesetzten Lehrmittel. Es genügen, meinen sie, eine Wandtafel, vier Landkarten und ein Globus.

Die Schulstundenzahl von 23 pro Woche für den Sommer hat der Landtag auf 12—18 herabgesetzt, weil sonst die Verwendung von Kindern bei Erntearbeiten außer in den Ferien fast ganz ausgeschlossen werde! Auch das Aufsichtswesen der Geistlichen hat die Ritterschaft gestrichen und es der „Ortsobrigkeit“ — das sind die Gutsherren selbst — ausgeliefert!

Trotzdem behaupten bekanntlich die Junker, daß sie auch ein „warmes Herz“ für die Volksschule hätten.

Ultramontane Heuchelei.

Die Zentrumsprelle liebt es, um die Massen für die kirchlich bedormundete konfessionelle Schule zu gewinnen, alle Mängel in Ländern, wo die Verweltlichung der Schule durchgeführt, auf das Konto der religionslosen Jugendzucht zu setzen. Kamentlich muß zu diesem Zwecke Frankreich herhalten, wo so leicht nichts geschieht, mag es sich um einen Regierungsstand oder eine Apodengegeschichte handeln, was nicht von der Zentrumsprelle zu Artikeln mit der Ueberschrift: „Die Früchte der religionslosen Schule“ ausgeschlachtet wird. In einem dieser Artikel, der vor einigen Tagen durch die ultramontane Presse lief, hieß es:

Vor einigen Wochen hat das französische Kriegsministerium eine Statistik über die militärischen Truppeneinrichtungen des Jahres 1909 herausgegeben. Daraus ergibt sich, daß unter den 200 000 Stellungspflichtigen 15 000 Analphabeten waren, das heißt junge Leute von 21 Jahren, die weder lesen noch schreiben können. Das sind also Leute, die unter der Weltung der Gesehe über den allgemeinen obligatorischen und religionslosen Unterricht geboren und aufgewachsen sind. Erst vor kurzem hat man in Paris unter Ausbietung des ganzen offiziellen Apparats und unter der Anteilnahme der ganzen kirchenselbstlichen Meute dem Vater der religionsfeindlichen Schulgesetze in Frankreich, Jules Ferry, ein Denkmal enthüllt und mit hochtönenden Reden dieses Verdienst um die Nation gepriesen. Steiner aber hat das Ergebnis jener Gesehe, die nach den offiziellen Ansprüchen aus Frankreich ein Land der Freiheit und des Fortschritts gemacht haben sollen, verkündet: das Ergebnis der Statistik des Kriegsministeriums für 1909: 15 000 Analphabeten unter 200 000 Rekruten. Ein schöner Erfolg für die dreißigjährige antiklerikale Bildungsarbeit!

Natürlich hat die Anzahl der Analphabeten nichts mit der religionslosen Schule zu tun. Aber was verschlägt dem Zentrum ein Schwindel, wenn nur der Wohlige Zweck: die Herabwürdigung der weltlichen Schule, erreicht wird. Wo die wirklichen Gründe für die zahlreichen Analphabeten in Frankreich liegen, hat jüngst die „Kölnische Zeitung“ aufgedeckt. Daraus ergibt sich, daß es die Analphabeten sind, die die allgemeine Schulpflicht in Frankreich nicht zur Durchführung kommen lassen. Nach dem Geseh wird in jeder Gemeinde ein Schulvorstand gebildet. Diese Behörde hat unter anderem die Aufgabe, über die Gesehe um Befreiung vom Schulbesuch zu entscheiden und Verstöße gegen die Schulpflicht zur Kenntnis zu nehmen. Wenn nach einer von ihr ausgesprochenen Warnung ein Hausvater sich weigert, seine Kinder zur Schule zu schicken, wird er vor den Friedensrichter geladen und zu den vom Geseh vorgesehenen Strafen verurteilt. Es ergab sich nun, daß in den Gemeinden, wo die Analphabeten und Royalisten die Mehrheit haben, sie auch den Schulvorstand aus ihren Anhängern bilden; auf Verreiben der royalistischen Ausschüsse genehmigt der Schulvorstand sämtliche Befreiungsgesuche und gibt keiner Klage wegen Schulversäumnissen Folge. Es ist festgestellt worden, daß aus solchen Gemeinden niemals ein Versäumnisfall vor den Richter kommt; das Geseh ist so gut wie nicht vorhanden.

Besteuerung der Zündwarenherstellers.

Im Reichshofrat hat am Donnerstag eine Konferenz stattgefunden, zu der Vertreter jener Industriezweige geladen waren, die sich mit der Herstellung von Zündwarenherstellers befassen. Veranlaßt wurde die Konferenz durch das Verlangen der Zündwarenfabrikanten, die Erzeugnisse nach französischem Muster mit hohen Steuern zu belegen. Früher hat sich der Staatssekretär Wermuth in ablehnendem Sinne ausgesprochen; es gewinnt jetzt aber fast den Anschein, als ob er seine Ansicht einer Revision unterzogen hätte, denn sonst wäre es nicht verständlich, daß er die Vertreter dieser Industrie zu einer Konferenz nach Berlin berufen hat.

Schütung der Studentenschaft vor sozialdemokratischem Gift.

Die Denunziation des Leipziger Reichsverbändlers Dr. Henrici und des von ihm zusammengetrommelten reichsverbändlerischen Landturnens hat gefruchtet. Das sächsische Kultusministerium hat auf die Beschwerde des Henrici und 23 Leipziger Bürger in einem längeren Schreiben an den akademischen Senat der Leipziger Universität geantwortet. In der Antwort wird erklärt, das Ministerium bebaure den Vorfall aufs lebhafteste. Nach den amtlichen Feststellungen werde dahin erkannt, daß das Kaiserhoch des Dr. Henrici zwar unangebracht und daher geschäftsförmlich eine Klage zulässig war, andererseits aber sei das Hin- und Wippen des Dr. Henrici aus dem Saale nicht als notwendig anzusehen.

Das Kultusministerium spricht am Schluss seiner Antwort die Erwartung aus, daß die Universitätsbehörden künftig von der Zulassung von Nichtstudierenden zu dergleichen Versammlungen sowie von der Zulassung von Rednern der sozialdemokratischen Partei, deren Ziel der monarchisch vaterländischen Gefinnung der Studentenschaft widerspreche, zur Vermeidung ähnlicher unliebsamer Vorkommnisse aus eigener Entschliebung absehen werden.

Die armen Reichen.

Der „Jugendbund für entschiedenes Christentum“ erläßt durch seinen Generalsekretär, den Pastor Diecher, einen blehernen Aufruf an die entschiedenen Christen kreuzzeitungskirchlicher Richtung, in welchem er unter dem üblichen Hinweis auf die Vorgänge in Poabitz und am Bedding gegen die sogenante „sozialdemokratische Jugendorganisation“ domert und — das ist, wie bei allen dergleichen Appellationen an das „Christliche Gemüt“, der eigentliche Zweck des ganzen frommen Befehls — zum Spenden von Almosen für die gefährdete christliche Jugend auffordert.

In dem Hünen Weihnachtsappell heißt es: „Unberechenbar ist der Schaden, der durch solche Agitation an den jugendlichen Seelen angerichtet wird. Ihre widerchristliche Tendenz und ihr schändliches Bächstum (Notabene seit drei Jahren!) macht diese Bewegung zu einer offenen Gefahr für unser Volk. Dieser drohenden Gefahr muß mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen gearbeitet werden, und zwar sofort. Die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften haben 12 600 M. und die sozialdemokratische Partei 10 600 M. 300 Vereinen durch die Zentralstelle in Berlin zusammen lassen. Abnunglos werden die jungen Leute unter allerlei Vorwände in diese Organisationen eingeführt. Es gilt den Kampf um die Jugend klar und entschlossen aufzunehmen. Jugendheime sind eine Forderung der Zeit, die mit allem Nachdruck geltend zu machen ist. Leider stehen uns dazu keine Mittel zur Verfügung neben unserer anderen umfangreichen Arbeit, die im letzten Jahre 14 815 M. erforderte, ganz abgesehen von unserer Missionsarbeit auf den deutschen Karolinen. Wir haben u. a. ein Jugendheim in Berlin, Blumenstraße 80/81, das wir gern weiter ausdehnen möchten, wenn wir nur das nötige Geld hätten. Wir sind auch nicht imstande, die Miets von 1750 M. dazu den Betrag für die Einrichtung der benachbarten Wohnung aufbringen zu können. Da sind wir gezwungen, an Ew. Hochwohlgeboren vertrauensvoll und hierdurch zu wenden. Sie selbst sind wohl mit anderen Arbeiten in Anspruch genommen, werden es aber im Interesse unseres gefährdeten Volkes gütlich gestatten, daß wir Ihnen hierdurch diese Angelegenheit vortragen dürfen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß es Ihnen eine wirkliche Freude ist, Ihre Interesse an unserer wichtigen Arbeit durch finanzielle Hilfe gütlich zu gewähren.“

Die reaktionären Freunde des Jugendbundes für entschiedenes Christentum gehören zu der reichsten Schicht der deutschen Bevölkerung; aber trotz ihrer christlichen Entschiedenheit scheinen sie jenen Teil der christlichen Lehre, der vom Geben handelt, sehr gering zu schätzen; denn sonst könnte es Herrn Diecher und seinen Gönnern doch nicht so schwer fallen, 1750 M. zusammenzufechten. Wenn die angebetelten entschiedenen Christen zu Weihnachten und Neujahr eine halbe Flasche Champagner weniger trinken wollten, wären die 1750 M. sofort beisammen; aber soweit reicht anscheinend ihre christliche Entschiedenheit nicht.

Zwei Urteile der Militärjustiz!

Wie Reichsbeschlüsse und Disziplinargerichte von der Militärjustiz beurteilt werden, zeigen folgende zwei Fälle; aus denen sich ergibt, daß Vergehen gegen die heilige Disziplin mit exorbitant harten Strafen belegt werden, während Missetaten mit sehr gelinden Strafen davonkommen.

Erster Fall: Der Unteroffizier Purtsche vom Artillerie-Regiment Nr. 12 war eines Sonntags spät abends auf dem Wege nach dem Quartier mit einem anderen Unteroffizier in Disfrenz geraten. Es kam zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf P. mit seinem Säbel dem Kameraden mehrere heftige Schläge über den Kopf versetzte. Der Verletzte brach ohnmächtig zusammen und blieb einige Zeit bewusstlos liegen. Er hatte zwei lange klaffende Wunden am Kopf, die genäht werden mußten. Es wurde eine längere ärztliche Behandlung nötig. Der Verletzte hatte aber seit der Verhandlung fortgesetzt unter heftigen Kopfschmerzen und Schwindelanfällen zu leiden. Die Kerze erklärten den Patienten für dienstunfähig und sprachen sich dahin aus, daß die Folge der Verletzung Neurasthenie sein werde. Das Kriegsgericht fällte diese ungläubliche Rohheit mit 2 Monate Gefängnis. Gegen das Urteil legten sowohl der Angeklagte als auch der Verletzte Berufung ein. Ersterem war die Strafe noch zu hoch, letzterer erstrebte mit Rücksicht auf die grenzenlose Rohheit eine härtere Strafe. Das Oberkriegsgericht in Dresden bestätigte aber das erstinständige Urteil.

Das Gegenstück. Eines Morgens war der Mann Lubewig vom 17. Manen-Regiment etwas später zum Dienst gekommen, weil er es infolge einer vorangegangenen Trunkenheit verschlafen hatte. In der Eile überhörte er einen Ruf des Unteroffiziers. Als er darauf im Stalle zur Rede gestellt wurde, erwiderte er, er habe sehr keine Zeit, da er seine Pferde putzen müsse. Er murmelte vor sich hin und soll auch trotz Verbits in „auffälliger Weise“ weitergemurmelt haben. Für diese Kappalie warf das Kriegsgericht 3 Monate Gefängnis aus, indem es Ungehörig, Wehören im Ungehörigem und ausdrückliche Gehorjamsverweigerung annahm. Auch die Berufung des sofort in Haft genommenen Angeklagten wurde vom Oberkriegsgericht verworfen und die Strafe als eine „durchaus unangemessene“ bezeichnet.

Frankreich.

Das Gesetz zur Knebelung der Eisenbahner.

Paris, 22. Dezember. Die Regierung brachte heute den Gesetzentwurf zur Unterdrückung der Sabotage ein. Nach diesem Entwurf werden die Rechte der Syndikate nicht angefaßt, (1) dagegen werden die geistigen Urheber (2) und die direkten Anstifter mit Strafe bedroht. Der Sabotage gleichgestellt wird es, wenn Angestellte der Eisenbahn ihren Dienst verlassen. (3) Schließlich wird der Gang des sachverständigen Verfahrens festgelegt für friedlichen Beilegung von Streitigkeiten mit Gruppen von Eisenbahnangestellten. Die Begründung des Gesetzentwurfs weist auf die Notwendigkeit eines sachverständigen Verfahrens hin, bezeichnet den Zustand von Angestellten öffentlicher Dienstbetriebe als unerlaubt mit Rücksicht auf die bevorzugte Stellung der Angestellten dieser Dienstweige; wenn diese in den Ausländern traten, so müßten sie sich ein Verfügungsrecht über die öffentlichen Betriebsmittel an. Da die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes ihre Angestellten nicht ausschließen könnten, sei es logisch, diese zu hindern, sich des Auslandes als Kampfmittel zu bedienen. (4) Der Gesetzentwurf verbietet ferner, Vorbereitungen zu Ausländern in öffentlichen Dienstbetrieben zu treffen.

Mit diesem Knebelgesetz gegen die Eisenbahnangestellten stellt sich Herr Briand würdig an die Seite preussischer Minister!

Italien.

Ein Sozialist im Stichwahl.

Rom, 20. Dezember. (Fig. Ver.) Bei der Stichwahl vom vorigen Sonntag im Wahlkreis Volski erhielt der sozialistische Kandidat Giovanni Berda 3100 Stimmen, der ministerielle

Kandidat Taffaro, der in seinen Eisenwerken in dem Wahlkreis über 2000 Arbeiter beschäftigt, 3019 und der Ministeriale 1207. Gen. Berda kommt daher in Stichwahl mit dem Ministerielle. Der Wahlkampf war beispiellos erbittert; es haben 65 Proz. der Wahlberechtigten gestimmt. Von seiten des ministeriellen Kandidaten wurde eine Wahlkorruption und Einschüchterung der Wähler durchgeführt, wie sie sonst in Kardinalen unbekannt ist. Vor den Wahllokalen schrieben die Beamten der Eisenwerke den Namen jedes Arbeiters auf, der zur Wahl kam, dies, um den Eindrud zu erwecken, als sei eine Kontrolle über die Abstimmung möglich. Die Regierung war so sicher, ihren Kandidaten im ersten Wahlgang durchzubringen, daß sie als Stichwahltag den 1. Weihnachtstag angefezt hat. Am 25. Dezember wird nun der entscheidende Kampf stattfinden, wobei voraussichtlich die Ministeriale geschlossen für den ministeriellen stimmen werden. Ehe die Sozialisten in diesem Wahlkreis agitiert haben, pflegte der Abgeordnete mit 1500 Stimmen gewählt zu werden. Es handelt sich um den am meisten industriellen Wahlkreis in ganz Italien.

Rußland.

Polizei gegen eine Studentenversammlung.

Ueber eine Polizeistatute auf eine Studentenversammlung gibt das Wolskije Telegraphenbureau, offensichtlich auf Grund russischer Polizeieinrichtungen, folgende Darstellung: Omsk, 22. Dezember. An der heutigen Studentenversammlung in der Universität nahmen etwa 270 Studenten teil, darunter 15 sogenannte Akademisten, die Gegner jeder Einmischung Studierender in die Politik sind. Diese wurden mit Lärm empfangen, wobei ein Schuß in die Luft abgegeben wurde. Da die von dem Prorektor an die Versammlung gerichtete Aufforderung auseinanderzugehen, nicht befolgt wurde, rief man den Polizeichef herbei, der, von einem Hagel von Schüssen empfangen, der Polizei den Befehl zum Feuer gab. Die Studenten stellten hierauf das Schießen ein. Ein Student ist tödlich verwundet, zwei andere sind leicht verletzt. Ferner sind verwundet ein Universitätsdiener und sieben Polizeibeamte, 235 Studenten wurden verhaftet.

Amerika.

Vorschnitte der mexikanischen Insurgenten.

Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus New York hat der Chef des mexikanischen Generalstabs erklärt, die Insurgenten hätten bei Malpasso gesiegt; die Regierungstruppen hätten unter Zurücklassung von 19 Toten und 25 Verwundeten die Flucht ergriffen.

Aus der Partei.

Reichstagskandidatur.

In einer Konferenz der Vertrauensleute des Wahlkreises Warken-Redlinghausen wurde an Stelle des von der Kandidatur zurückgetretenen Genossen Polozny der Genosse Janschel als Reichstagskandidat aufgestellt. Genosse Janschel bekleidet zurzeit den Posten eines Arbeitersekretärs in Gladbeck.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ruhlose Arbeit des Staatsanwalts.

Am 4. August d. J. sprach der Arbeitsekretär Weber-Königsberg in einer öffentlichen Volksversammlung in Elbing über die Krankenlattenovelle. Durch seine Ausführungen sollte er die Regierung und die preussische Polizei beleidigt haben. In der Verhandlung vor der Elbinger Strafkammer beantragte der Staatsanwalt drei Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Genossen Haase-Königsberg an und sprach Weber frei.

Die Kirche ist keine Verbummungsanstalt.

Zum zweiten Male stand am Mittwoch der Expedient Genosse Max Saling vor der Elbinger Strafkammer unter der Anklage, die christliche Kirche in einem Vortrage, den er im Laubener Gewerkschaftsausschuss hielt, durch die Anwendung des Wortes „Verbummungsanstalten“ beschimpft zu haben. In der ersten Verhandlung erkannte die Strafkammer auf Freisprechung mit der Begründung, das Gericht habe nicht die Uebersetzung gewinnen können, daß eine Beschimpfung der christlichen Kirche vorgelegen habe. Auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision hob das Reichsgericht das Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht Wörth zurück. In der Verhandlung am Mittwoch verurteilte die Strafkammer den Angeklagten zu drei Tagen Gefängnis. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, daß nach der Entscheidung des Reichsgerichts eine Verurteilung erfolgen mußte, weil durch den Ausdruck „Verbummungsanstalten“ der Eindrud erweckt werden konnte, daß von den Kirchen systematisch Verbummung betrieben wurde. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Soziales.

Des preussischen Handelsministers Gesetzwidrigkeiten will selbst Sachsen nicht mitmachen.

Im November vergangenen Jahres teilten wir mit, daß der neue preussische Handelsminister von Sydow in einem Ministerialentscheid den Erlaß seines Vorgängers Möller aufgehoben, der dem Gesetz entsprechend den korporativen Vertretern einer Innung zu Arbeitgeberverbänden für gesetzwidrig erklärte. Das sächsische Ministerium hat es dieser Lage abgelehnt, in gleicher Weise zu Gesetzesverletzungen die Hand zu bieten.

Der Sächsische Innungsverband hatte einem Beschlusse des am 11. Juli in Meissen abgehaltenen Verbandstages gemäß die Regierung ersucht, einen Erlaß herbeizuführen, der den Innungen den Beitritt zu Arbeitgeber-Syndikaten gestattet, nachdem der preussische Minister für Handel und Gewerbe am 27. Oktober 1909 genehmigt hatte, daß in Zukunft auch den Innungen der Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden gestattet sei. — Der ablehnende Bescheid des Ministeriums des Innern lautet: „Die Voraussetzungen, von denen der Innungsverband ausgeht, sind irrige. Allerdings ist für das Gebiet des Königreichs Preußen durch einen Erlaß des dortigen Ministers für Handel und Gewerbe vom 27. Oktober 1909 genehmigt worden, daß in Zukunft auch den Innungen der Beitritt zu den Arbeitgeberverbänden gestattet werde, und dadurch der entgegenstehende Erlaß vom 20. Januar 1908 abgeändert worden. Allein eine dem letzteren entsprechende Anmeldung ist für das Gebiet des Königreichs Sachsen überhaupt niemals ergangen. Das Ministerium des Innern hat lediglich in einer an die Gewerbeamtler Jitau — nicht aber an die Innungsaufsichtsbehörden — gerichteten Verordnung vom 24. Februar 1905 Anlaß gehabt, einige für die Entscheidung der Frage erhebliche Gesichtspunkte zu erörtern. Es hat zwar bei dieser Gelegenheit auf gewisse Bedenken hingewiesen, die in Hinblick auf § 81a Ziffer 2 der Gewerbeordnung gegen die unterschiedslose Zulassung des Beitritts von Innungen zu Arbeitgeberverbänden bestehen, namentlich dann, wenn sich deren Aufgabe wesentlich in der Zurückdrängung von Arbeiterforderungen durch unmittelbare Kampfmaßregeln erschöpft, zugleich aber anerkannt, daß diese hinderliche Voraussetzung nicht schlechthin

vorliege und im Vorbergrub stehe, und deshalb den Standpunkt vertreten, daß bei Erhebung von Anständen die Entscheidung den Innungsaufsichtsbehörden von Fall zu Fall vorbehalten bleiben müsse. Das letztere Verfahren aber hat auch ohne besondere Anweisung einzutreten. Das Ministerium des Innern erkennt aber in Uebereinstimmung mit dem im Erlaß des preussischen Handelsministeriums vom 27. Oktober 1909 vertretenen Standpunkt gern an, daß ein großer Teil der Arbeitgeberverbände mehr und mehr seine wesentliche Aufgabe darin erblickt, in gemeinschaftlicher Arbeit mit den Organisationen der Arbeitnehmer dazu beizutragen, daß auf dauerhafter und gerechter Grundlage ein friedliches Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht werde.“ Hiernach bleibt in Sachen alles beim alten, d. h. gegen eine unterschiedslose Zulassung des Beitritts der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden bestehen gewisse Bedenken und bei Erhebung von Anständen bleibt den Innungsaufsichtsbehörden die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Beide Ministerien, das preussische nur schroffer wie das sächsische, verschließen vor der klaren Tatsache die Augen, daß die Arbeitgeberverbände Kampforganisationen gegen die Arbeiter sind, und wollen es zulassen, daß Beiträge der Arbeiter für diese gegen die Arbeiter gerichteten Organisationen verwendet werden. Das sächsische Ministerium vertritt diesen Standpunkt verhält, das preussische unterhält als Ministerium im Dienste der Unternehmer des Reichstaates.

Zahl der Kerzte.

In der soeben ausgegebenen Nummer der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ veröffentlicht der bekannte Medizinalstatistiker Sanitätsrat Dr. Friedrich Prinzling in Wien auf Grund des von Prof. Dr. J. Schwalbe herausgegebenen „Reichsmedizinalkalenders für Deutschland auf das Jahr 1911“ (Leipzig, G. Thieme, 1910, abgeschlossen am 1. November 1910) auch in diesem Jahre eine Uebersicht über die statistischen Verhältnisse der Kerzte Deutschlands im Jahre 1910.

Die Zahl der Kerzte in Deutschland betragt demnach im Jahre 1910 82 440. Nach dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für das Jahr 1910 war die Einwohnerzahl Deutschlands in der Mitte des Jahres 1910 etwa 64 775 000, somit kommen auf 10 000 Einwohner 6,01 Kerzte. Ihre Zahl hat gegen das Vorjahr um 480 zugenommen. Während in den letzten Jahren die Zahl der Kerzte um ein geringes sich weniger rasch als die Bevölkerung vermehrte, übertrifft dieses Jahr die Zunahme der Kerzte diejenige der Bevölkerung:

Jahr	Zahl der Kerzte	Zunahme gegen das Vorjahr	Kerzte auf 10 000 Einw.
1901	27 078	—	4,92
1902	28 860	882	5,00
1903	29 679	819	5,06
1904	30 071	392	5,06
1905	30 655	584	5,06
1906	30 931	276	5,06
1907	31 416	485	5,06
1908	31 640	224	5,02
1909	31 689	549	5,00
1910	32 440	751	5,01

Bei der auf 1. Mai 1909 vom Reichsgesundheitsamt vorgenommenen Ermittlung des Heilpersonals in Deutschen Reich wurden nur 30 538 Kerzte gezählt. Nimmt man das Mittel aus den nach dem Reichsmedizinalkalender für November 1908 und November 1909 bestimmten Zahlen, so erhält man 31 804 Kerzte, die am 1. Mai 1909 etwa hätten vorhanden sein sollen. Die Gründe, aus denen die Zählung vom 1. Mai 1909 unvollständig ausfiel und 1246 Kerzte zu wenig ermittelte, sind nicht zu ersehen; die Zahlen sind in allen Bundesstaaten, mit Ausnahme von Posen, Oesterreich, Hohenzollern und Sachsen-Meiningen geringer. Daß die Zahlen im Reichsmedizinalkalender die richtigen sind, geht daraus hervor, daß bei der Volkszählung am 12. Juni 1907 31 898 Kerzte (darunter 1940 Militär- und Marineärzte und 195 weibliche Kerzte) gezählt wurden. Dabei sind auch alle vorübergehend (in Badeorten, an Hochschulen) in Deutschland sich aufhaltenden ausländischen Kerzte eingerechnet.

Künftig ist von Jahr zu Jahr wieder ein Ansteigen der Verhältnisziffern der Kerzte zu erwarten, da die Zahl der Medizinstudierenden sich überaus rasch gesteigert hat. Sie war

Sommerhalbjahr	Winterhalbjahr
1905	6 032
1906	6 570
1907	7 574
1908	8 250
1909	9 239
1910	11 125

Dabei sind die Reichslandländer einbezogen; ihre Zahl hat sich ebenfalls erhöht; denn während sie in den früheren Jahren meist um 1000 schwankte, war sie im Sommer 1909 1061, im Winter 1909/10 1491 und im Sommer 1910 1499. Die Studierenden der Kaiser-Wilhelms-Akademie, deren Zahl etwa 850 beträgt, sind in den obigen Ziffern nicht eingerechnet.

Während man im Vorjahre überall in Nordostdeutschland eine Abnahme der Kerzte nachweisen konnte, zeigt sich dort dieses Jahr mit Ausnahme von Pommern eine kleine Zunahme; die Abnahme in Berlin (ohne Vororte 2071 gegen 2143 im Vorjahre) beruht nur auf dem Hinausrücken der Kerzte in die Vororte, nicht auf einem tatsächlichen Rückgang, wie sich aus den für Groß-Berlin berechneten Zahlen ergeben wird. Das westliche Preußen hat durchweg eine Zunahme. Dasselbe gilt für die übrigen Staaten Norddeutschlands, von denen nur die beiden Mecklenburg, das Königreich Sachsen und Anhalt eine geringe Abnahme haben. In den süddeutschen Staaten ist die Kerzenzahl überall größer geworden, mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen und Hohenzollern.

Im Bericht für 1909 (diese Wochenschrift 1909, Nr. 51) ist angeführt, daß die Zunahme der Kerzte fast allein auf die Großstädte falle, daß diese aber doch an Anziehungskraft gegen früher eingebüßt haben. Dasselbe ergibt sich auch aus der diesjährigen Statistik. Von den 490 Kerzten, um welche die Kerzenzahl in Deutschland zugenommen hat, kamen 320 auf die Großstädte (nach dem Stand von 1905) und 171 auf das übrige Deutschland.

Die Zahl der Kerztinnen ist erheblich gestiegen; während 1905 55 und 1909 69 bezeichnet waren, sind es jetzt 102 Kerztinnen; davon kommen auf Berlin 32 (1900 21), München 6 (wie im Vorjahre), Frankfurt a. M. 6 (1909 5), Dresden 6 (1) und Hamburg 4 (wie im Vorjahre). In 10 Städten sind 2 Kerztinnen aufgeführt, in 28 Gemeinden je eine. Die Zahl der weiblichen Medizinstudierenden hat in Deutschland sehr zugenommen; sie war im Winter 1909—1910 871 und im Sommer 1910 512; darunter sind die Ausländerinnen einbezogen.

Die Zahl der Spezialärzte ist in Deutschland, besonders in den Großstädten, beträchtlich. Im Jahre 1906 war die Zahl der Kerzte, die nach dem „Reichs-Medizinalkalender“ ein Spezialarzt für sich in Anspruch nehmen, 6259 (= 20,2 Proz. aller Kerzte), im Jahre 1910 11 272 (= 22,4 Proz.).

Von den deutschen Spezialärzten sind die meisten Gynäkologen, hauptsächlich in den Großstädten, an zweiter Stelle kommen die Augenärzte, die in den kleinen Städten übrigens noch zahlreicher sind als jene, an dritter die Ohren-, Hals- und Kehlkopfärzte. Sehr zahlreich sind auf dem Lande und in kleinen Städten die Psychiater, da die Irrenanstalten selten in Großstädten liegen.

Den größten Prozentsatz an Spezialärzten hat, wie in früheren Jahren, Dresden (44,2 Proz.), über 40 Proz. haben ferner Stuttgart, Leipzig, Frankfurt a. M., Pflauen und Nürnberg. Groß-Berlin zählt 82,5 Proz. Spezialärzte.

Gewerkchaftlichen.

Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe.

Der Vertrag für das Baugewerbe sieht drei Instanzen vor: eine Schlichtungskommission, ein örtliches Schiedsgericht und ein Zentralschiedsgericht. Zum Zentralschiedsgericht wählen der Arbeitgeberbund drei und die vier Zentralorganisationen der Arbeiter vier Vertreter. Außerdem sollen die beteiligten Zentralorganisationen drei Unparteiische bezeichnen; einigen sie sich hierbei nicht, so werden die Unparteiischen vom Reichsamt des Innern ernannt. — Im August ist versucht worden, die Unparteiischen zu bezeichnen; die Parteien einigten sich aber nur auf die Person des Geheimen Regierungsrats Dr. Wiedfeld und mußte demzufolge das Reichsamt des Innern ersucht werden, die fehlenden Unparteiischen zu ernennen.

Die Ernennung ist nun endlich erfolgt. Der Staatssekretär des Innern hat an die Beteiligten folgendes Schreiben gerichtet:

Auf die gemeinschaftliche Eingabe der am Vertragschlusse im deutschen Baugewerbe beteiligten fünf Zentralorganisationen ernenne ich Herrn königl. Oberregierungsrat Max Rahr-München und Herrn Magistratsrat Paul Böbling-Verlin zu Unparteiischen für das im Hauptvertrag vorgesehene Zentralschiedsgericht. Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeld habe ich auf jederzeitigen Widerruf und in Erwartung, daß seine Tätigkeit hierdurch nicht so stark in Anspruch genommen wird, die erledigte Genehmigung erteilt, in gleicher Eigenschaft im Zentralschiedsgericht mitzuwirken.

Berlin und Umgegend.

Das Berliner Arbeiter-Sekretariat

im Gewerkschaftshause hält am Weihnachts-Heiligabend und am 3. Festtag keine Sprechstunde ab.

Der gehegte Hirsch.

Ein „Gewerkverein“-Märchen.

„Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein.“ Unter dieser Devise erzählte „Der Gewerkverein“, Nr. 102, vom 21. Dezember, die angebliche Leidensgeschichte eines von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes verfolgten „Hirsches“ in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft: Volkstrotze. Man habe ihn bedrängt und belästigt, sein freies Wahlrecht zum Arbeiterauswahl bedroht und ihn schließlich so mißhandelt, daß er nach dem Krankenhaus geschafft werden mußte und nun seit etwa acht Tagen arbeitsunfähig ist. „Der Gewerkverein“ ist entsetzt über solche Rohheit und Intoleranz und kann sich nicht genug tun in Entrüstung.

Nach den Erkundigungen, die wir über diesen Fall einzogen, stellt sich die Sache wesentlich anders dar. Was die Bedrohung des freien Wahlrechts zum Arbeiterauswahl anbelangt, so ist nur richtig, daß der Gewerkvereinler gefragt worden ist, welche Nummer (der Liste) er wähle. Diese Frage ging unter den Arbeitern hin und her, ohne daß Gewicht darauf gelegt wurde, eine Antwort zu erhalten. Diese Frage ist mehr als Spatz aufzufassen, wenn man hört, daß in dem Werk Volkstrotze die freien Gewerkschaften 83 Mitglieder in den Arbeiterauswahl wählten und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nur 3. Vor einem Jahre zählten die letzteren noch 12 Mitglieder. Die Stimmengahlen waren bei der letzten Wahl wie folgt: Auf die Liste der freien Gewerkschaften fielen 6801, auf die Liste der Hirsch-Dunderschen 349 Stimmen. Und in dem Werk Akerstraße ergaben die freien Gewerkschaften 4762 Stimmen, während die Hirsch-Dunderschen überhaupt keine Stimmen erhielten. Daraus erklärt sich dann leicht der Aerger und die Empfindlichkeit, wenn ein Mitglied der Hirsch-Dunderschen gefragt wird, welche Liste er wähle.

Was nun über die Mißhandlung anbelangt, die der „Gewerkverein“ in unmittelbarer Verbindung mit den Wahlen zum Arbeiterauswahl bringt, so liegt erstens eine große Uebertreibung einer gewöhnlichen Schlägerei zwischen zwei Personen vor, und dann hat diese Priegerei mit den Wahlen und mit der Zugehörigkeit des Geprügelten zu den Hirsch-Dunderschen überhaupt nichts zu tun. Der Arbeiter A., ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und seit 1898 in der Fabrik beschäftigt, wurde von dem Gewerkvereinler, der in einer anderen Abteilung arbeitet, bei dem Meister denunziert, daß er „so lange herumgeirrt und nicht gearbeitet“ habe. Darüber stellte A. den „Kollegen“ auf der Straße zur Rede, erhielt aber eine gemeine Beschimpfung als Antwort und ließ sich dadurch verleiten, dem anderen eine Ohrfeige zu versetzen, so daß diesem die Lippen bluteten. Dem Verletzten wurde später ein Pfahler aufgelegt und er meldete sich krank. Der Arbeiter B. aber wurde entlassen. Der Arbeiterauswahl sah den Vorfall als eine Privatangelegenheit an, und auch der Direktor des Werkes, der den Arbeiter A. zu sich beschied, überzeigte sich bald, daß wahrscheinlich viel Böses um nichts gemacht worden sei, und versprach die Frage der Wiedereinstellung von A. zu erwägen.

Mit dem „Terrorismus der Genossen“, den der „Gewerkverein“ entdeckt zu haben glaubt, ist es wieder mal nichts. Dagegen macht ein solches Geschrei, wie der „Gewerkverein“ am Schlusse seines Artikeles selbst hervorhebt, Stimmung für eine Zuchtmaßnahme gegen die Arbeiter. Aber das kümmert den „Gewerkverein“ herzlich wenig, um seine eigenen Worte zu gebrauchen.

Die Vereinbarungen in der Schraubenindustrie Berlins

die am 19. November d. J. zustande kamen, sollen belasklich am 1. Januar 1911 volle Geltung erhalten. Die Schraubenfabrikanten sind damals nur sehr widerstrebend auf die Abmachungen eingegangen, und die Arbeiter müßten jetzt darauf gefaßt sein, daß die endliche Durchführung nicht so glatt von statten geht, wie es zu wünschen wäre. Aus diesem Grunde fand am Mittwoch bei Graumann in der Raumbühne eine Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, die den großen Saal samt dem Vorraum bis auf den letzten Stehplatz füllte. „Was erwarten wir am 1. Januar 1911 von unseren Arbeitgebern?“ lautete die Tagesordnung. Der Branchenvertreter Jellenberg gab zunächst eine Heberfahrt über den Verlauf der Lohnbewegung, die nach kurzem Streit und recht schwierigen Verhandlungen zu einem ziemlich bescheidenen Ergebnis führte, wie wir es feinerzeit in Nr. 272 des „Vorwärts“ mitteilten. Der Redner erläuterte die einzelnen Bestimmungen, die im wesentlichen besagen, daß in der Regel Afford gearbeitet wird, doch, wo in Lohn gearbeitet wird, dieser nicht unter 60 Pf. die Stunde betragen darf; für ungeliebte Arbeiter, die die ersten vier Wochen nach feiner Vereinbarung entlohnt werden können, nicht unter 45 Pf., für Arbeiterinnen nicht unter 37½ Pf. und für Werkzeugmacher nicht unter 60 Pf., daß die Affordpreise nach Bedarf vom 1. Januar ab so erhöht werden sollen, daß sich der Stundenverdienst um 7½ Proz. hebt und daß Fabrikationsüberstunden mit 25 Proz. bezahlt werden. Schließlich heißt es noch, daß die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen. — Die Arbeiter und Arbeiterinnen waren von diesen Abmachungen von vornherein sehr wenig befriedigt und gingen nur darauf ein, um einen langwierigen Kampf zu vermeiden. Doch damals in der Versammlung 708 Stimmen für die Vereinbarungen, aber 474 Stimmen dagegen abgegeben wurden, nach heftigen Debatten, zeugt dafür, wie wenig man im Grunde genommen von dem Ergebnis des Kampfes erbaute war. Es kommt nun jedoch vor allem darauf an, mit aller Macht dafür zu sorgen, daß das Wenige, was erungen worden ist, wenigstens auch in vollem Umfange durchgeführt wird. Manches deutet darauf hin, daß dieses Ziel nicht ohne neue Kämpfe erreicht werden kann. In einzelnen Betrieben kommt es vor, daß der Unternehmer jetzt schon Abzüge zu machen sucht, um im voraus

die bevorstehende Lohnhöhung auszugleichen. Das kann natürlich unter 1. in Umständen gebildet werden. Die Arbeiterchaft der Schraubenbranche wird sich das Wenige, was erreicht worden ist, weder auf diese noch auf andere Weise nehmen lassen. Der Redner forderte die Anwesenden auf, überall, wo die Vereinbarungen nicht befolgt und nicht ausgehängt werden zum 1. Januar, sofort beim Unternehmer vorstellig zu werden, und wenn das keinen Erfolg hat, der Kommission unmittelbar darauf Mitteilung zu machen. Uebrigens hat auch der Vorsitzende der Arbeiter bei den Verhandlungen erklärt, daß die Vertreter der Arbeiter sich, wenn zum 1. Januar irgendwo Schwierigkeiten entstehen, sofort an die Kommission der Arbeitgeber wenden sollten, die dafür sorgen werde, daß den Vereinbarungen Geltung verschafft wird. Davon werden die Vertreter der Arbeiter natürlich auch überall, wo es sich als notwendig erweist, Gebrauch machen.

In der regen Diskussion, die dem Referat folgte, zeigte es sich, daß die Schraubenarbeiter und Arbeiterinnen fest entschlossen sind, mit aller Energie für die strikte Durchführung der Vereinbarungen zu sorgen. Wie die am Sonntag abgehaltene Versammlung der Einrichter an Schraubautomaten und Einzelböcken bewiesen hat, werden sie in ihrem Bestreben auch von den Arbeitern dieser Spezialbranche tatkräftig unterstützt werden.

Deutsches Reich.

Unternehmerterrorimus.

Im Mai d. J. brach in Magdeburg ein Bäderstreik aus. Vom Verband der Bäder wurde allen Bädermeistern, die die Forderungen der Streikenden bewilligten, ein sogenanntes Bewilligungsplakat ausgehängt, das zum Ausgang in den Geschäftsalen oder Schaufenstern bestimmt war, um die Kundenschaft zu orientieren, ob es sich um einen getrockneten Betrieb handele oder nicht. Die Bäderzwangsgenossenschaft verbot daraufhin durch einstimmigen Beschluß ihren Mitgliedern bei einer Ordnungsstrafe von 20 M. für jeden Einzelfall bezw. für jeden einzelnen Tag, diese Plakate auszuhängen oder sie an Händler abzugeben. Die Bädermeister, die sich nicht daran hielten, erhielten nun fortgesetzt eingeschriebene Briefe, in denen sie unter Androhung der zwangsweisen Vertreibung zur Zahlung der soundsobiel mal 20 M. aufgefordert wurden. In Einzelfällen wurde die Strafe auch bezahlt. Bei verschiedenen Bädermeistern wurde zur Pfändung geschritten.

Schließlich beschwerte sich ein Innungsmitglied bei dem Magistrat der Stadt Magdeburg als der Aufsichtsbehörde über das Vorgehen der Innungsgenossenschaft. Und der Magistrat entschied, daß sowohl der Generalversammlungsbeschluß als auch die auf Grund dieses Beschlusses festgesetzten Ordnungsstrafen ungültig seien. Der Regierungspräsident hob diese Entscheidung jedoch wieder auf, und als ein anderer Bädermeister eine zweite Beschwerde dem Magistrat unterbreitete, bekannte sich dieser zu der Auffassung des Regierungspräsidenten.

Jetzt geht die Zwangsinnung nun gegen die Mitglieder vor, die eine „Strafe“ feinerzeit bewirkt haben. Und zwar fordert sie die Bezahlung der Strafen, die in Einzelfällen bis zu 400 M. betragen, innerhalb drei Tagen, andernfalls Zwangsvollstreckung erfolgen werde. Ein an den Magistrat gerichteter Gesuch, die Zwangsvollstreckung aufzuschieben, da der Minister noch in der Sache zu entscheiden habe, ist abgelehnt worden, so daß die betroffenen Bädermeister das zweifelhafte Vergnügen haben, zum Weihnachtsfest die allzeit gelbbedrückte Innungskasse füllen zu helfen, wenn — sie durch die horrenden Strafen nicht geradezu zum Ruin getrieben werden.

Ein christlicher Briefschwindel entlarvt.

Während des Snappschastwahlkampfes im Ruhrgebiet veröffentlichte der „Vergsnappe“ neben dem Heimlichbrief auch einen Brief, der den Stempel der Zahlstelle Stoppenberg des Bergarbeiterverbandes trug und behauptete, derselbe sei ihm vom Zahlstellenvorstand des Bergarbeiterverbandes von Stoppenberg zugegangen und bilde einen schlagenden Beweis für das Zusammengehen des Bergarbeiterverbandes mit den Fechen. In diesem Briefe wurde gesagt, daß der Verband ein Fechenverband sei, weil ein in der Lampenbude der Feche Hülverein Schacht VI beschäftigtes Mitglied des Bergarbeiterverbandes als Kandidat für die Vellestenwahl aufgestellt war.

Die Verbandsleitung konnte damals sofort nachweisen, daß es sich um eine Fälschung handelte, da der bemte Stempel einige Zeit früher abhanden gekommen war. Trotzdem wurde der Brief nach wie vor vom Gewerkverein weiter gegen den Verband ausgeschleudert. Die Ortsverwaltung des Verbandes in Stoppenberg hatte einen gewissen Laurath in Verdacht, den Stempel gefälscht und den Brief geschrieben zu haben, und erstattete gegen denselben Strafantrag. Dieser Verdacht hat sich bestätigt. Am 19. Dezember hat Laurath vor dem Untersuchungsrichter in Essen eingestanden, den Stempel gefälscht und den Brief geschrieben zu haben. Daß er seine Tat aus eigenem Antrieb ausgeführt hat, ist wohl kaum anzunehmen. Vielleicht kommt auch noch ans Tageslicht, wer ihn dazu veranlaßt hat.

So wird ein christlicher Schwindel nach dem andern entlarvt, scharenweise lehnen die Mitglieder dem Gewerkverein den Rücken. In den letzten Monaten sind rund 1000 Mitglieder des Gewerkvereins zum Verband übergetreten. Monatslang hat der Gewerkverein keine Abrechnung veröffentlicht, um seine „erfreulichen Fortschritte“ zu verheimlichen. Nach seiner für Oktober endlich wieder veröffentlichten Abrechnung hatte er eine Einnahme von 87 848 M.; der Verband hatte eine Einnahme von 201 040 M. Die Einnahme des Verbandes für Oktober überstieg danach die des Gewerkvereins um 114 597 M. oder 131,2 Prozent. Alles das zeigt, daß es auch in den Klüften der christlichen Bergarbeiter immer mehr zu dümmern beginnt. Daß es vollends Licht wird, dafür sorgt schon der „Vergsnappe“ durch seine grobe Unwahrscheinlichkeit und die unergleichliche Taktik der M-Glabbacher Christengeneräle.

Achtung! Bergarbeiterfrei!

In Hausdam und Benzberg (Oberhainern) tobt ein Bergarbeiterstreik. Den Streikenden wird gedroht, daß sie nicht wieder eingestellt werden. Um die Drohung ernsthaft erscheinen zu lassen, werden Arbeitswillige gefaßt. Arbeiter, Klassengenossen! Laßt Euch nicht von gewissenlosen Agenten oder Retzungsinferanten verlocken, nach Oberhainern zu gehen. Weidet das Streikrevier, brecht die brüderliche Solidarität nicht, welche die Benzberger Bergarbeiter belunden, indem sie zur Unterstützung der Hausdamer Bergarbeiter in den Streik getreten sind. Hoch die Einigkeit, hoch die brüderliche Solidarität der Bergarbeiter!

Der Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands.

Ausland.

Generalaussperrung der Lithographen, Steindrucker und deren Hilfspersonal in Böhmen.

Seit 10. Dezember sind in Böhmen mit Ausnahme von einigen kleinen Firmen die Lithographen, Steindrucker und das Hilfspersonal ausgesperrt. Der Grund ist folgender: Der Oesterreichische Senefelder-Bund (die Zentralorganisation der Lithographen, Steindrucker, Chemigraphen, Retouscheure, Licht- und Kupferdrucker und deren Hilfspersonal) hatte für seine Mitglieder in Böhmen dem Verein der Steindruckerbesitzer, der alle deutschen sowie tschechischen Druckerbesitzer umfaßt, eine neue Tarifvorlage eingereicht. Der alte Tarif ist inzwischen am 1. Dezember abgelaufen. Gefordert wird für Lithographen die acht- und für das übrige Personal die 8½stündige tägliche Arbeitszeit, außerdem eine Erhöhung der Mindestlöhne, Ferien, Bezahlung eines Zuschlages bei Ueberstunden usw. —

Die tschechischen Lithographen, Steindrucker usw., die in einer separatistischen Organisation „Lithografida Beseda“ vereinigt sind, reichten gleichfalls ihre Forderungen ein. — Die Steindruckerbesitzer nahmen in einer Versammlung Stellung zu dem eingereichten Tarifentwurf und beschloßen, diesen als unannehmbar abzulehnen. Sie verpflichteten sich gleichzeitig, nicht einzeln zu verhandeln und haben als Sicherstellung per einem qualifizierten Beihilfen 500 Kronen in einem Sichtwechsel dem Verein der Steindruckerbesitzer in Böhmen, Mähren und Schlesien hinterlegt.

Hierauf reichten die Mitglieder der separatistischen Organisation allen tschechischen Druckerien ihre Kündigungen ein und sind am 28. November in den Streik getreten. Eine am 28. November stattgefundene Verhandlung wurde ergebnislos abgebrochen, da die Unternehmer erklärten, daß sie an die Beschlüsse der Vollversammlung gebunden seien und keinerlei Zugeständnisse machen könnten. Weil die tschechischen Druckerbesitzer auf die Solidarität der deutschen Druckerbesitzer beharrten, wurde sämtlichen Mitgliedern des Oesterreichischen Senefelderbundes gekündigt, so daß am 10. Dezember die Aussperrung eine allgemeine ist. Weitere Verhandlungen haben inzwischen zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer bieten die 8½stündige Arbeitszeit unter gänzlichem Fortfall einer Früh- und Vesperpause, sie lehnen jede Lohnhöhung ab und haben sogar eine Herabsetzung der Mindestlöhne ins Auge gefaßt usw. — Die Arbeiterchaft steht dem Unternehmertum gegenüber und da der Oesterreichische Senefelder-Bund über größere Geldmittel verfügt, wobei ihm als weitere Hilfsquelle die Unterstützung des Internationalen Bundes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe zugesichert ist, so dürfte sich der Kampf lange hingehen, wenn es nicht gelingt, durch Verhandlungen denselben zum beiderseitigen befriedigenden Abschluß zu bringen.

Verfammlungen.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Montag eine Generalversammlung ab, die den großen Saal des Gewerkschaftshauses bis auf den letzten Platz füllte. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Wahl zweier Bureauarbeiter, deren Anstellung von der vorigen Generalversammlung beschlossen worden ist. Es wurde dort ebenfalls beschlossen, die Stellen im „Vorwärts“ und in der „Holzarbeiter-Zeitung“ auszuscheiden, sowie eine Prüfungskommission von 13 Mitgliedern — 7 aus der Generalversammlung gewählt und 6 Vertretern der Ortsverwaltung — eingesetzt, um eine Auswahl aus den Bewerbungen zu treffen. Das ist inzwischen geschehen. Wenzel gab nun im Auftrage der Prüfungskommission Bericht über ihre Tätigkeit. Es sind 77 Bewerbungsschreiben eingegangen. Die Kommission schlug der Generalversammlung fünf Kandidaten zur Auswahl vor. Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit einigen Anträgen. Die vorige Generalversammlung hatte bereits beschlossen, den Arbeitslosen nach der Aussteuerung eine weitere Woche Unterstützung zu gewähren, und der Verwaltung anheimzugeben, zu erwägen, ob diese Vergünstigung auf zwei Wochen auszudehnen ist. Wie der Bevollmächtigte Glöde mitteilte, ist die Verwaltung dementsprechend zu dem Vorschlag gekommen, außer der bereits beschloßenen noch eine volle Woche Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, also im ganzen zwei Wochen über die Aussteuerung hinaus, und zwar bis zum 1. Februar 1911. Bis dahin wird über eine weitere Regelung der Unterstützungsfrage, mit der sich zurzeit eine Kommission befaßt, entschieden werden. — Der Vorschlag der Verwaltung wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen.

Aus der Wahl und der notwendig gewordenen Stichwahl der Bureauarbeiter gingen als gewählt hervor: Julius Hildebrand und Paul Thomast. Ferner wurde auf Vorschlag von Langhammer einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die im Gewerkschaftshause tagende Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes, Zahlstelle Berlin, schließt sich dem Protest der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegen das Klassenjustizurteil in Frankreich, laut welchem der Gewerkschaftsführer Durand unschuldig zum Tode verurteilt wurde, im vollen Umfange an. Die Versammelten sind weiter der Meinung, daß durch dies Urteil, falls es bestehen bleibt, ein Justizverbrechen begangen wird.

Letzte Nachrichten.

Sozialdemokratische Massenproteste in Bulgarien.

Sofia, 22. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute veranstaltete die sozialdemokratische Arbeiterpartei in ganzen Lande Protestmassenversammlungen und Demonstrationen gegen die Gesamtpolitik der Regierung, gegen die Teuerung und für Arbeiteraufgehese, die überaus imponant verliefen. Eine nach Tausenden zählende Arbeiterdemonstration fand in Sofia vor der Kammer statt. Am Protestationsmeeting beteiligten sich über 30 000 Arbeiter.

Mangelhafte Verkehrsmittel in Frankreich.

Paris, 22. Dezember. (B. L. V.) Im Senat erklärte in Verantwortung verschiedener Anfragen über den mangelhaften Betrieb auf den Staatsbahnen der Minister der öffentlichen Arbeiten, die Anhäufung von Gütern sowie die übermäßige Inanspruchnahme des Personals und des Materials seien auf den schlechten Zustand zurückzuführen, in dem die frühere Gesellschaft des Staatsbahnbahnen gelassen habe, auf die Ueberbemessungen, durch die die Beförderung von Gütern auf dem Wasserwege gehindert werde, und endlich darauf, daß die gegenwärtig in Betrieb befindlichen Linien nicht genügten. Die Weiterberatung wurde auf morgen verlagt.

Die Brandkatastrophe in Chicago.

Nach neueren Meldungen aus Chicago sind bei dem Riesenbrande bei der Fleischwarenfirma Morris u. Comp. mindestens 30 Feuerwehrmänner ums Leben gekommen. Das Feuer war nachmittags noch nicht gelöscht. Zeitweilig war das ganze Schächthausgebiet bedroht. Das Dach fiel auf zwei Kompagnien der Feuerwehr; die unter den Trümmern Begrabenen wurden buchstäblich zu Tode geröstet. Der Sachschaden wird jetzt auf anderthalb Millionen Dollars geschätzt.

Chicago, 22. Dezember. (B. L. V.) Zu dem Brande wird im einzelnen noch gemeldet: Das Feuer brach infolge einer Explosion aus und verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit. Die Feuerwehrleute standen unter einem Metallbache am Ostende des Lagerhauses. Sie ahnten nichts von der Gefahr, in der sie schwebten, bis dieses Dach plötzlich zusammenstürzte und den Führer der Wehr und mehr als zwanzig Leute unter sich begrub. Das Feuer breitete sich trotz heldenmütiger Anstrengungen der Feuerwehr und der im Lager beschäftigten Leute, die gerade zur Arbeit kamen, immer weiter aus. Die Lösversuche wurden durch den Mangel an Wasser aufs äußerste erschwert. Man glaubt, daß einige von den Leuten, denen durch das Feuer der Ausgang abgeschnitten ist, noch am Leben sind, doch ist unter den obwaltenden Umständen vorläufig an keine Rettung der Eingeschlossenen zu denken.

Chicago, 22. Dezember. (B. L. V.) Spät nachmittags war das Feuer bei der Fleischwarenfirma Morris u. Comp. soweit eingedämmt, daß das bedrohte Viertel außer Gefahr schien.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Einsunddreißigster Tag.
In der gestrigen Sitzung wurden wieder eine Reihe von Zeugen über die allgemeine Situation vernommen.

Der Zeuge Frisch hat an den Abenden des 27. und 28. September von seiner Wohnung in der Gohlowskystraße aus Beobachtungen gemacht. Nach seiner Angabe kamen Schulkleute sowohl von Charlottenburger wie von Berliner Seite und vertrieben die Leute, die vor den Häusern standen. Der nicht ins Haus hineinkam, der befand sich in einem Kessel zwischen zwei Schuhmannsleuten.

Ein Mann, der in diese Lage gekommen war und sich an die Hauswand drückte, wurde von einem Schuhmann mit dem Säbel niedergeschlagen. Auch als er am Boden lag, wurde er noch weiter geschlagen. Am 28. geriet ein Mann mit einer Frau in den „Kessel“. Ein Entweichen war nicht möglich. Die Frau wurde zu Boden geschlagen. Dabei rief der Schuhmann, der sie schlug: „Alte Sau, die werde ich helfen.“ Als der Mann seiner Frau zu Hilfe kommen wollte, bekam er auch „Senge“, wie der Zeuge sagte. Einmal wurde „Blutbunde“ gerufen. Da schloß ein Schuhmann nach der Richtung, aus der der Ruf kam.

Dr. Silberfiel ist Arzt im Krankenhaus Moabit. Er hat vom Balkon des Krankenhauses die Vorgänge in der Turnstraße beobachtet, anscheinend am 28. Der Zeuge sagt, von der Turnstraße her kam eine johlende Menge. Die Schulkleute gingen in einer Linie vor. Die Menge wich zurück. Einzelne wollten die Polizeilinie „durchbrechen“, sie wurden deshalb von den Schulkleuten geschlagen. Auch zwei Mädchen von etwa 14 Jahren verhielten nach Angabe des Zeugen die Schuhmannsleute zu „durchbrechen“. Als Rechtsanwalt Mosensfeld fragt, wie die Durchbrechungsversuche gemacht wurden, stellt sich heraus, daß die Leute nur versuchten, zwischen den Schulkleuten hindurchzugehen. Der Zeuge hat auf der Straße auch Radfahrer gesehen und nimmt an, daß es Räubelführer waren. Tatsachen, welche diese Annahme begründen, kann er nicht angeben.

Schauspieler Reumann kam in der Nacht zum 23. September, als er aus einer Gesellschaft nach Hause ging, in die Poststraße. Es war dunkel. Wo ich hintrat — sagt der Zeuge — trat ich auf Erkeren. Mitten in der Straße brante ein Feuer. Vor dem Feuer hörte ich Stimmengewirr und Säbelknallen. Ich machte sofort kehrt, um mich zu entfernen. In demselben Augenblick sah ich vor mir einen Polizeileutnant mit etwa 10 Schulkleuten. Möglich war es hell um mich herum, die Schulkleute hatten die Säbel gezogen. Einer packte mich an der Schulter. Der Leutnant fragte mich, was ich weggedorren habe. Ich hatte nichts weggedorren und sagte das dem Leutnant. Der sagte zu den Schulkleuten: „Lassen Sie ihn laufen. Trotzdem schlug mich ein Schuhmann mit dem Säbel zweimal über den Rücken. Das muß auch der Leutnant, der dicht dabei stand, gesehen haben. Er hat es aber nicht verhindert. Unter dem offenen Paletot trug ich Frack und weiße Weste. Da es hell war, konnten also die Beamten sehen, daß ich nicht zu den Leuten gehörte, die Madam machten.

Die Zeugen Fiem und Bauß haben nicht gesehen, daß die Polizei kraft gegen das Publikum vorging und sind auch selbst nicht belästigt worden.

Frau Fröhlich hat sich, weil das Haus um 8 Uhr geschlossen werden sollte, mit dem Hausknecht vor die Tür gestellt, um ihren Sohn zu erwarten, der um 9 Uhr aus einem Unterrichtskursus nach Hause kommen mußte. Eine Schuhmannspatrouille kam vorbei. Einer von den Schulkleuten verlangte, die Zeugin solle ins Haus gehen. Sie sagte, sie erwarte ihren Sohn. Da zog der Schuhmann den Säbel und rief: „Gehen Sie hinein. Wenn Sie wieder rauskommen, schlage ich Sie nieder wie einen Hund.“ Die Zeugin ging ins Haus, der Schuhmann ließ ihr mit erhobenem Säbel nach bis auf den Hof.

Der 15jährige Zeuge Katschorek sah am 28. abends gegen 8 Uhr, nachdem eine Schuhmannsleute eine Menschenmenge vertrieben hatte, einen einzelnen Mann, der ohne Veranlassung von einem Schuhmann zwei Ohrfeigen bekam. Dabei rief der Schuhmann: „Wißt du Hund laufen.“ Der Mann lief und bekam noch Fußtritte von hinten. Als der Zeuge weiter ging, kam hinter ihm eine von Schulkleuten verfolgte Menge. Diese samt den Verfolgern waren schon an ihm vorbei. Da kamen noch andere Schulkleute hinterher. Von diesen erhielt der Zeuge drei Säbelschläge über den

Arm und den Rücken. Er brach bewußtlos zusammen. Die Schulkleute gingen weiter. Als der Zeuge erwachte, nahm sich ein Straßenpassant seiner an. Der Zeuge hat drei Wochen im Krankenhaus gelegen und ist dann noch vier Wochen zu Hause ärztlich behandelt worden. Er war also sieben Wochen arbeitsunfähig infolge der erlittenen Säbelschläge. Ein Freund des Zeugen, der gleichzeitig mit ihm mishandelt wurde, hat vier Wochen im Krankenhaus gelegen.

Frau Wolf, die Gattin eines Sekretärs bei der Staatsanwaltschaft, gibt an, gesehen zu haben, daß die Schulkleute sehr ruhig vorgingen gegen die Menge, welche johlte, schimpfte und schrie. Wer nach erfolgter Aufforderung weiterging, dem sei nichts geschähen. Nur die Leute, welche widersprachen, seien geschlagen worden.

Klempner Lindemann macht folgende Angaben: In der Gohlowskystraße hatten die Schulkleute die Straße geräumt. Als sie von der Brücke zurückkamen, gingen zwei einzelne Paare, die von dem, was vorhergegangen war, nichts gesehen hatten, weil sie eben um die Ecke kamen, über die Straße. Die Schulkleute stürzten sich auf die beiden Paare. Das eine konnte sich retten, das andere wurde mit Säbeln geschlagen. Die Frau bekam soviel Hiebe, daß sie zusammenbrach und sich trotz der Unterstützung durch ihren Mann nicht erheben konnte. Der Mann brachte die Frau dann in einer Droschke fort. In einer anderen Zeit war der Zeuge in einem Lokal in der Wielestraße. Im Lokal waren 18 bis 20 Gäste, alles Bekannte des Wirtes. Es ging vollkommen ruhig her. Da kamen plötzlich sechs Schulkleute herein, stellten sich mit dem Rücken an die Wand, schlugen mit den blanken Säbeln auf den Tisch und riefen: „Wollt Ihr raus, Ihr Schweinehund.“ Die Gäste liefen ohne Widerstand hinaus. Die ersten kamen unbeschädigt davon. Die nachfolgenden belamen alle Hiebe mit dem Säbel. Vor der Tür stand ein Polizeileutnant und rief: „Haut zu.“ Der Leutnant selbst führte einen wuchtigen Säbelschlag aus, der aber nur das Straßenpflaster traf.

Zeuge Graf hat keine Ausschreitungen der Polizei gesehen und ist selber nicht belästigt worden.

Arbeiter Bedner hat von seiner Wohnung aus gesehen, daß Schulkleute auf der Straße standen und jeden, der vorbeikam, schlugen. Die Hiebe waren so wuchtig, daß der Zeuge das Klacken der Säbelle in seiner drei Treppen hoch liegenden Wohnung hörte. Er hat dort wenigstens 30 Personen gesehen, die bei dieser Gelegenheit von Kriminalschulkleuten verbauden wurden. Durch das Geräusch der Schläge wurden die Hausbewohner an die Fenster gelockt. Da riefen die Schulkleute: „Fenster zu oder wir schießen.“ Als der Zeuge schon im Bett lag, hörte er wieder, daß auf der Straße geschlagen wurde. Er ging ans Fenster und sah einen Mann am Boden liegen, der von Kriminalbeamten furchtbar geschlagen wurde. Als sie von ihm abließen, kamen zwei Herren, die sich dem am Boden Liegenden näherten, anscheinend um ihm zu helfen. Die Kriminalbeamten trieben die Herren fort. Der Mishandelte blieb liegen und wälzte sich vor Schmerzen am Boden und jammerte. Schließlich kamen zwei uniformierte Schulkleute, hoben den Mann auf und trugen ihn fort. Daß die Leute, welche so furchtbar auf die Straßenpassanten einschlugen, Kriminalbeamte gewesen sind, schließt der Zeuge daraus, daß in ihrer Nähe 15—20 uniformierte Schulkleute standen, ohne die Schließerei zu hindern.

Gerichtsassistent Hesse: Die Menschenmenge auf der Straße johlte, schimpfte auf die Schulkleute und warf nach ihnen, trotzdem gingen die Schulkleute nicht gegen die Menge vor. Die Menge sang nach Angabe des Zeugen ein Lied, welches er für die Arbeitermarschallise hielt. Einer blies aus einer Hubertrompete, um — nach Ansicht des Zeugen — die Schuhmannsleute scheu zu machen.

Kleffor Grau hat die Bekanntschaft eines Mädchens gemacht, es nach Hause begleitet und ist auf dem Rückwege in der ihm unbekannten Stadtgegend in das Gebiet der Moabiter Uruben geraten. Als er das merkte, wollte er sich schleunigst aus der gefährdeten Gegend entfernen. Ueberall, wohin er kam, waren die Straßen abgesperrt. An einer Postenkette erlaubte er um Durchlauf. Der wurde ihm gewährt. Der Wachmeister sagte zu ihm, wenn er ruhig seines Weges gehe, könne ihm nichts passieren. Der Zeuge befolgte den Rat. Als er ein Stück gegangen war, löste sich von einer mitten in der Straße stehenden Gruppe von Schulkleuten ein Wachmeister los und ging mit erhobenem Säbel schlagbereit auf den Zeugen los. Ihn blieb — sagt der Zeuge — stehen und sah den Wachmeister ganz überrollt an. Hätte ich mich umgedreht, so wäre ich sicher geschlagen worden. Ich legitimierte mich. Da wurde der Wachmeister höflicher und ließ mich unbehelligt gehen. Als der Zeuge weiterging, sah er, wie ein alter Mann von einem Schuhmann oder Kriminalbeamten — der

Zeuge konnte das wegen seiner Erregung und der herrschenden Dunkelheit nicht sehen — von hinten geschlagen wurde.

Eigentümer Vottke weiß nichts weiter, als daß ein Mann einen Jungen hochhob und dieser eine Laterne ausdrehte.

Zeuge Riefe hat von seiner Wohnung aus das Treiben der Polizei an der Ecke bei Preuß beobachtet. An einem Abend von 9 bis 11 oder 1/2 12 Uhr seien

wenigstens 100 Menschen vor seinen Augen von Polizeibeamten geschlagen

worden. Der Zeuge teilt eine Reihe von Einzelfällen mit. Ein Mann, der bereits niedergeschlagen war, raffte sich auf, wurde von den Schulkleuten verfolgt und nochmal geschlagen. — Ein Herr, der sich neben einen Schuhmann stellen wollte und sich durchaus ruhig verhielt, wurde von einem Kriminalbeamten mit einem Gegenstand, den der Beamte aus der Tasche holte, geschlagen. Zwei Männer, die ruhig aus einer Bedürfnisanstalt heraustraten, wurden von Schulkleuten geschlagen. Ein junger Mann wurde immer über den Kopf geschlagen. Er rief:

„Mein Kopf, mein Kopf! Schlagen Sie mich nicht, ich will ja bloß nach der Elektrischen!“

An der Haltestelle der Strahndahn wurde jeder geschlagen, der sich nach der Aufforderung nicht sofort entfernte. An der Ecke bei Preuß wurde

jeder, der vorbeikam, von den dort postierten Schulkleuten geschlagen.

— Ein Mann, der bereits am Boden lag, wurde von einem Schuhmann, der sich aus einer Kette löste, mit Füßen getreten.

— Manche die beim Vorbeigehen an der Postenkette geschlagen wurden, verloren dabei den Hut. Wenn sie riefen: „Mein Hut, mein Hut.“ sagte ein Schuhmann: „Holen Sie sich doch Ihren Hut.“ Dann kamen die Betreffenden zurück. Sobald sie sich nach dem Hut bückten, bekamen sie Prügel. In allen Fällen — sagt der Zeuge — war ein Polizeioffizier zugegen, der die Mishandlungen gesehen haben muß, aber nicht dagegen einschritt.

Pollassistent Krause sagt unter anderem: Die Menge habe gejöhlt, „Blutbunde“ gerufen, auch ein Schuh sei gefallen, doch weiß der Zeuge nicht, ob von einem Schuhmann oder aus der Menge geschossen wurde. Als die Menge vertrieben wurde, habe auch eine Frau einen Säbelschlag bekommen.

Sch, Inspektor in der Turbinenfabrik, macht folgende Angaben: Am 28. abends wurde in der Guttensstraße der Feuerwehr böswilligerweise in Tätigkeit gesetzt. Als die Feuerwehr erschien, wurde sie von der Menge, die meist aus Janbagel bestand, mit Jochten und Steinwürfen empfangen. Es war ein furchtbarer Madam, den die Bengels machten. — Die Arbeiter der Turbinenfabrik, die zur Nachtschicht kamen, beklagten sich, daß sie von der Polizei geschlagen worden seien. Mehrere von diesen Arbeitern kamen mit Wunden und blutenden Köpfen. Vor dem Fabriktor standen Frauen, die ihre Männer beim Schichtwechsel abholen wollten. Weil es auf der Straße gefährlich war, ließ der Zeuge die Frauen auf den Hof. Jetzt führten ein Polizeileutnant und mehrere Schulkleute mit blanken Säbeln in großer Erregung in den Hof. Ein junger Mann, der mit seiner Mutter und anderen Frauen eben herausgekommen war, wurde niedergeschlagen. Eine erhebliche Kopfverletzung war die Folge der Säbelschläge. Der Zeuge weiß bestimmt, daß aus dem Hofe der Turbinenfabrik nicht geworfen wurde, denn er hat dafür gesorgt, daß es nicht geschehen konnte. Also hatten die Beamten gar keine Veranlassung, in den Hof einzudringen. Die Bengels auf der Straße haben allerdings geworfen, aber die Beamten haben auch furchtbar geschlagen. Der Zeuge sah auf der Straße einen am Boden liegenden Mann, der von zwei Kriminalbeamten furchtbar geschlagen wurde. Nach den Vorgängen am 28. hat die Turbinenfabrik ihren Arbeitern Legitimationskarten ausgehändigt, in der Erwartung, gegen Verzeigung der Karten würden die Arbeiter unbehelligt zur Fabrik kommen können. Aber die Karten sind nicht immer berücksichtigt worden.

Trotz der Karten wurden Arbeiter auf dem Wege zur Nachtschicht mishandelt.

Zu einer anderen Zeit stand der Zeuge vor dem Fabriktor. Einige Schulkleute mit Pistolen in den Händen kamen vorbei. Ein Wachmeister hielt dem Zeugen die Pistole vor die Brust und drohte zu schießen, wenn er nicht hinausginge. Die Straße war zu dieser Zeit völlig ruhig.

Magistratskanzlist Sibolz meint, die Schulkleute hätten sich der lärmenden Menge gegenüber ruhig verhalten.

Kleines Feuilleton.

Fünzig Jahre europäische Eisenbahnen. Vor 50 Jahren, als Europa eine Einwohnerzahl von rund 280 Millionen besaß, verfügte es in seinem ganzen großen Gebiet über lumpig 52 000 Kilometer Eisenbahn, eine Gesamtlänge, die den Leuten von damals schon recht ansehnlich erschienen sein mag, heute aber erheblich hinter dem zurückbleibt, was Deutschland allein besitzt. In dem nächsten Vierteljahrhundert stieg die Einwohnerzahl Europas um nicht ganz 50 Millionen, während sich die Länge der Eisenbahnlinien auf mehr als das Dreifache vergrößerte, nämlich auf rund 160 000 Kilometer. Im letzten Vierteljahrhundert schwoll dann die Einwohnerzahl auf rund 440 Millionen an, die Länge der Eisenbahnen auf 320 000 Kilometer, während, demnach vor 50 Jahren 1 Kilometer Schienenstraße auf 1400 Einwohner fiel, kommt jetzt ein Kilometer auf etwa 1400 Einwohner. Die stärkste Entwicklung des Eisenbahnnetzes im Vergleich zur Dichte der Bevölkerung besitzt Schweden mit 1 Kilometer auf 401 Einwohner, die geringste Serbien mit 1 Kilometer auf 4557 Einwohner. Im ganzen ist das Wachstum der Eisenbahnen im letzten Vierteljahrhundert noch stärker gewesen als in dem vorausgehenden. Das Gesamtkapital, das in Eisenbahnen angelegt ist, dürfte mit 100 Milliarden annähernd richtig abgeschätzt sein. Die größte Schienenlänge von allen europäischen Ländern hat das Deutsche Reich aufzuweisen mit rund 60 000 Kilometer. Nur das gewaltige Rußland kommt dieser Zahl fast gleich. Dann folgt Frankreich mit rund 50 000 Kilometer, Oesterreich-Ungarn mit 42 000 und England mit 38 000. Alle anderen Länder stehen weit zurück, zum Beispiel Italien mit 17 000 und Spanien mit 15 000. Das stärkste Wachstum der Eisenbahnen ist in Rußland geschehen, das vor 50 Jahren in dieser Hinsicht erst an achter Stelle unter den europäischen Staaten stand, jetzt beinahe an die erste Stelle gerückt ist. Immerhin bedeutet sein heutiger Stand im Vergleich zu seiner Größe noch keine besonders glänzende Entwicklung.

Das elektrische Auge. Nach Meldungen aus Petersburg hat Professor Rosing vom dortigen Technologischen Institut einen Apparat erfunden, den er das „elektrische Auge“ nennt. Nach seiner Beschreibung muß es eines der wunderbarsten Instrumente sein, die jemals vom Menschen erdacht worden sind, denn es soll die Möglichkeit geben, alle Gegenstände wahrzunehmen, die sich in einem gewissen Umkreise befinden, gleichviel welche Hindernisse dem eigentlichen Auge dabei begegnen würden. Beispielsweise wird nunmehr ein Fabrikdirektor von seinem Kantor aus durch das „elektrische Auge“ den ganzen Betrieb und jeden einzelnen Angestellten seines Etablissements verfolgen können. Es soll sogar möglich sein, mit diesem Wundermittel von einem

Schiff aus den Boden des Weltmeeres zu sehen, so daß man unter anderem alle gesunkenen Schiffe würde wahrnehmen können. Die Feder sträubt sich dagegen, die Ausfichten auszumalen, welche diese Erfindung eröffnet — wenn sie sich bewährt.

Ein Museum für Luftschifffahrt in Paris. In den Räumen des Museums-Garnavot wird zu Beginn des kommenden Jahres, voraussichtlich bereits Mitte Januar, eine neue Abteilung eröffnet, an deren Zusammenstellung bereits eifrig gearbeitet wird. Hier sollen alle historischen Dokumente, die sich auf die Luftschifffahrt beziehen, so vollständig als möglich vereint werden und so einen Ueberblick geben über die Bestrebungen der Menschheit, das Reich der Lüfte zu erobern. Unter den Schätzen, die zusammengebracht sind, erregt ein englischer Druck besonders Aufsehen; er stammt etwa aus der Zeit 1870 und trägt die einfache Aufschrift „Krieg“. Das interessante Blatt stellt die erste Luftkette dar und gibt dabei in allgemeiner Umriss die vollkommene Ausbildung eines modernen Eindecker, wie ihn Ratham heute benutzte. Das Alter der Darstellung ist zweifellos festgestellt, wenn auch Genaueres über die Herkunft dieses merkwürdigen Druckes noch nicht bekannt ist. Auf alle Fälle hat der Künstler bereits vor 40 Jahren nicht nur die Flugmaschinen vorausgeschaut, sondern eine ziemlich genaue Vorstellung der heute gebräuchlichen Apparate gehabt.

Humor und Satire.

- Theaterausstellung im Jahre 2000.**
- Nr. 107 Lebensgroßes Selbstbild der Sekretärin des Lustspielhauses, die das nicht mehr mit ansehen konnte.
- Nr. 209 Selbstbiographie des schwindsüchtigen Schweizer Schriftstellers Florian Endli in der Handkrist Ferdinand Bonnds.
- Nr. 592 Karikatur. Porträt der einzigen christlichen Darstellerin, die jemals im vergangenen Jahrhundert die Jungfrau von Orleans gespielt hat.
- Nr. 712 Schredenslammer: Reinhardt's fünfte Garnitur für Berlin während der Sommergastspiele.
- Nr. 785 Das (ausgestopfte) Pferd (Schimmel), auf dem Niemi einzog (41 mal), Gehler erschossen wurde (25 mal), Brumbilde nach Walhall zog (122 mal), der Große Aurfschi sein Volt segnete (7 mal), der Pferdewärter Mathes Obener von der Firma Gebirder Veermann spozieren ritte (unzählige Male).
- Nr. 821 Schreibübungen aus der Sekundarzeit des Schauspielers Bogt.
- Nr. 1013 Das meistegeprüfte Bett Berlins, das Himmelsbett des Residenz-Theaters.
- Nr. 1107 Eine Hand voll (beglaubigten) Sandes aus der Manege, in der König Dedius“ gespielt wurde.
- Nr. 1340 Der von Alfred Holzbock bei der Einweihung des neuen Opernhauses benutzte Parkettstiesel (refraktiert).
(Anstige Blätter.)

Notizen.

- **Theaterchronik.** Im Marionetten-Theater in den Ausstellungenhallen findet am 24. keine Vorstellung statt, dagegen wird am 1., 2. und 3. Weihnachtsfeierabend um 4 Uhr das Märchenstück „Die Zauberperle“, um 6 Uhr „Das Mädchen von Gizonda“ und abends 8 1/2 Uhr „Die Zauberperle“ gespielt. An den folgenden Tagen werden Nachmittagsvorstellungen für Kinder zu ermäßigten Preisen gegeben. — Die im Friedrich-Wilhelm-städtischen Schauspielhaus für Freitag angelegte Vorstellung von „Cyrano von Bergerac“ muß auf Sonntag verschoben werden. Es geht dafür „Golgust“ in Szene.
- **Ferdinand Bonn** wird im Deutschen Theater den Schneider Zwirn in „Gumpackungabundus“ und im Kaufmann von Venedig den Shylock darstellen.
- **Die selige Flora** des Herrn Wode dürfte nach englischen Berichten bald die Gerichte beschäftigen. Da Herr Wode die mächtigste göttliche Unbefangenheit hat (was alle menschlichen Verurteilungen übersteigt, nannten die Riten belanmtlich göttlich). „Leonardos“ Flora als Titelbild im Katalog des Kaiser-Friedrich-Museums triumphierend erscheinen zu lassen, wollen die Engländer jetzt ernsthaft gegen ihn vorgehen. Lucas' Erben werden voranschreitlich auf dem Algenwege Herrn Wode verbieten lassen, Reproduktionen der Florabüste herauszugeben, da nach dem Urheberrecht Lucas' Arbeiten — er starb 1888 — noch drei Jahre geschützt sind.
- **Wenn Millionäre in Kunst machen...** Die Gemäldegalerie des Louvre in Paris hat von dem Millionärprophet Chauchard eine Sammlung von Gemälden geerbt. Darunter auch Millet's von tiefer Naturpoesie und schlichter Wahrheit erfülltes Bild „Angelus“. Wie sich aber jetzt herausstellt, macht das Bild einen höchst betrübenden Eindruck. Der große „Räcen“ hat es nämlich von irgend einem billigen Pfuscher „restaurieren“ lassen. Diese Ausbesserung gelang so gründlich, daß von Millet kaum etwas übrig blieb.
- **Das Mikrophon als Wasserfuchser.** In jedem Mikrophon ist ein Apparat enthalten, der den Schall verstärken muß, damit man ihn deutlich hört; das Mikrophon. Ein Ingenieur Diener hat nun dieses Mikrophon so empfindlich gemacht, daß man mit seiner Hilfe Geräusche vernahmen kann, die in großer Tiefe in der Erde vor sich gehen. Bei Paris wurden Versuche gemacht, um unterirdische Wasserläufe mit dem Apparat zu entdecken. Fließendes Wasser soll in Apparat ein Geräusch hervorbringen, das dem Saufen des Kindes im Walde ähnlich klingt; Tropfenfall in unterirdischen Höhlräumen gibt ein Geräusch wie dumper Glockenschlag. Bei den erwähnten Versuchen wurden in einem wasserarmen Seitental der Marne mehrere Wasserläufe in einer Tiefe von 15 Meter festgestellt, von deren Vorhandensein mit unbewaffnetem Ohre nichts wahrgenommen werden konnte.

Restaurateur Sturz bekam, als er ruhig durch eine Schützmannsleiste gehen wollte,

von einem Polizeikontrollanten einen Stoß

vor die Brust. Dabei rief der Kontrolant: „Zurück, Lump!“ Als der Zeuge weiter ging, sah er, daß

zwei Damen von einem Schützmann geschlagen wurden. Die Damen rannten auf die andere Seite der Straße und stellten sich in ihrer Angst in ihre Rücken an die Wand. Auch dann wurden sie nochmals gottschämlich geschlagen. Kriminalbeamte schlugen ebenfalls auf die Damen los.

Es war nicht mitanzusehen

sagt der Zeuge. Am 23. abends gegen 7 Uhr machte der Zeuge eine Befragung auf der Post. Als er zurückkam, hörte er plötzlich ein Geräusch hinter sich. Er drehte sich um, hinter ihm stand ein reitender Schützmann und dessen Pferd trat dem Zeugen auf die Hacken. Der Reiter rief:

„Wißt Du laufen, Stroch, hast wohl lange keine Bißse geiegt?“ Der Zeuge sagte darauf: „Herr Reitermeister, was wollen Sie von mir?“ Da zog der Schützmann den Säbel und führte einen wilden Hieb nach dem Zeugen, der sich aber durch eine rasche Wendung schlug und davon lief.

Frau Schiller, die Frau des Käfers der Reformationskirche kann nichts weiter angeben, als daß sie Rabau auf der Straße und das Ritzern von eingeworfenen Scheiben hörte.

Vorzellanhändler Brösche geriet bei einem Geschäftsgange in eine Gruppe von etwa 20 Menschen, die von Schützleuten verfolgt wurden. Er stellte sich an die Wand, in der Hoffnung, die Jagd werde an ihm vorübergehen, ohne daß er Schaden leide. Aber darin hatte er sich geirrt. Er bekam von den Schützleuten

wenigstens 10 Säbelhiebe

und ist infolgedessen acht Tage krank gewesen. Als der Zeuge, nachdem er die Krüge bekommen hatte, vor seinem Laden stand, verlangte ein Schützmann, er solle hineingehen. Der Zeuge zeigte seine blutenden Hände und sagte: „Ich habe schon Krüge bekommen, was wollen Sie denn noch?“ Da sagte der Schützmann: „Wenn Sie nicht gleich hineingehen, kriegen Sie noch mehr.“

Koch, ein Zeuge der Staatsanwaltschaft, hat soviel wie nichts gesehen.

Maurer August geriet auf dem Wege nach Hause an eine Gruppe von Schützleuten. „Was haben Sie hier zu suchen?“ herrschte man ihn an. Während ihm ein Polizeikontrollant feilscht, schlug ihn ein Schützmann mit dem Säbel auf den Kopf. Ein Freund des Zeugen, der dabei war, hat noch mehr bekommen.

Kentier Franz weiß nur, daß in der Wittstoder Straße die Feuerwehr böswillig alarmiert und eine Löffelsäule angestekt wurde.

Oberkellner Donsch kam nachts aus dem Geschäft und sah, daß Leute, die aus der Straßendahn stiegen, von Schützleuten ohne weiteres geschlagen wurden. — Ein Mann lief über die Straße, ein Schützmann verfolgte ihn und

schlug von hinten mit dem Säbel

auf ihn ein. Der Zeuge wandte sich an den Schützmann mit den Worten: „Wie können Sie den Mann so schlagen?“ Da bekam der Zeuge selbst Krüge.

Säbelhiebe hagelten nur so auf ihn nieder.

Er wurde hauptsächlich am Arm verletzt und war infolgedessen drei Wochen arbeitsunfähig.

Eigentümer Gottschlag sagt, die Menge, welche am 26. und 27. in der Wittstoder Straße Rabau machte, bestand größtenteils aus Jungbärgeln. Die Bengels waren Laternen ein und machten fürchterlichen Lärm. Wenn die Polizei schon früher gegen diese Elemente scharfer vorgegangen wäre, dann hätten wir den ganzen Skandal nicht bekommen. Daß aus Jenseits geworfen wurde, hat der Zeuge nicht gesehen.

Damit endet die Sitzung. Heute um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Stadtverordneten-Versammlung.

37. Sitzung vom Donnerstag, den 22. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Michels eröffnet die Sitzung nach 5 $\frac{1}{2}$ Uhr mit der Mitteilung von der Befähigung der wiedergewählten, sowie der neugewählten Stadträte Runge, Dr. Preuß und Banofsky.

Vor der Tagesordnung gibt

Oberbürgermeister Kirchner folgende Erklärung ab: Mir ist mitgeteilt worden, daß meine vor acht Tagen getane Äußerung betr. Herrn Stadtrat Münzberg an verschiedenen Stellen so aufgefaßt worden ist, als hätte ich behauptet, er habe wider besseres Wissen versichert, daß Ausgaben aus 1900 aus Mitteln für 1910 nicht geleistet worden sind. Eine solche Erklärung habe ich nicht abgegeben. Sowie ich mich erinnere, wurde in der Diskussion auch hervorgehoben, daß selbstverständlich Herr Münzberg in gutem Glauben gehandelt hat. Ich will nicht unterlassen, ausdrücklich zu erklären, daß ich seinen Augenblick bei der ganzen Verantwortlichkeit des Herrn gdwweifelt habe, daß er in gutem Glauben war und ich kann heute hinzufügen, daß ich mich in der Zwischenzeit aus den Akten überzeugen habe, daß er alles getan hat, um das zu verhindern, und daß er nur darin schlaggeganen ist, daß er voraussetzte, seine Anordnungen seien genau befolgt worden, und daß er nur verabsäumt hat, sich davon zu überzeugen. (Beifall.)

Mit der

Verlegung des Luisenstädtischen Gymnasiums

nach dem Schützenhausquartier hat sich der eingesezte Ausschuh einverstanden erklärt. Die Verlegung soll unverkürzt — ein Antrag auf Fortfall der Vorstufe wurde abgelehnt — vom 1. April 1911 ab allmählich und schrittweise durch Abbau an der alten und vorläufigen gleichzeitigen Aufbau an der neuen Stelle im Schulhause Thoenersstraße 74 erfolgen. Als Bauplatz für das neu zu errichtende definitive Schulgebäude sind die Parzellen 15—19 des städtischen Geländes an der Appenhegener Straße in Aussicht genommen.

Der Antrag auf Fortfall der Vorstufe ist von den Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) wieder eingebracht.

Stadtv. Dr. Arons: Vor einigen Jahren schon hatten wir bei der Staatsberatung die Frage der Vorstufe allgemein zur Entscheidung gestellt, in der Debatte wurde damals besonders darauf hingewiesen, daß ein selbständiges Vorgehen der Kommune auf diesem Gebiete angezeit ist. Hier bietet sich eine Gelegenheit dazu. Der Einwand, daß es sich nur um die Verlegung einer Anstalt handle, trifft insofern nicht zu, als die Schule in einem weit entfernten Stadtteil wieder errichtet werden soll und für diesen etwas ungewöhnlicher Neues bedeutet. Das berühmteste Berliner Gymnasium, das Graue Kloster, besteht ohne Vorstufe. Bei der Beratung unseres vorerwähnten Antrages hob gerade der Kollege Kommissen hervor, daß die Vorschulen vielfach die der Schule zugehörigen Kinder in andere Lokalen leiten, als von den Eltern beabsichtigt war, und diese Bedenken des Kollegen Kommissen treffen ganz besonders auf die zu verlegende Schule zu. Bleibt die Vorstufe während der Verlegung bestehen, so fehlt schließlich nach drei Jahren den Schülern der Vorstufe die Anstalt selbst, die inzwischen abgebaut und weit weg verlegt ist. Gerade die Art der Verlegung, wie sie beabsichtigt ist, zeigt, daß ein organischer Zusammenhang zwischen Vorstufe und Gymnasium gar nicht besteht.

Stadtv. Dr. Teuffle (N. L.) tritt für die Beibehaltung der Vorstufe ein.

Stadtschulrat Dr. Michaelis: Es handelt sich ja nur um die Verlegung einer Anstalt, um einen vorhandenen Verstand. In der ganzen äußeren nordöstlichen Königstadt ist keine Vorstufe vorhanden. Die Frequenz der Vorschulen hält sich auf durchaus konstanter Höhe.

Der Antrag Arons wird abgelehnt, der Ausschuh Antrag angenommen.

Auf Grund des § 105b Wf. D der Gewerbeordnung hat der Magistrat, nachdem einer Anregung des Ausschusses des Berliner Kaufmannsgerichts für Gutachten und Anträge entsprechend durch die Gewerbeverwaltung eine umfassende Umfrage bei den beteiligten Geschäftsleuten veranstaltet worden war, den Entwurf eines Ortsstatuts vorgelegt, durch das eine

Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen

dergestellt vorgelesen wird, daß Gesellen, Lehrlinge und Arbeiter nur noch vormittags von 7—10 Uhr beschäftigt werden dürfen. Eine Ausnahme soll nur für den Handel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln und für den Blumenhandel gemacht werden.

Von verschiedenen Seiten ist Ausschuhberatung beantragt.

Stadtv. Galland (N. L.): Die Vorlage bezweckt nicht, dem Kleinhandel neue Wege zu weisen, sondern sie will lediglich das, was sich organisch auf diesem Gebiete in den letzten 10—15 Jahren entwickelt hat, kodifizieren. Was an der Vorlage zu bessern ist, wird zweckmäßig in einem Ausschuh vorbereiten. Es wird sich fragen, ob nicht gerade auch die Interessen der Arbeiterchaft beeinträchtigt werden, wenn man mit den beabsichtigten Ausnahmen die Zeit von 12—2 Uhr mittags nicht mehr freigibt.

Stadtv. Holzkow (Soz.-fortsch.): Ich nehme denn doch einen erheblich radikalere Standpunkt ein. Nehliche Einwände wurden 1903/04 erhoben, als wir den Verkehr im Großbetriebe auf die Sonntagvormittagsstunden beschränkten. Die Angestellten der Detailgeschäfte sind viel tüchtler dran als die des Großgewerbes; sie bedürfen auch größerer Rücksichtnahme. Die Zahl der Bedienten, die sich dafür aussprechen, ist stetig gewachsen. Am liebsten wäre mir, man könnte sofort den allgemeinen Geschäftsverkehr verflügen. (Anruhe.) Die Vorstellungen der Detailisten sind von einseitigem Interesse diktiert; der Arbeiterstand ist der allerletzte, der sich der Verkürzung der Sonntagsarbeit entgegenstellen würde. Der kleine Geschäftsleute und Gewerbetreibende haben auch ein Recht auf einen freien Sonntag.

Stadtv. Heid (N. L.): Ein beträchtlicher Teil der Kleinfachleute hat sich bei der Enquete für den bisherigen Zustand ausgesprochen. Für die Angefertigten haben wir ein ebenso warmes Herz wie der Vorredner, aber Sorge tragen wir um die kleinen Geschäftsleute, die ohne Gehilfen arbeiten; diese werden dann durch die Konkurrenz der großen Warenhäuser reitungslos erdrückt werden.

Stadtv. Pinke (Soz.): Für die Kollegen Galland und Heid muß jetzt der Arbeiter als Papanz dienen, um Ihnen die Vorlage so unangenehm wie möglich zu machen. (Anruhe.) Wenn es sich um Lohnaufbesserungen handelt, denken Sie an die Arbeiter nicht. (Große Anruhe.) Ich kenne die Arbeiterverhältnisse mindestens so genau wie jeder einzelne von Ihnen; ich habe in einem Kolonialwarengeschäft konditioniert und 25—30 Jahre in der Branche gearbeitet, ich weiß, daß eine große Anzahl der Kleingewerbetreibenden sich sehr freut, daß ihnen das bisherige Sonntagsruhe, wie es die Vorlage will, gegeben werden soll, auch die, die ohne Gehilfen sind, wo Mann und Frau allein arbeiten. Wenn jetzt um 2 Uhr die Läden geschlossen werden, dann wird es 3 oder 4 Uhr, ehe der Mann mit der Familie seinen Gang ins Freie machen kann. Der Hauptverlezer spielt sich nicht in den Stunden von 12—2 Uhr, sondern vormittags von 8—10 Uhr ab. Auch in der Nahrungsmittelbranche haben ja 38 Proz. für die Schließung um 10 Uhr ab gestimmt, 4 Proz. sogar für die völlige Schließung am Sonntag. Nach welcher Richtung in der Vorlage auch die Wünsche der Angestellten Berücksichtigung gefunden haben sollen, ist nicht erkennbar. Nur als Uebergangsstadium akzeptieren wir die Ausnahme für die Nahrungs- und Genussmittelbranche; der Handelsstand dieser Branchen ist in den Kommunen, wo die völlige Sonntagsruhe eingeführt ist, nicht zugrunde gegangen. Der Lohnzuschlag, der dem Kollegen Galland Schwierigkeiten macht, kann ja auf einen anderen Tag verlegt werden. 1891 hatte ich Gelegenheit, in einer Deputation vor dem Handelsminister Verlezer die Wünsche der Angestellten zu vertreten. Damals wurde ausdrücklich erklärt, die 5 Stunden Sonntagsarbeit seien lediglich als Uebergang zur völligen Sonntagsruhe gedacht. Und was ist in den 20 Jahren seitdem geschehen? Endlich sollen wir diesen kleinen Schritt vorwärts machen, und da sehen die Herren Galland und Heid schon wieder den Ruin zahlreicher Geschäftsleute voraus!

Im Interesse der Gesundheit und der geistigen Entwicklung der Angestellten wie der Kleingewerbetreibenden empfehlen wir Ihnen unsern Antrag: „Für die Kleinhandelsgeschäfte im allgemeinen völlige Sonntagsruhe einzuführen und Ausnahmen für die Nahrungs- und Genussmittelbranche nur von 8—10 Uhr vormittags zu gestatten.“

Stadtv. Bamberg (N. L.): Ich hätte die Ablehnung der Vorlage ohne Ausschuh am liebsten gesehen. (Hört! hört!) Die Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags kommt in der Tat, abgesehen von den Nahrungsmitteln, völliger Sonntagsruhe gleich; denn wer geht in diesen Stunden in die Geschäfte? Um 7 und 8 Uhr im Winter liegen Sie doch alle noch im Bett. (Große Heiterkeit) Die Geschäftsleute, die hier in Frage stehen, treten einmütig für den bisherigen Zustand ein. Wird diesen Geschäften der Sonntagnachmittag genommen so wird das Publikum einfach den großen Warenhäusern zugezogen. Mit der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags ist besonders den kleinen Geschäftsleuten nicht gebient. (Zuruf des Stadtv. Vorgmann.) ... Um 7 Uhr geht Ihre Frau auch noch nicht einkaufen, da liegt sie auch noch im Bett. (Stürmische Heiterkeit.)

Stadtv. Goldschmidt (N. L.): Der Kollege Bamberg schließt wohl von sich auf andere, wenn er meint, die Leute in Berlin kaufen nicht von 7 bis 10 vormittags ein, weil sie so lange schlafen. (Heiterkeit.) Die Arbeiter verlangen selbst durchaus nicht die Rücksicht, die man ihnen heute gewöhren will. Es wiederholt sich hier nur, was antürlich des Nachtraktenschlusses sich abspielte. Die Gewerbeverwaltung arbeitet seit vollen zwei Jahren an der Vorlage, die schon in sich ein Kompromiß darstellt. Die Rücksicht auf den kleinen Mittelstand, der durchaus geschätzt werden soll, wird von diesem selbst gar nicht begehrt. Die Durchführung der ganzen Maßregel würde sehr erleichtert, wenn die Lohnzahlung von Sonnabend auf Freitag verlegt würde; die Stadt könnte hier mit gutem Beispiel vorgehen. Der Hinweis auf die Lohnaufbesserungen seitens des Kollegen Pinke war unangebracht, denn wir sind doch nicht bei den Löhnen von Olms Zeiten stehen geblieben.

Stadtrat Weigert: Die Vorlage ist tatsächlich ein Kompromiß und gefüllt daher keiner der beiden Parteien. Wir wünschen damit zwischen den berechtigten Ansprüchen der Ladenbesitzer und der Angestellten zu vermitteln.

Stadtv. Grönwaldt (N. L.) stellt sich auf den Standpunkt der Kollegen Heid und Bamberg und befreitet den Wert der Magistratsenquete.

Stadtv. Kommissen (Fr. Fr.) plädiert für glatte Annahme der Vorlage ohne Ausschuhberatung.

Stadtv. Sonnenfeld (N. L.) tritt diesem Vorschlage entgegen. Der Standpunkt Bambergs sei in der Fraktion vereinzelt; man würde sich sofort mit der Sache abfinden, wenn um 11 Schluß gemacht würde.

Stadtv. Pinke: Die abschlägige Antwort, die wir 1903 und 1906 von der Kirche bekommen haben, sollte uns doch gezeigt haben, daß wir hier kein Entgegenkommen zu erwarten haben.

Einmütig wird Ausschuhberatung beschlossen.

Die Hundsteuer will der Magistrat vom 1. April 1911 ab von 20 auf 30 M. jährlich erhöhen.

Stadtv. Netzig (N. L.) spricht sich für die Erhöhung aus und beantragt Ausschuhberatung. Die Hundeliebhaberei sei vielfach ausgeartet. Der Hund verurteile durch seine Schamerei großes Vergehen. Mit den Schlagworten: „Hund des armen Mannes“ und „Bächler des Hauses“ werde ungemein viel Mißbrauch getrieben. Die Hundekrankheiten seien eine Gefahr auch für die Menschen. Wohin es mit dem Hundefaltus schon gekommen sei, beweise eine vom „Vorwärts“ wiedergegebene Todesangige. (Redner verliest sie unter Heiterkeit der Versammlung.) Das sei doch geradezu Humbug.

Stadlv. Dr. Lehy (N. L.) besteht als Vorkührer einer kleinen Minderheit seiner Fraktion einen ablehnenden Standpunkt mindestens gegenüber jeder Erhöhung der Steuer. Seit 1908, wo eine neue Hundsteuerordnung beraten worden sei, habe sich irgend ein Bedürfnis für eine Aenderung nicht herausgestellt. Der Hund sei nicht für alle Einwohner in dem Maße eine Plage wie für manchen Hauswirt. Auch solle man nicht über den „Hund des armen Mannes“ spötteln; für viele alleinstehende Personen sei er der einzige Beschüter. Gegen die Besteuerung von Luzzuhunden habe er nichts; für jeden zweiten und ferneren Hund solle man ruhig den Satz von 30 M. überschreiten. Die Steuererhöhung bedeute eine ganz unsoziale Belastung der Allerärmsten.

Stadtrat Ledermann: Den Zeitungsberichten nach hat das Oberverwaltungsgericht in einem Rechtsstreit angeblich ausgesprochen, daß die gegenwärtige Hundsteuerordnung mangels erweiterter Zustimmung der beteiligten Minister ungaltig sei. Nach liegen diese Erkenntnisse nicht vor. Auch wenn die Mitteilung den Tatsachen entsprechen sollte, ist eine Rechtsunsicherheit für die Stadt oder die Steuerpflichtigen nicht vorhanden; es bleibt dann eben die frühere Steuerordnung, die auch 20 M. vorseht, bestehen. Die Beanstandung kann sich nur auf nebensächliche Bestimmungen beziehen. In der Steuerdeputation ist mit einer gewissen Geheimhaltung eine weit höhere Heraufsetzung der Steuer festgestellt worden als jetzt vorgeschlagen wird. Der Magistrat will eine Luzzuhsteuer nicht einführen und hat darum eine höhere Besteuerung zweiter und weiterer Hunde nicht vorgeschlagen.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir sind mit der Beflege des öffentlichen Wohls unserer Stadt glücklich auf den Hund gelangt. (Heiterkeit.) Der Erhöhung sollen nicht finanzielle, sondern anderweitige, hauptsächlich polizeiliche Erwägungen zugrunde liegen, die auf Verhinderung der Verschmutzungen hincielen. Eine Verminderung der Zahl der Hunde durch die Steuererhöhung wird aber nur wenig in Betracht kommen und spätestens in einem Jahre wieder ausgeglichen sein. Und dann ist der finanzielle Erfolg doch ein ganz bedeutender. Unser Kämmerer wird 4 bis 500 000 M. gar nicht abweisen; er mag mit Fehlern behaftet sein wie er will, aber in dieser Beziehung ist er ein sehr einnehmendes Wesen. (Heiterkeit.) Wir müssen Ihnen den Schmerz bereiten, diese Erhöhung abzulehnen, und zwar, weil wir darin auch eine indirekte Steuer sehen — nicht bloß deshalb eine indirekte, weil sie der Hund nicht zahlt, sondern sein Herr (Heiterkeit), sondern aus den Gründen, aus denen Stadtrat Lourdez sich 1908 dafür erklärt hat. Die Unbemittelten werden wieder einmal fast allein davon betroffen; die Reichen kommen fast gar nicht in Betracht. Herr Ledermann hat das ja eben selbst ausgeführt. Wenn es heißt, man brauche sich keinen Hund zu halten, dann brauche man auch keine Steuer zu zahlen, so ist das dieselbe Argumentation, als wenn man sagt: „Kauche keine Zigarren, dann brauchst du keine Tabaksteuer zu zahlen.“ (Heiterkeit und Zurufe.) Geht die Hundezahl erheblich zurück, so wird die Steuererhöhung lediglich ein Privileg der Reichen herbeiführen, und nun sollen auch die gewöhnlichsten Hunde keinen Pfennig weniger zahlen als die teuersten Rasse- und Luzzuhunde! (Zurufe.) Es gibt viele unberbeitete Einzelpersonen, die sich an den Hund halten, um ein lebendiges Wesen um sich zu haben, die aber ganz ungeeignet wären zur Kindererziehung. Demen kann man nicht mit Herrn Netzig raten, statt der Hunde Waisenkinder zu sich zu nehmen. Dieser Rat steht also auf der gleichen Stufe wie die entsetzliche Ausmalung der Krankheit des Hundewurms, die dem Hundebesitzer droht. Diese Krankheit tritt doch gerade dann auf, wenn sich der Besitzer mit den Hunden gar zu gemein macht: durch Küßen und Ledern, nicht durch das Halten der Hunde als solches. Wenn die Verschmutzung der Hauptgrund für die Vorlage ist, sollte man die Steuer doch „Hunde-Rachajsteuer“ nennen, weil sie den Rachaj der Hunde trifft (Große Heiterkeit), und eigentlich mühte dann die Besteuerung auch nach der Quantität eintreten (Stürmische Heiterkeit und Zurufe). Herr Kollege Netzig, meine Ausführungen sind stets der Gesellschaft angepaßt in der ich mich befinde. (Erneute Heiterkeit.) Die Steuer trifft keineswegs was sie treffen soll. Eine Verringerung der Hundezahl wird nicht eintreten. Im Jahre 1892 erhöhte man die Steuer von 9 auf 20 M., und die Hundezahl ging von 85 000 auf 37 000 zurück; sehr bald aber fand wieder die erstere Zahl wieder Ersatzgefunden. Die Erhöhung von 20 auf 30 M. wird einen noch viel geringeren Effekt haben.

Ein großer Teil der Luzzuhunde wird bleiben, und wenn Sie 100 M. Steuern auflegen; diese Zahl wird sogar steigen, wenn das Hundehalten zu einem wirklichen Privileg der Reichen wird. Bei den weniger Bemittelten werden Sie auch nicht erreichen, daß sie den einmal lieb gewonnenen Hund abschaffen — und das wollen Sie doch? — ein großer Teil der Unbemittelten werden sich die 10 M. vom Runde abspaten; sogar Kinder haben erklärt: „Der Hund wird nicht abgeschafft, lieber wollen wir nichts zu Weihnachten haben“, und opfern die letzten Pfennige aus ihrer Sparbüchse, wenn der Hund zum Liebling der Familie geworden ist. (Zurufe.) Wenn Sie sich da nicht hincindenken können, liegt es jedenfalls nicht an mir. Die Hunde der minder Bemittelten kommen sehr wenig auf die Straße, weil die Familien gar nicht die Zeit haben, sie auszuführen, aber sehen Sie sich doch an, welche Hunde in Berlin W. auf der Straße sich herumtreiben.

Die Verschmutzungen werden man durch die Steuererhöhung nicht beseitigen; für den Betroffenen ist es gleich unannehmlich, ob er mit einem Hundenschädel bei 20 oder 30 M. Steuer zu tun hat. (Heiterkeit.) Vor zwei Jahren suchte uns Herr Netzig zu machen, Herr Solmitz wies damals darauf hin, was für unästhetische Sachen die Hunde in den Straßen verüben. (Heiterkeit.) Ja, das werden Sie mit 30 M. Steuer auch nicht verhindern. (Stürmische Heiterkeit.) Die gar nicht abzukreitenden Verunreinigung der Straßen tritt ganz besonders an Sonntagen hervor, zumal im Ofen und Norden; das liegt an der ungeheuren Zahl von Biehhunden, die in Berlin noch vorhanden sind, die wochentags ihre Bedürfnisse auf den Jahrdämmen verrichten, am Sonntag aber, wenn sie ausgepöppelt sind, den Bürgersteig benutzen. Man sorge für eine entsprechende Verordnung, welche die Eigentümer unter scharfere Vorschriften stellt und sie eben für entkündeten Schaden an Parkanlagen usw. lastbar macht. Hier läßt sich Wandel schaffen ohne ein neues Privileg. Dreimal hat die Versammlung die Hundesteuer abgelehnt, 1904, 1905 und 1908. Inzwischen ist nichts weiter geschehen, als daß Petitionen gekommen sind. Ausschuhberatung wird ja schon deswegen notwendig, weil das Oberverwaltungsgericht die Hundsteuerordnung von 1908 als noch nicht in Kraft getreten erklärt hat. Die augenblicklich große Zahl der leerstehenden Wohnungen ist eine Triebfeder für die Vorlage; die Hausbesitzer müssen die Kontraktbestimmungen betreffend das Halten von Haustieren lockerer lassen, um Mieter zu bekommen, und nun soll der Magistrat Ihnen in anderer Weise zu Hilfe kommen. (Anruhe.)

Solche Art, eine Steuer durchgedrücken, hat nur Zweck, wenn Sie 100 Mark erheben. Eine Erhöhung der Steuer nach dem Einkommen wollen Sie nicht; Sie wollen ausgesprochen die Unbemittelten treffen und eine halbe Million heraus schlagen. Ich hoffe, daß die Vorlage abgelehnt wird. (Rebhaftes Beifall von den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Ledermann (N. L.) ist mit dem Magistratsvertreter einverstanden und hofft, daß die Erhöhung angenommen werden wird, ebenso Stadtv. Landberg (N. L.), der von der Erhöhung sich besonders einen finanziellen Erfolg verspricht.

Stadtv. Arons: Dann wäre ich allerdings der Gipfel der Ungerechtigkeit. Wir haben für den Magistratsantrag keine wirkliche Begründung, keine Statistik, nichts als alte, abgestandene Redendarien erhalten. Daß die Steuerdeputation überhaupt eine Sitzung abgehalten hat, wundert mich sehr; während der ganzen Zeit, daß ich ihr angehörte, war das nicht der Fall.

Nachdem noch Stadtv. Wfer (N. L.) gegen Hoffmann polemisiert hat, bemerkt

Stadtv. Hoffmann: Die Hundesteuer ist bei uns noch nicht zur Prinzipienfrage geworden. Erst heute

Hat Stadtrat Rebeckmann den Beweis gegeben, wie wir das Rechte getroffen haben, wenn wir sie ablehnten, weil nur Unbemittelte getroffen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.
Das Grundstück Invalidenstraße 32, das zur späteren Straßenverbreiterung zwischen Stettiner Bahnhof und Chauffeestraße gebraucht wird, soll für 400 000 M. freihändig erworben werden.

Stadts. Räte (Fr. Fr.) hat Bedenken gegen die Ankaufbedingungen und stellt Ausschussberatung anheim.
Es wird demgemäÙ beschlossen.

An der Stadtholmer Straße, unweit der Christianstraße, soll auf städtischem Terrain eine neue Feuerwache

gebaut werden. Der Kostenvorschlag schießt mit 472 000 M. ab.

Die Vorlage geht auf Antrag Gremer (A. L.), der den Kostenspunkt, den Baugrund und das Niveau an Architektur beanstandet, an den Ausschuss, der die Entwürfe für die Schulbauten in der Dunder- und Antonstraße berät, nachdem Magistratsbaumeister Nagler den Entwurf des Antragstellers zu entkräften versucht hat.

Von dem städtischen Gelände an der Vottholmstraße soll ein Teilstück von 8725 Quadratmeter zur Errichtung einer

einfachen Gemeindefehle

verwendet werden. Die Verwirklichung will die jetzt in Mieträumen im Hause Kolonnenstr. 8 untergebracht 56. Gemeindefehle in das neue Gebäude verlegen. Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Für die städtischen Straßenbahnlinien ist der Ankauf von 13 Motor- und 12 Anhängerwagen sowie eines Autorettungswagens geplant. Die Kosten für diese dringend notwendige Erweiterung des Wagenparks sind auf 384 000 M. veranschlagt. Die Vorlage gelangt ohne Diskussion zur Annahme.

Entsprechend den in der Versammlung bei der Debatte über das

Korb-Subbahnprojekt

geäußerten Wünschen hat der Magistrat jetzt eine Abänderung dergestalt vorgeschlagen, daß zwischen Wedding und Seestraße statt einer, zwei Haltestellen angelegt werden sollen, die eine auf der Nordseite des Korb-Subbahnprojekts Wedding, die zweite am Leopoldplatz. Es dürften daraus circa 300 000 M. Mehrkosten erwachsen.

Auch diese Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

Die Versammlung hat am 20. Januar d. J. zum Zwecke der

Verbreiterung der Friedrichstraße

zwischen Reichstagsufer und Georgenstraße auf 22 Meter eine Abänderung der Baufluchtlinie auf der Westseite beschlossen. Die Eisenbahnverwaltung plant indes einen Erweiterungsbau des Bahnhofs Friedrichstraße, wonach der westliche Stadtbahnhof in seiner jetzigen Richtung um 13,66 Meter nach Norden verlagert werden und hier in stumpfen Winkel enden soll. Danach würde es für diese Strecke vor dem Bahnhofsbau bei der bisherigen Straßenbreite von 19,86 Meter verbleiben. Der Magistrat sucht die Zustimmung der Versammlung zu der Abänderung des Januarbeschlusses nach. Die Zustimmung wird ohne Debatte erteilt.

Für den Anschluß der auf dem Terrain des ehemaligen Botanischen Gartens zu errichtenden

Königskolonnen

an die benachbarten Häusergruppen hatte der Magistrat der Versammlung eine Vorlage gemacht. Die Versammlung hatte daran namentlich das Fehlen genügender Unterlagen bemängelt und die Beschlußfassung vertagt. Jetzt zieht der Magistrat diese Vorlage zurück und bringt eine neue, nach der Verbindung der Kolonnen mit den Häusern an der Potsdamerstraße ebenso wie die Verbindung an der Parkseite durch ein geschmiedetes Eisenstück und durch Anlage von Terrassen am Parkeingang bewirkt werden soll. Die zur Terrassenanlage erforderlichen Flächen von zusammen 1000 Quadratmeter sollen für den Preis von 100 M. pro Quadratmeter von der Stadt an die Real-, Kredit- und Immobilienversicherungs-Vereinsgesellschaft verkauft werden.

Von der Verwaltungsverwaltung ist im Verein mit der Gas-, Wasser- und Kanalisationsverwaltung ein Entwurf zur

Ausgestaltung des Geländes des ehemaligen Botanischen Gartens aufgestellt worden. Die Kosten, abgesehen von der Beleuchtungsanlage, belaufen sich auf 483 400 M. Die innere Parkanlage ist als eine reichlich mit Spielflächen für die Jugend versehene parkartige Erholungsstätte projektiert.

Stadts. Gremer beantragt für beide Vorlagen Ausschussberatung. Die beiden Entwürfe liegen die notwendige Einheitslichkeit vermissen.

Nach einer kurzen unwesentlichen Debatte wird Ausschussberatung beschlossen.

Auf dem städtischen Gasbehältergrundstück an der Augustburger Straße will der Magistrat der Berliner Gasपालастien-gesellschaft zur Errichtung einer

Gasfabrik ein Erbbaurecht

auf 50 Jahre gegen Zahlung eines jährlichen Zinses von 12 000 M. für die ersten 5 Jahre und 16 500 M. für jedes folgende Jahr verleihen.

Stadts. Salinger (A. L.) beantragt, für die Vorlage einen Ausschuss einzusetzen, der die Erbbaurechtsfrage einmal gründlich erörtern solle.

Es wird Ausschussberatung beschlossen.

Die Vorlage wegen Neuverpachtung des öffentlichen Anschlagwesens wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluss 410 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Der Hausbesitzer als Aktionär.

Bei Erörterung der Frage des Hausbesitzerprivilegs in der Gemeinde ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Voraussetzungen für das Anwartsrecht der Hauspächter wenigstens heute nicht mehr gegeben seien. Diese Interessengruppe bildet nicht mehr der ruhende Punkt in der Erscheinung der Stadt des fluktuierenden, den Wohnsitz oft wechselnden Elements, das wegen des Mangels einer Gebundenheit an der Scholle kein besonderes Interesse für die Entwicklung ihres jeweiligen Wohnortes legt. Der Hausbesitz als Wurzel der Bodenständigkeit ist ja auch tatsächlich eine Ausnahmserscheinung, der An- und Verkauf von Häusern sowie das Vermieten von Wohnungen ist ein Gewerbebetrieb geworden wie andere auch. In sehr vielen Fällen wohnt der Hausbesitzer auswärts, sein Interesse für den Ort, wo er Hausbesitzer ist, reduziert sich auf das Bestreben, wenig Steuern zu zahlen und hohe Gewinne an seinem Besitz herauszuschinden. Dieses nache, gewerbliche Interesse, für welches das Hausbesitzerprivileg benutzt wird, erstreckt sich immer mehr als

schweres Hemmnis für die kommunale Entwicklung. Der Widerstand des Privilegs wird man trefflich beleuchtet durch die Gründung einer Hausbesitzer-Aktiengesellschaft. Das „V. L.“ berichtete darüber wie folgt:

Im Architektenhaus fand am 17. d. Mts. eine Versammlung von Interessenten statt, die den Zusammenschluß von Hausbesitzern und Kapitalisten zu einer Grundstücksgesellschaft bezweckten. Von Hausbesitzern waren hierzu für circa 8 Millionen Mark Häuser angeworben, von denen circa 5 Millionen Mark mit einem Bruttoertrage von 383 000 M. zur Annahme in Aussicht gebracht wurden. Die rechnermäßige Dividende dieser Grundstücke ergab rund 9 Proz. Von den Hausbesitzern waren rund 350 000 M. Beteiligung in Aussicht gestellt, während von den Kapitalisten etwa 150 000 M. angemeldet waren. Die Frage, ob die Vereinigung als Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder als Aktiengesellschaft begründet werden solle, wurde für die Beschlußfassung in einer zweiten Versammlung offen gelassen, für deren Vorbereitung und Einberufung eine Kommission von vier Herren ernannt wurde. Es wurde ausdrücklich betont, daß der Zweck der Gesellschaft nur der sei, gut gelegene rentable Grundstücke beziehungsweise Häuser zu erwerben, sie sorgfältig zu verwalten und allen Teilnehmern Gelegenheit zu geben, von den Erträgen der Häuser Nutzen zu ziehen, ohne die Lasten und Risiken, die mit einer Hausverwaltung verbunden sind, zu tragen. Es soll also jedemmann eine sicher fundierte Kapitalanlage dargeboten werden.

Man kann also Aktionär-Hausbesitzer werden, wie man Anteilseigner irgend eines anderen gewerblichen Unternehmens wird. Eine Dividende von 9 Proz. muß übrigens als ganz akzeptabel bezeichnet werden; sie läßt darauf schließen, daß der Hausbesitz doch noch einen netten Nutzen abwirft. Die Verteidiger des Hausbesitzerprivilegs gebärden sich aber trotzdem nicht nur — nach bestimmten Mustern — als notleidend, sie markieren auch gern den Liebespatrioten, der sich über die internationalen Arbeiterkongresse fürchterlich entrisst. Trotzdem wollen die Herrschaften jetzt denselben Weg beschreiten. In der letzten Sitzung des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands macht der Verbandsdirektor Mitteilung von der aus Paris ergangenen Anregung, in Verbindung mit der Ausstellung des Zentralverbandes im Jahre 1912 einen „internationalen Hausbesitzerkongress“ abzuhalten. Mit den Vereinen in Desterreich, der Schweiz, Dänemark, Schweden und Norwegen seien bereits Verbindungen angeknüpft worden. Als Verhandlungsgegenstände würden in erster Linie in Frage kommen die Mietverlustversicherung und die Hypothekensicherung. In Betracht kommen würde auch das Heimstättenrecht und zwar in Rücksicht auf das neue französische Gesetz vom 12. Juli 1909. Wegen die Abhaltung des Kongresses wurden keine Beschlüsse erhoben, so daß die Vorarbeiten in Angriff genommen werden können.

Konzentration im Handel.

Einer der wichtigsten Kongerne der amerikanischen Metallindustrie, die American Smelting u. Refining Co. will in Berlin ein Zentralkaufbüro für Europa errichten. Zum Leiter dieses Bureaus und Generalagenten für Europa soll der bisherige Präsident der New Yorker Metallbörsen, Kening, ernannt werden. Dieses Uebergreifen der Hauptgesellschaft des sogenannten Guggenheinfongerns nach Deutschland ist von besonderer Bedeutung. Amerika möchte das Geschäft mit den großen deutschen Metallverarbeitern selbst in die Hand bekommen. Deshalb schickt es einen besonderen Agenten herüber. Die größten Verbraucher für Kupfer sind die deutschen Elektrizitätsgesellschaften, die ihren Bedarf in Deutschland nicht decken können und auf die Einfuhr von amerikanischen Elektrolyskupfer angewiesen sind. Als bedeutender Produzent von Kupfer in den Vereinigten Staaten besteht neben dem Guggenheinfongern nur noch die Amalgamated Copper Co., die unter dem Einfluß Rockefeller steht, ursprünglich auch als der Kupfertrust schlechthin angesehen wurde, in den letzten Jahren aber sehr an Bedeutung verloren hat. Der Verkauf ihrer Produktion ist in der United Metal Selling Co. konzentriert. Denk man an den Weg, auf dem es der Standard Oil Co. gelungen ist, ihr Petroleummonopol auch auf den deutschen Markt auszubehnen, auf dem die Fleischhändler Armour und Swift durch ihre Hamburger Niederlassungen immer aufs neue versuchen, ihren Einfluß auf den deutschen Fleischmarkt und den Handel roher Häute auszubehnen, wie die Singer Co. den kleinen Händlern die Hände bindet, so kann man annehmen, daß die Absichten des Schmelztrusts auch nach dieser Richtung hinglehen.

Zur Widerung der Fleischnot hat die Stadt Dortmund einen Fleischverkauf organisiert. Wie der Oberbürgermeister in der letzten Stadtsitzung bekannt gab, hat der Verkauf begonnen. Er findet bis auf weiteres an jedem Donnerstag und Freitag auf dem städtischen Viehof statt. Die Einrichtung weiterer Verkaufstage bleibt einstweilen vorbehalten. Die Oberaufsicht und Leitung hat der Schlachthofdirektor übernommen. Er legt die Preise fest, die an den Verkaufstagen angeschrieben werden sollen. Die Fleischlieferung erfolgt zunächst durch die Verteilung der hiesigen Filiale der Fleischgesellschaft Nordsee nach besonderen Abmachungen. Dortmund Spezialfachgeschäften wird es freigestellt, während der für den städtischen Fleischverkauf angelegten Verkaufszeit auf städtischen Plätzen ihre Waren feil zu halten. Platzmiete oder Standgeld soll allgemein nicht erhoben werden.

Linoleum wird teurer. Die Deutschen Linoleumwerke beschließen die Gründung eines Verbandes. Das Ende wird bald nachkommen.

Steigerung des Kattunabsatzes. Der Absatz im November ist um etwa 2,7 Millionen Mark höher gewesen, als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Mehrabsatz in den ersten elf Monaten 1910 beträgt 4,8 Millionen Mark. Der gesamte Mehrabsatz der Syndikatswerke im Jahre 1910 wird auf 7 bis 8 Millionen Mark angenommen. Wie schon früher bekannt gegeben, kommen die außerordentlichen Verladungen hinzu, welche sich, zu Syndikatspreisen berechnet, auf rund 25 Millionen Mark belaufen.

Gerichts-Zeitung.

Mißglückte Stempelung der Victrola zur strafbaren Handlung.

Zu Ehren des verstorbenen Gemeindevorstehers Genossen Obier aus Pantow sollte auf dem Pantower Friedhof in Niederbischhausen am 5. Juli d. J. ein Denkmal enthüllt und den Hinterbliebenen übergeben werden. Genosse Wall, ein intimer Freund des Verstorbenen und verschiedener Gesangsvereinsbrüder, hatte es

übernommen, das Denkmal zu besorgen und die Mitglieder des Gesangsvereins (Lithographen und Steinbrüder) von der bevorstehenden Enthüllung in Kenntnis zu setzen und um Befugnis bei der Feier gebeten. Vorher hatte er den Bürgermeister von Pantow gefragt, ob einer Enthüllungsfest auf dem Pantower Friedhof etwas im Wege stünde; der Bürgermeister hatte das vernunt. Am Nachmittag des 5. Juli fand die Enthüllung des Denkmals auf dem Pantower Friedhof in Niederbischhausen statt. Nachdem ein dem Tage entsprechender Grabgang verlaufen war, legte Sekretär Pfeiffer einen Kranz nieder und übergab mit einer kurzen Ansprache den Hinterbliebenen das Denkmal, ein Grabgang schloß die Feier. kaum war das Lied gesungen, trat der Polizeiergeant Förster an Pfeiffer heran und machte diesen aufmerksam, daß die „Versammlung“ nicht genehmigt sei. Er schrieb Pfeiffer als den vermeintlichen Leiter der Versammlung auf. Es wurde auch gegen ihn Anklage erhoben. Das Pantower Schöffengericht sprach denselben feinerzeit frei, weil ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er der „Einberufer der Versammlung“ war.

Run wurde Genosse Wall als Sündenbock erlesen und gegen ihn Anklage erhoben. Am Termin am Mittwoch bestritt Wall, sich strafbar gemacht zu haben. Von einer „öffentlichen Versammlung“ könne überhaupt keine Rede sein; er hätte nur die betreffenden engeren Freunde und Gesangsbrüder des Verstorbenen eingeladen. Daß sich auch Leute, die auf dem Friedhof sich gerade befanden, in der Nähe aufgehalten hätten, hätte er nicht verhindern können.

Polizeiergeant Förster wollte als Zeuge die Versammlung auch deshalb als öffentliche angesehen wissen, weil ein paar Tage vorher durch ein Inserat im „Vorwärts“ um rege Beteiligung bei der Feier gebeten wurde. Wall legte dar, daß er dem Inserat im „Vorwärts“ vollständig fernstünde. Der Amtsanwalt hielt den Angeklagten des Vergehens für überführt und beantragte die niedrigste Geldstrafe in Höhe von 3 Mark. Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten. Tatsächlich sei nachgewiesen, daß die Versammlung eine öffentliche sei. Es hätten nicht nur die Mitglieder des Vereins, sondern auch die Besucher des Kirchhofs und andere durch das Inserat des „Vorwärts“ aufmerksam Gemachte der Feierlichkeit beigewohnt. Der Angeklagte könne sich auch nicht damit entschuldigen, daß er mündlich sich bei dem Bürgermeister die Genehmigung geholt habe, denn die Genehmigung hätte schriftlich erfolgen müssen; auch sei der Pantower Bürgermeister nicht befugt, für eine Versammlung auf Niederbischhausen Gebiet die Erlaubnis zu erteilen. Dem Angeklagten ist aber nicht nachgewiesen, daß er das Inserat im „Vorwärts“ erlassen habe, um Freunde als Besucher heranzuziehen. Auch im übrigen sei kein Nachweis dafür erbracht, daß er der Leiter der Versammlung gewesen sei.

Der Anklage fehlte die Berechtigung auch deshalb, weil eine Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes überhaupt nicht vorlag. Würde die Polizeibehörde nur den zehnten Teil der Zeit, den sie zur Konstruktion solch unhaltbarer Anklagen sich und anderen nimmt, zur Aufführung von Rädern und Erpressen und zur Verhütung wirklicher Verbrechen aufwenden, so würde die Rechtssicherheit Groß-Verlins erheblichen Nutzen ziehen.

Wucherer.

Recht erbauliche Einside in die Geschäftspraktiken von Geldverleihern gewisser Sorte gestattet eine Verhandlung, mit welcher sich gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Brestel zu beschäftigen hatte. Wegen gemeinschaftlichen Betruges war der pensionierte Kalkulator Gustav B. und dessen Ehefrau Martha B. angeklagt. Die beiden Angeklagten wurden beschuldigt, gewerbmäßige Geldverleiher und auch Leute, die sich nur hin und wieder in derartige Geschäfte einließen, durch die Vorspiegelung, er sei noch Beamter, zur Hergabe von Darlehen veranlaßt zu haben. — Der Angeklagte B. war bei dem Patentamt als Kalkulator angestellt gewesen. Infolge einer schweren Erkrankung mußte er längere Zeit dem Dienst fernbleiben, so daß die Bedörde zu seiner Zwangspensionierung schritt. Zu allem Unglück erkrankte auch noch seine Ehefrau, so daß er in die bitterste Not geriet. Wie festgestellt wurde, hat der Angeklagte innerhalb eines halben Jahres für Ärzte und Krankenkassen die Summe von 1100 Mark ausgegeben. Als er nicht mehr aus noch ein machte, ließ er sich verleiern, sich mit Geldverleihern in Verbindung zu setzen, die sich durch Inserate anboten. Wie der Angeklagte vor Gericht behauptete, habe er an diese mehr als wucherische Jinsen zahlen müssen, um überhaupt Geld zu bekommen. Recht interessante Dinge stellten sich dann auch in der Beweisaufnahme heraus, in welcher etwa 20 Geldverleiher vernehmen wurden. So ergab es sich, daß ein Kinematographenbesitzer Jäger einen Einfluß von 120 Prozent berechnet hatte. Ein Kaufmann Kasur „begnügte“ sich mit 80 Prozent, ein Kaufmann Kugner mit 90 Prozent. Ähnlich hohe Jinsen wurden auch von den übrigen Zeugen berechnet, unter denen sich ein Ingenieur Langer, ein Friseur Küddert, eine Frau Gröts und ferner ein Eisenbahnwärter, Schuhmachermeister und selbst ein Arbeiter befanden. Die Vernehmung dieser Zeugen erdachte wiederholt recht tragikomische Momente. Sie behaupteten nämlich, daß sie lediglich durch die falsche Angabe des Angeklagten, er sei noch Beamter, sich zur Hergabe des Geldes hätten verleiten lassen. Nur einer von ihnen, ein einfacher Kaufmann, fand den Mut, offen zu bekennen, daß ihn lediglich der große Verdienst gelockt habe, das Geschäft zu machen. Als der Angeklagte dann die eingegangenen hohen Verpflichtungen nicht einhalten konnte, begann der große Sturm der Gläubiger, bei welchem der Hausbesitzer Altman, der Hauswirt des Angeklagten, am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Wie dieser vor Gericht in sehr humoristischer Weise schildert, sei ihm von den Geldverleihern, die immer einen förmlichen „Run“ auf seine Wohnung veranstalteten und eine Austreibung haben wollten, bald die Klingel abgerissen worden, so daß er sich genötigt gesehen habe, an seiner Tür ein Schild anzubringen mit dem Inhalt: Auskunft über B. und Frau gebe ich nicht mehr. — Das Gericht ließ mit Rücksicht auf die ganze Sachlage Milde walten und erkannte gegen den Ehemann B. auf 50 Mark und gegen die Ehefrau auf 25 Mark Geldstrafe wegen Betruges in drei Fällen.

Witterungsübericht vom 22. Dezember 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hoh. mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C. 7 u. 8 U.	Stationen	Barometere hoh. mm	Windrichtung	Witterung	Temp. in C. 7 u. 8 U.
Emmenda	770 G	S	3 bis 5 Bb.	1	Heeranda	761 G	SB	4 Bbbest	-6
Camburg	768 G	S	3müßig	2	Petersburg	768 B	RB	1 Bbest	-1
Berlin	769 G	S	2 bis 4 Bb.	-1	Sella	768 B	RB	3 Bbest	7
Frankfurt	769 B	S	1 Dunst	0	Berben	765 B	SB	5 Bbest	7
Frankfurt	773 G	SB	1 mistelnt.	-1	Barts	769 G	D	1 wolkenf.	-1
Wien	774 G	SW	Nebel	-2					

Wetterprognose für Freitag, den 23. Dezember 1910.

Ein wenig wärmer bei zunehmender Bewölkung mit mäßigen südwestlichen Winden; geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.



Emil Rothert, Uhrmacher und Juwelier, Frankfurter Allee 118, Gegründet 1888., Andreas-Straße 62.

Herrn-Uhren von 3-60 M.
Goldene Herren-Uhren m. Doppelkapsel 45-300 M.
Damen-Uhren von 6,25 an.
Goldene Damen-Uhren von 15-300 M.
Moderna Freischwinger von 12,50-75 M.
Wecker und Wanduhren von 2-15 M.
Unter 3jähriger schriftl. Garantie.

Bilderbroschen u. Krawattennadeln v. 4,00 an.
Goldene Broschen und Ohrringe v. 2,00 an.
Manschetten-Knöpfe von 1,50-100 M.
Lange Damen-Ketten von 3-250 M.
Herren-Ketten in jeder Preislage bis 300 M.
Ketten u. Glieder-Armhänder Silber von 2,50-15,00 M.
Ketten u. Glieder-Armhänder Gold und platt. von 5-400 M.

Dukaten Goldene Trauringe 500 gest. 16 M.
11/12 Duk. 21 M.
900 gest. 21 M.
2 Duk. 21 M.
14 Karat Goldene Trauringe 550 gest. 10-16 M.
333 gest. 6-10 M.
8 Karat Goldene Trauringe 333 gest. von

Sämtliche Größen und Breiten vorrätig. — sofort zum Mitnehmen. —

Goldene Ringe m. Stein i. all. Farb. gesostl. gest. von 1,50-500 M.

Krawatten-Nadeln von 1-100 M.
Silberne Löffel plattiert, in jeder Preislage
Silberne Messer u. Gabeln plattiert, in jeder Preislage.

Sämtliche Silber- u. Altemide- sowie Nickelwaren in jeder Preislage in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Colliers mit modernen Anhängen von 2,50-150 M.

MARKE CONDOR



Weihnachts-Schuhwaren

in eleganten Präsentkartons

zu überraschend billigen Preisen

Jeder Herr freut sich
über die bereits
von Tausenden erprobten
und gelobten Vorzüge
unseres

CONDOR PATENT-

Schnürstiefel ohne
D. R.-P. 174 209 zu schnüren
Das Ideal aller Bequemlichkeit
In modernsten Ausführungen
16.50 14.50 10.50



Die Vorzüge unserer
Condor-Patent-Schnür-
stiefel ohne zu schnüren
werd. in unseren Geschäf-
ten ohne jede Kaufver-
pflichtung gern gezeigt.

Sehenswerte Sonder-Ausstellung von Kamelhaar-Schuhen sowie anderen beliebt. Festgeschenken

Hausschuhe 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47
imit. Kamelhaar, mit 85 Pf. 1,00 1,15 1,30 1,50
Filz- und Ledersohlen
mit Kordelsohlen 75, 85 Pf.

Hausschuhe 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47
aus rein Kamelhaar 1,25 1,45 1,75 2,25 2,75
und Wolle

Damen-Umschlagschuhe 2,30
aus Kamelhaar mit Stoffmischung . . . Gr. 36-42
aus rein Kamelhaar und Wolle Gr. 36-42 3,25

Hausschuhe 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47
aus Kamelhaar mit 1,00 1,20 1,40 1,70 2,20
Stoffmischung

Schnallenstiefel aus rein Kamelhaar und Wolle
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47
1,70 2,00 2,40 3,00 3,60

Schnallenstiefel aus Kamelhaar mit Stoffmischung
Gr. 19-23 24-29 30-35 36-42 43-47
1,30 1,50 1,80 2,35 2,75

Kinderstiefel für Mädchen
unser berühmtes Fabri- 3.50 3.90 4.40 4.80 5.20
kat, solid u. bequem, zum für Knaben in Boxhorse
Schnüren und Knöpfen in f. 5.50 6.00 6.50 7.00 36-37 38-39 40
Chevreaux 6.30 6.60 6.90

Pantoffel aus Kamelhaar m. Stoffmischung 1,60 1,95
aus rein Kamelhaar mit Wolle 2,20 2,60

Damen-Schnür- und Knopfstiefel
vorzügliche Chevreaux- u. Boxkalb-Qualitäten
Nur modernste, passende Formen
16,50 14,50 12,50 10,50 8,50

Damen-Schnürstiefel 7,50
solid, elegant, mit und ohne Lackkappen

Damen-Schnürstiefel
warm gefüttert, Filz- und Leder- 6,00 4,85 3,85
besatz

Herren-Schnürstiefel
vorzüglich Chevreaux 16,50 14,50 12,50 10,50
und Boxkalb-Qualität

Herren-Schnürstiefel 7,50
solid, elegant, mit u. ohne Lackkappen, unerreichte
Preislage

Herren-Schnallenstiefel
für leidende Füße 16,50 12,50 9,80
dieselben m. warmem 15,50 10,50 9,50 7,50
Futter

Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik Burg bei Magdeburg

125 eigene Filialen in 90 Städten des Deutschen Reiches,
davon in Berlin und Umgegend:

- C., Spittelmarkt 15 (Teilhaus)
- C., Rosenthalerstrasse 14
- W., Potsdamerstrasse nur 50
- W., Schillstrasse 16
- NW., Turmstrasse 41, Ecke
Oldenburgerstrasse
- NW., Wilsnackerstrasse 22

- NW., Beuselstrasse 29
- N., Friedrichstrasse 127 schräg
gegenüber der Oranienburgerstr.
- N., Müllerstrasse 3
- N., Reinickendorferstr. 23
gegenüber der Plantagenstr.
- N., Brunnenstrasse nur 37

- N., Danzigerstrasse 1
- O., Andreasstrasse nur 50
- O., Frankfurter Allee 125
- SO., Oranienstr. 32 zwischen
Oranienplatz u. Adalbertstrasse
- SO., Oranienstr. 22, unmittel-
bar, d. Hochbahnst. Oranienst.

- SO., Wrangelstrasse 49
- SW., Friedrichstr. 140-141
am Hälleschen Tor
- Charlottenburg: nur
Wilmersdorfer Str. 122-123
- Rixdorf: Bergstrasse 50-51
- Potsdam: Brandenburger
Strasse 54



S. Gottlieb
G. m. b. H.

Um jedem die Beschaffung seines Weihnachtsbedarfs zu erleichtern,
offerieren wir bis zum Fest

auf Kredit

Herren- und Damen-Konfektion

1 Anzug 15 M. Anzahl. 3 M.	1 Paletot 15 M. Anzahl. 4 M.
1 Anzug 21 M. Anzahl. 4 M.	1 Paletot 20 M. Anzahl. 5 M.
1 Anzug 24 M. Anzahl. 7 M.	1 Ulster 22 M. Anzahl. 6 M.
1 Anzug 40 M. Anzahl. 8 M.	1 Ulster 30 M. Anzahl. 7 M.

Wäsche □ Pelzsachen □ Möbel
— Abzahlung 1 Mk. pro Woche an. —

Rosenthaler Strasse 54 1. Etage.

Möbel-Lechner
Brunnenstr. 7, am Rosenthaler Tor.
Auf Kredit

Riesen-Auswahl! Eigene Polsterwerkstatt!

- 1 Stube und Küche von M. 200.— an, Anzahlung v. 15 M. an
- 2 Stuben und Küche von M. 525.— an, Anzahlung v. 40 M. an
- Mod. Schlafzimmer von M. 350.— an, Anzahlung v. 30 M. an
- Mod. Herrenzimmer von M. 500.— an, Anzahlung v. 45 M. an
- Mod. Speisezimmer von M. 550.— an, Anzahlung v. 50 M. an

Bunte Küchen, großes Lager.
Einzelne Möbelstücke von 5 M. Anzahlung an.

**Extra-Abteilung für
Herren- u. Damen-Garderobe,**
Pelzstolas, Teppiche, Portieren, Gaskronen,
Sprechmaschinen etc.

Große Auswahl. Bequeme Teilzahlung.
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Lieferung auch nach auswärt.

**Bis 23. Dezember bis abends
9 Uhr geöffnet.**

Die Grubenkatastrophe in Bolton.

Das entsetzliche Unglück, das am Mittwoch den englischen Bergbau heimgesucht hat, ist eines der schwersten, von denen die Unfallchronik des internationalen Bergbaues zu berichten weiß.

350 blühende Menschenleben

Sind durch die Katastrophe in wenigen Minuten vernichtet worden. Hunderte von Witwen und Wätern, viele Hunderte Kinder sind ihres Ernährers beraubt worden, und nur gering ist die Hoffnung der verzweifelt vor dem Grubeneingang Harrenden.

Der Schauplatz der Katastrophe.

Die Pratoria-Grube besteht aus dem Gard-Schacht und dem Arley-Schacht, in denen gegen 800 Mann mit dem Graben und zu Tag fördern von Steinkohlen beschäftigt sind.

Die Rettungsaktion.

London, 22. Dezember. (Spezialtelegramm des „Pres.-Telegraph“.) Als sich die giftigen Gase aus der Arley-Grube verzogen hatten, nahm man von hier aus das Rettungswerk in Angriff.

Mit der ersten Rettungsmannschaft stieg ein alter Hauer namens Luxton hinab. Zwei seiner Söhne waren in der Gard-Grube tätig. Mit Todesverachtung drang er vor, um die Seinen zu finden.

London, 22. Dezember. (Spezialtelegramm des „Pres.-Telegraph“.) Durch die Explosion im Gard-Schacht sind die Gebäude der Pratoriagrube vollkommen zerstört worden.

Weitere folgen der Explosion.

London, 22. Dezember. (Spezialtelegramm des „Pres.-Telegraph“.) Durch die Explosion im Gard-Schacht sind die Gebäude der Pratoriagrube vollkommen zerstört worden.

Keine Hoffnung.

Bolton, 22. Dezember. Herr Girard, einer der Mitinhaber der Gruben, erklärte, als er aus dem Schachte zurückkehrte, daß annähernd 300 Arbeiter zur Zeit der Katastrophe sich in der Grube befanden und daß wahrscheinlich alle umgekommen sind.

Eine schwere Anklage.

Bolton, 22. Dezember. Eine allgemeine und sehr berechtigten Entrüstung rief unter den zur Rettung ihrer Kameraden herbeigeeilten Bergarbeiter die Tatsache hervor, daß die Rettungsgerätschaften sich in sehr mangelhaftem Zustande befanden.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Lausitz T.-B. hält der Turnverein „Turnerschaft“ am ersten Weihnachtstagsabend in Hayers Feststätten, Jnh. Gutische, einen Unterhaltungsabend ab.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß in Bestendorf die Lokale „Lindenpark“, Berliner Str. 1, und „Kaiserhof“, Potsdamer Straße, noch wie vor gesperrt sind, und bitten, alle Veranstaltungen daselbst zu meiden.

Wahlkreis (Ostbahn) N.-B. Der Männergesangsverein „Konfordia“ hält am ersten Weihnachtstagsabend in Rahlstedt-Süd im Lokale „Hubertus“, Jnh. A. Engel, eine Weihnachtsfeier ab.

Dritter Wahlkreis. Am 1. Weihnachtstagsabend veranstaltet der Wahlverein im Gewerkschaftshaus, Engelshof 15, einen Kunstabend.

Adlershof. Die Parteigenossen und Genossinnen, welche ihren Austritt aus der Landesliste angemeldet haben, werden erjucht, sich am 27. Dezember (3. Weihnachtstagsabend), vormittags 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerstein, Widmarstr. 25, persönlich einzufinden.

Groß-Beuten und Umgebung. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag (1. Feiertag), nachmittags 8 Uhr, in Jeesen im Lokal Behrend statt.

Britz-Budow. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt am Weihnachtstagsabend und am Silvester geschlossen.

Potsdam. Am 2. Weihnachtstagsabend veranstaltet der Wahlverein im Viktoriagarten, Alte Luisenstraße, ein Weihnachtsfest.

Neue Mühle - Niederlehme. Am 2. Weihnachtstagsabend im Lokal von B. Thormann Weihnachtsbesinnungen des Wahlvereins.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung begann mit einem Nachhall der erregten Debatte, die in der Sitzung des vorigen Donnerstags um den Magistratsantrag auf Nachbewilligung von Mitteln zur Entsendung kranker Kinder in Heilstätten u.s.w. entbrannt war.

Im Anschluß an die Ausschußberichterstattung über die Verlegung des Luisenstädtischen Gymnasiums forderte die sozialdemokratische Fraktion, daß bei dieser Gelegenheit die Vorstufe der Anstalt beseitigt werde.

Ein hitziger Streit entbrannte um den Magistratsantrag auf Ausdehnung der Sonntagsruhe im Kleinhandel. Man sollte es kaum für möglich halten, daß um diese Forderung immer noch wieder geirriten werden muß.

hörende Stadt. Goldschmidt ein. Herr Goldschmidt konnte es sich im übrigen nicht verkneifen, wieder mal die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Freisinn zu rühmen, die Genosse Hingelios angezweifelt hatte.

Einem Ausschuss wurde auch die Vorlage auf Erhöhung der Hundesteuer überwiesen. Um das Für und Wider kam es zu einer lebhaften Aussprache, in der es auch an heftigerem Weimert nicht fehlte.

Die juristische Sprechstunde am Sonnabend (Heiligabend) fällt aus.

Gute Bilder machen eine illustrierte Zeitschrift interessant und lesenswert. Von diesem Standpunkt ausgehend hat sich auch der Verlag der „Neuen Welt“ entschlossen, ab 1. Januar 1911 Sonderdrucke aus starkem, weichem Papier herauszubringen.

Von den Heilmitteln. In der am 21. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des Anstaltsrats der städtischen Heilmitteln wurde unter anderem beschlossen, in die städtische Heilmittelanstalt für brustkranke Frauen zu Walsow bis auf weiteres auch Mädchen mit offener Tuberkulose vom 8. Lebensjahre ab aufzunehmen.

Warnung vor Inseratenschwindlern und Vorkaufagenten.

Der Verein Berliner Grundstücks- und Hypothekensachverständigen, E. S., Charlottenstraße 31, sendet uns eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen:

In letzter Zeit häufen sich die Klagen über unerhörte Ausnutzung des Publikums auf dem Grundstücks- und Gelbmarkt. Die Immobilienmaklervereine, die um Abhilfe gebeten werden, sind natürlich nicht in der Lage, alle Unerfahrenen und Unvorsichtigen zu schützen.

Ist ein gutgläubiges Opfer gefunden, so wird ihm begreiflich gemacht, daß der einzig mögliche Erfolg das Inserieren in dem von der Firma herausgegebenen Offertenblatt sei.

Das Inserationsorgan der Firma erscheint natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es wird in einigen Hundert Exemplaren gedruckt und an Leute versendet, die als Interessenten nicht in Frage kommen.

Das Inserationsorgan der Firma erscheint natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Es wird in einigen Hundert Exemplaren gedruckt und an Leute versendet, die als Interessenten nicht in Frage kommen.

Publikum nicht oft und eindringlich genug gewarnt werden. Wer auf dem Wege der Publikation zum Ziele gelangen will, wende sich an bekannte Zeitungen und meide Winkelfertensblätter.

Den zweiten und vielleicht noch schlimmeren Simpelfang betreiben die sogenannten Vorschuhagenten. Die Aufmachung (Anzeige) dieser Kategorie ist meist dieselbe wie die der Inseraten-schwindler. Die einzige Tätigkeit dieser Gattung besteht darin, sich für ihre persönliche Mitherausgabe als Beitrag zu ihren Spesen usw. einen ansehnlichen Vorschuh zahlen zu lassen, der zwischen 20 bis 500 M. schwankt. Auch hier ist die Unerschlossenheit bei der Höhe des Vorschuhes der einzige Maßstab. Die Vorschuhagenten werden unter den verschiedenen Motivierungen erhoben. Bei Grundstücks- und Geschäftsvorfällen gelten sie als Reise- und Besichtigungslohn, Spesen für Inserate. Bei Darlehen kommen gewöhnlich noch Taxikosten hinzu. Außer diesem Vorschuh wird dann noch eine Provision für den Nachweis oder für die Vermittlung vereinbart und der Adressat dadurch schmählicher gemacht, daß der Vorschuh mit der Provision verrechnet wird. Aber das schlimmste bei den zu unterschreibenden Auftragscheinen ist, daß die Provision auch dann zu zahlen ist, wenn der Auftraggeber das Objekt direkt oder indirekt anderweitig abschließt und der Auftrag unwiderruflich ist.

Vor diesen Vorschuhagenten sei besonders gewarnt. Die Agenten dieser Firma erhalten bis zur Hälfte der Vorschuhagenten zu erzielen und kümmern sich dann nicht weiter um ihre Opfer. Auf dem dritten Deutschen Waffertage in Frankfurt a. M. ist als Grundsatz für jeden anständigen Waffler ausgesprochen, daß er sich Provision nur für den Abschluß des Geschäftes zahlen lassen darf, aber keinerlei Entschädigung oder Vorschuh für seine persönliche Tätigkeit bei Nichtzustandekommen desselben.

Der organisierte Wafflerstand hat mit sogenannten Vorschuhagenten keinerlei Gemeinschaft und bekämpft diese Mißstände aufs bestmögliche.

Einen schwarzen Schellenbaumträger soll nun auch ein Berliner Garderegiment erhalten, nachdem das erste Garderegiment in Potsdam schon seit Jahren über einen solchen verfügt. Es handelt sich um die Einstellung eines Negers aus dem deutschen Schutzgebiet. Die „Deutsche Tageszeitung“ findet diese Absicht im hohen Grade bedenklich und zwar deshalb, weil durch eine solche Verwendung eines Schwarzen die Autorität der weißen Rasse speziell in den Kolonien leiden könnte. Man könne gegen derartige Spielereien, die leider auch jetzt wieder die Unterstützung über die Verhältnisse in unseren Kolonien nicht genügend unterstützter Militärs finden, nicht scharf genug Einspruch erheben, wenn Offiziere dem Kriegeministerium seine Zustimmung zu solchen Experimenten ab zu drängen suchen, so ist das eben nur möglich, weil die betreffenden Herren einfach nicht wissen, was sie damit tun.

Soweit es sich darum handelt, daß der Schwärze unter allen Umständen minderen Rechte als der Weiße sein soll, kann man der „Deutschen Tageszeitung“ nicht zustimmen. Recht hat sie aber, wenn sie die Verwendung eines solchen Mannes in der näher bezeichneten Stellung als eine Spielerei bezeichnet. Es gibt eben Leute, und sehr einflussreiche, die an der Tatsache, daß ein Schwarzer dem Regiment den Schellenbaum vorantreibt, ihr Vergnügen finden. Auch viele Kinder werden sich daran ergötzen. Ob es natürlich Aufgabe des Heeres ist, dem Vergnügen zu dienen, ist eine andere Sache.

Ein Opernhaus in Charlottenburg errichtet zu sehen, ist das Bestreben eines Komitees, das, aus Angehörigen aller Parteirichtungen gebildet, seit längerer Zeit am Werke ist, für diesen Gedanken weitere Anhänger und Förderer in Großberlin zu gewinnen. Es sind auch bereits einige Mitteilungen über dieses Projekt in der Öffentlichkeit bekannt geworden.

In erster Linie handelt es sich um die Errichtung eines größeren Opernhäuses, das bei guten, den Anforderungen der Großstädter entsprechenden Leistungen Plätze zu einem verhältnismäßig annehmbaren Preis zur Verfügung stellt. Dabei hat man sich an das Abonnementssystem der Schillertheater angelehnt und es ist beabsichtigt, auch für das „Deutsche Opernhaus“ — wie die neue Oper heißen soll — Abonnements einzuführen. Diese Abonnementpreise betragen für den ersten Rang 4,50 M., Orchesterplätze 3,50 M., erstes Parkett 3,00 M., zweites Parkett 2,50 M., zweiter Rang 2,00 M. und für den dritten Rang 1,00 M. pro Vorstellung. Leider schließen diese Preise die Arbeiterkreise noch immer von dem Besuch dieses Theaters aus. Es wird daher versucht werden müssen, Sonntagsnachmittagsvorstellungen zu ermäßigteren Preisen zu veranstalten.

Einen Einfluß darauf kann sich die Stadtverwaltung sichern, denn die Ausführung des Projektes ist in der Weise gedacht: Auf Grundlage der eingehenden Vorbestellungen auf Abonnements soll sich eine Betriebsgemeinschaft gründen, welche ihrerseits an die Stadt Charlottenburg den Antrag auf Vergabe eines Grundstücks und den Bau des Opernhäuses stellt. Wenn die Stadt darauf eingeht, übernimmt die Betriebsgemeinschaft, welcher das Theater von der Stadt zu verpachten ist, die Vergütung. Die Stadt würde ferner an den einen bestimmten Prozentsatz übersteigenden Gewinnertrag teilnehmen. Da das Unternehmen allseitig auf Sympathien stößt, zum Teil aus dem Grunde, weil es einem dringenden Bedürfnis entgegenkommt, ist anzunehmen, daß es in der gedachten Weise zustande kommt.

Als Ort, an dem das neue Opernhaus errichtet werden soll, ist ein in sehr günstiger Lage in einer großen Verkehrsstraße gelegenes Grundstück in Aussicht genommen. Der Zuschauerraum soll 2300 Plätze umfassen.

Wir möchten nur noch einmal hervorheben, daß uns vor allem daran liegt, daß Garantien geschaffen werden, die auch den Angehörigen der minderbemittelten Kreise den Besuch dieses neuen Theaters ermöglichen.

Anmeldung übertragbarer Krankheiten.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Ich mache erneut darauf aufmerksam, daß gemäß § 1 des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 28. August 1905, jeder Todesfall an einer übertragbaren Krankheit, wemgleich die Erkrankung bereits angezeigt war, und außerdem jeder Todesfall an Lungen- und Kehlkopftuberkulose der zuständigen Polizeibehörde (für den Stadtkreis Berlin der Sanitätskommission) zu melden ist.

Zu dem Wirt an der Frau Hoffmann in der Blumenstraße 1 wird berichtet, daß verschiedene Verfassungen stattgefunden haben. Am Mittwoch Abend erregte es in der Wirtshauskassette, als ein dort mit Weichholzstäben handhabender Mann siliert wurde. Es handelte sich um den Saitler Mielde, der im Hause Blumenstraße 1 wohnt und dessen Frau dort ein Grünkranken Geschäft betreibt. Die Kriminalpolizei nahm eine Durchsuchung der Wohnung vor, ohne etwas Befindliches zu finden. Sie konstatiert, daß die alte Frau sehr mißtrauisch und vorsichtig war, stets die Eingangstüren verriegelt und durch Sperrketten gesichert hatte und keinen Unbekannten einließ. Der Täter kann also weder die Vorder- noch die Hintertür aufgefunden haben. Frau Hoffmann muß ihn eingelassen haben, also muß er ihr bekannt sein. Als der Mörder die Wohnung der Frau verließ, war die Haustür schon wieder verschlossen. Die Wirtin hatte sie nur so lange unverschlossen

gehalten, als sie zu arbeiten hatte. Nur während dieser Zeit konnten Leute, die etwas liefern oder zu bestellen hatten, ungehindert ein- und ausgehen. Daß der Täter sich eingeschlichen habe, kurz bevor die Frau mit der Treppenreinigung fertig war, wird nicht angenommen. Zu der Zeit, als der Mörder die Wohnung verlassen haben muß, beobachtete eine einjährige Tochter der Wirtin die Haustür. Sie entsinnt sich nicht, daß zu dieser Zeit ein Fremder hinausgegangen ist. Daß der Mörder vom Hofe aus über die Mauer nach der Steinmetzstraße entkommen sei, ist zwar möglich, aber gesehen hat ihn dort keiner. Und doch sind die Leute aus dem gegenüberliegenden Hause auf das Rufen, Fragen und die Aufregung in dem Hause Blumenstraße 1 hin an die Hofmauer gekommen und haben hinausgeschrien, bis die Leute in dem Hause Blumenstraße 1 zum Vorschein kamen und mitteilten, die „Alte“ sei weggefahren. Der Verdächtige selbst bestreitet jede Teilnahme an dem Verbrechen und hat einen Alibibeweis angeboten. Wo er nun gerade am 7. Dezember in der kritischen Zeit gewesen ist, das weiß er augenblicklich selbst noch nicht genau. Auf das Phantasiegebilde des Handschuhwäschers Dilma scheint die Kriminalpolizei jetzt keinen Wert mehr zu legen.

Nach einer späteren Meldung ist Mielde wieder aus der Haft entlassen worden. Es wäre doch zu wünschen, daß Verhaftungen nur vorgenommen werden, wenn schwerwiegende Gründe dafür vorhanden sind und nicht Personen, die unschuldig sind, öffentlich in schweren Verdacht gebracht werden.

Zu den Kaufmanns-Vereinigungen. Zu der im Februar stattfindenden Wahl von Beisitzern zum Kaufmannsgericht Berlin sind seitens der Handlungsgehilfen sechs Listen eingereicht, die vom Magistrat mit folgenden Nummern versehen sind: 1. Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband. 2. Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig. 3. Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands. 4. Hamburger 1888er. 5. Verein der deutschen Kaufleute. 6. Katholische Kaufmannsvereine Großberlins.

Der Ortstermin zu Lichterode, den das Kriegsgericht wegen der Bombengeschichte im Waldrestaurant abhielt, um die Anschuldigungen gegen die Gendarmeriewachtmannschaften und Struß aufzuklären, wurde gestern Donnerstag nachmittags beendet. An die Jüngerenvernehmung schloß sich eine Ortsterminung an, die 1/2 Stunden dauerte. Das Ergebnis der Verhandlungen wird geheim gehalten, weil es sich nicht um öffentliche Sitzungen, sondern um Ermittlungen im Vorderfahren handelt.

Schwerer Absturz. Auf dem Johannisthaler Flugplatz ereignete sich gestern nachmittags gegen 12 Uhr ein Unfall, bei dem der Pilot Hermann Dörner und sein Passagier, Assessor Sieder, mit knapper Not dem Tode entkamen. Dörner wollte gestern vormittag einen neuen Eindecker einfahren und hatte schon mehrere Runden in geringer Höhe zurückgelegt. Kurz nach 1 Uhr nahm er Assessor Sieder an Bord und flog schnell auf 60 bis 65 Meter Höhe empor. Plötzlich stockte der Motor und Dörner mußte, um die Herrschaft über die Maschine wiederzuerlangen, in einem Winkel von circa 70 Grad niedergehen. Während dieses kurzweiligen Abstieges setzte sich der Motor wieder in Bewegung und durch die erhöhte Fallgeschwindigkeit rissen etwa 20 Meter über dem Boden mehrere Spanndrähte, bewirkten sich in den Propeller und hoben die Tragflächen nach oben. Die Maschine stürzte nun senkrecht zu Boden, ihre beiden Fassungen unter sich begrabend. Die auf dem Platz weilenden Flieger und Angestellten eilten den Verunglückten zu Hilfe und befreiten sie von den Trümmern des Eindeckers. Dörner hat zwei Verletzungen am Kopf erlitten, während Assessor Sieder über eine Quetschung am linken Bein klagte. Die beiden Flieger begaben sich nach Berlin, wo sie ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen.

Als „Direktor des Kaiserfellers“ tritt ein Stellenschwindler auf, der schon mehrere Mädchen und Frauen betrogen und auch bestohlen hat. Gestern stellte er sich einer Witwe Lange in der Ränderer Straße 51 zu Rigdorf vor, die durch die Zeitung eine Stellung gesucht hatte, nahm sie als Sekretärin für das Klubzimmer an, zog aber die Verhandlungen so lange hin, bis er einen Augenblick allein war und Gelegenheit fand, aus einem Behälter acht Mark zu entnehmen. Frau Lange merkte den Diebstahl erst, nachdem der „herr Direktor“ weggegangen war. Der Schwindler geht sehr fein gefeibel, u. a. trägt er einen Lebersteiner mit Seidenfutter, steht in Mitte der 30er Jahre, hat einen blonden Schnurrbart und am Bein einen schwarzen Fleck und trägt einen Ansteifer.

Warnung vor einer Volkstrankenfalle. Der Regierungspräsident zu Arnberg macht bekannt, daß das Kollegium des Bezirksausschusses, Abteilung II zu Arnberg, unter dem 18. Oktober 1910 beschloß, einen Nachtrag der am 15. Juli 1909 als eingetragene Hilfskasse zugelassenen „Deutschen Krankenunterstützungskasse zu Berne, jetzt Bochum“ (hieriger Vertreter Kaufmann Otto Köpfe, Müllerstraße 84) abzulehnen, da es nach dem bisherigen Geschäftsgebaren, dem Ergebnisse der erfolgten Kassensrevision sowie nach dem Inhalte des vorgelegten Nachtrages und nach den mit solchen Hilfskassen gemachten Erfahrungen zu der Überzeugung gelangt ist, daß die Kasse die Förderung der Interessen ihrer Mitglieder nicht ernstlich bewirkt, sondern mehr die Vorteile der Gründer der Kasse und deren Angehörigen auf Gehalt, Provision usw. verfolgt. Nach dem Revisionsprotokoll der früheren Aufsichtsbehörde zu Berne vom 9. August 1910 betragen die Einnahmen der Kasse vom Tage der Gründung (1. Oktober 1909) bis zu diesem Tage 5425,79 M. Davon sind allein 4430,97 M. an Verwaltungslohn (2885,33 M. für persönliche und 1542,44 M. für sächliche Ausgaben) und nur 481,80 M. an Krankengeld, 13,50 M. für ärztliche Behandlung und 10,55 M. für Arzneien gezahlt worden. Hiernach entfallen auf die Verwaltungsausgaben 81,67 Prozent der Gesamteinnahmen. Mit hin werden die Beiträge der Mitglieder nur zu einem kleinen Teile zur Erfüllung des Kassenzweckes verwendet. Der Regierungspräsident zu Arnberg hält es für angezeigt, das Publikum auf die vorerwähnten Tatsachen hinzuweisen und vor dem Beitritt zu der genannten Kasse hierdurch zu warnen.

Großfeuer auf dem Berliner südlichen Mieselgut Viehholz. Durch einen gewaltigen Feuerschein wurden am Mittwoch Abend die Einwohner der südlichen Berliner Vororte in Aufregung versetzt. Es hieß, daß in der Lichteroder Gegend eine ganze Ortschaft in Flammen stehe. In Wirklichkeit herrschte das Feuer auf dem Berliner Mieselgut Viehholz, das etwa 2000 Morgen groß ist und zum Mieselgut Osborn gehört. Es brannte eine mit rund 6000 Jentnern neu angefüllte Scheune des Gutes. Die Scheune grenzte direkt an den Gutshof an, so daß zuerst für die Wirtschaft- und Wohngebäude eine große Gefahr vorlag. Zum Glück stand aber der Wind günstig und trieb die hoch emporlodern den Flammen von dem Gehöft hinweg nach den Mieselfeldern zu. Da das Gut ziemlich hoch liegt, wurde der Feuerchein weithin bemerkt, so daß aus allen umliegenden Ortschaften die freiwilligen Feuerwehren zu Hilfe eilten. An eine Löschung des Feuers war aber nicht zu denken. Die etwa 50 Meter lange und 1 1/2 Stock hohe Scheune brannte vollständig nieder. Nach Ansicht der Gutsteuung liegt Brandstiftung vor.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten. Hielen am Mittwoch ihre letzte Sitzung in diesem Jahre ab. Nach Einführung der in den Erschwalben des November gewählten Stadtverordneten, darunter unseres Genossen Richter, nahm die Versammlung Kenntnis von dem Bericht des Stadtbaurats Seeling über die im Anschluß an die Studienfahrt der Deutschen Gesellschaft für Gartenbaukunst im Jahre 1909 ausgeführte Studienreise nach London und Umgebung. Genosse Rietzsch hob die Bedeutung dieses Berichtes für die Allgemeinheit hervor und regte die Drucklegung

an, eine Anregung, der sich sämtliche übrigen Redner angeschlossen.

Ueber die Vorlage betr. Erweiterungsarbeiten auf Gasanstalt II referierte Stadtdr. Krenkel. Es handelt sich um umfangreiche Erweiterungen der Gasfen, der Ammoniakwäscher- und Teerfächeranlagen. Die Kosten hierfür sind auf 1.155.000 M. veranschlagt und sollen aus Anleihemitteln entnommen werden. Die Vorlage wurde einem Ausschuss zur Vorberatung überwiesen.

Einmütig stimmte die Versammlung — entsprechend dem Beschluß des Ausschusses — der Magistratsvorlage betr. die Schaffung der Stelle für einen besoldeten Stadtrat für Hygiene zu. Der besoldete Stadtrat muß die Approbation als Arzt und eine besondere Durchbildung in der Hygiene besitzen. Er darf private ärztliche Praxis nicht ausüben und öffentliche Nebenämter nur mit Genehmigung der städtischen Körperschaften übernehmen.

Eine längere Debatte rief der Bericht des Ausschusses über die Magistratsmitteilung betr. die Schaffung von Sekretärstellen hervor. Es handelt sich hierbei um eine Angelegenheit, die die städtischen Körperschaften schon längere Zeit beschäftigt, ohne daß es zu einer Uebereinstimmung zwischen Magistrat und Stadtverordneten gekommen ist. Auch jetzt ist die Uebereinstimmung noch nicht herbeigeführt, so daß es möglicherweise noch zu Weiterungen kommt.

Weiter nahm die Versammlung die Magistratsvorlage betr. die Errichtung von 2 Häusern für Leichtkranke auf dem Krankenhausegrundstück in Peßend, sowie einen Antrag der Liberalen Fraktion betr. den Wohnungsgeldzuschuß der städtischen Oberlehrer an. Es handelt sich darum, daß der Magistrat bei der bevorstehenden Neueregung des Wohnungsgeldzuschusses der städtischen Oberlehrer auch eine Neuzeitsetzung der pensionsfähigen Berechnung vornehmen soll, die die bestehenden Härten beseitigt.

Allseitige Zustimmung fand ein von unserem Genossen Wili begründeter Antrag, der den Magistrat ersucht, sobald es die Bitterstoffsverhältnisse gestatten, auf dem Bienensee eine Eisbahn zu eröffnen und dieselbe den Einwohnern Charlottenburgs gegen ein Entgelt von höchstens 10 Pf. zur Verfügung zu stellen. Auch der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Wredischneider, stellte sich dem Antrage sympathisch gegenüber, nur erhob er — ebenso wie der Stadtdr. Stadthagen — Bedenken gegen den Eintrittspreis von 10 Pf., der ihm zu niedrig erscheint. Der Antrag selbst wurde im Vorlaute einstimmig angenommen.

Zum Schluß der Sitzung nahm die Versammlung die Mitteilung des Vorstandes betr. die Kontrolle über die Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung entgegen. Bei dieser Gelegenheit rügte Genosse Scharrnberg, daß die Angelegenheit betr. die Errichtung eines Waisens- und Erziehungsheimes noch immer nicht von der Stelle gekommen ist. Er betonte die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen Hauses für Charlottenburg und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß der Magistrat den schon lange von der Stadtverordnetenversammlung geforderten Beschluß endlich zur Ausführung bringen werde. — Von den Liberalen wurden dem Magistrat Vorwürfe gemacht, daß er dem Beschluß der Versammlung auf eine Verschlechterung der Vermögensverhältnisse noch nicht beigetreten ist. Genosse Dr. Wredischneider erklärte, daß seine Freunde gegen das Vorgehen des Magistrats, der eine Revision erst dann vornehmen will, wenn die Frage der Reichwertzuwachssteuer durch den Reichstag zur Entscheidung gebracht sein wird, nichts einzuwenden haben. Auch die Sozialdemokraten wünschten Änderungen der Vermögenszuwachssteuer, allerdings in anderer Richtung wie die Liberalen. — Endlich kam es noch gelegentlich der Annahme des Magistrats zu verschiedenen, die städtische Müllabfuhr betr. Beschlüssen zu lebhaften Auseinandersetzungen. Eine Reihe von Stadtverordneten tabelten es, daß der Magistrat der Allgemeinen Müllbewertungsgesellschaft Vergünstigungen über den mit ihr abgeschlossenen Vertrag hinaus gewährt hat. Auch Genosse Weber schloß sich dieser Kritik an, wies aber gleichzeitig darauf hin, daß die Mehrheit der Versammlung eigentlich gar kein Recht habe, sich zu beschweren, da sie selbst ja der Gesellschaft von Jahr zu Jahr mehr entgegengestritten sei. Das Ergebnis der Besprechung war die Ankündigung einer Revision der Polizeiverordnung über die städtische Müllabfuhr und der Gebührenordnung.

Die nächste Sitzung findet am 11. Januar 1911 statt.

Eine Millionenerbschaft ist der Stadt Charlottenburg von einem Rentier vermacht worden, der dieser Tage ohne Hinterlassung von direkten Erben gestorben ist. Bei dem Vermächtnis, dessen Gesamtwert gegen 4 Millionen Mark geschätzt wird, handelt es sich in erster Linie um ein größeres wertvolles Grundstück am Kurfürstendamm. Dort befindet sich in einem geräumigen Park eine große Villa, die nach von bisher bekannt gewordenen Verfügungen des Testators von der Stadt als Museum verwendet werden soll. Zu dem der Stadt vermachten Nachlaß soll ferner eine größere Silberausstattung gehören. Weiter verlaßt, daß aus dem Verkauf eines Teiles der Grundstücke der Stadt die Mittel zur Errichtung eines Altersheims gegeben werden sollen.

Rigdorf.

Eine Rettungswache mit ärztlichem Wachdienst ist vom Verein der Berliner Rettungswachen im Auftrage des Rigdorfer Magistrats am Donnerstag, den 22. Dezember d. J. in der Hermannstr. 168, Ecke Schierkestraße (Eingang Schierkestraße) errichtet worden. Geöffnet ist die Wache von 10 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

Die nächsten Veranstaltungen des Bildungsausschusses sind: Am 25. Dezember (1. Feiertag) nachmittags 2 1/2 Uhr bei Hoppe: Lichtbildvortrag für Kinder „Aus der Kinderstube der Tiere“. Eintritt 10 Pf. 25. Dezember, abends 7 Uhr, Familienabend bei Hoppe: Konzert, Theaterdarstellung „Hans Heubach“, Schwanz und Blumenthal und Kadelburg, Tanz, Einlosharten 40 Pf. 28. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, Theaterdarstellung im Rigdorfer Theater: „Wein Leopold“, Volksstück von A. L'Arronge. Einlosharten 60 Pf. Billets zu allen Veranstaltungen sind bei den Funktionären und in der Expedition, Redaktr. 2, solche für die Kinderdarstellung auch vorn im Lokal bei Hoppe zu haben. Zum Lichtbildvortrag wird der Saal erst 1/2 Stunden vor Beginn geöffnet. Die Eltern werden gebeten, die Kinder nicht früher zu schicken.

Die Bücherausstellung und der Verkauf von Büchern wird am Freitag, den 23. Dezember, abends 8 Uhr, geschlossen.

Schöneberg.

Aus Furcht vor der Operation hat das 44jährige Fräulein G. Eisenacher Straße 71, einen Selbstmordversuch unternommen. Seit mehreren Jahren war Fräulein G., die eine größere Wohnung besitzt und mehrere Zimmer an Pensionäre vermietet hat, von einem schweren innerlichen Leiden befallen, so daß die Ärzte ihr eine Operation dringend anrieten. Die Kranke äußerte mehrmals zu Bekannten, daß sie lieber Selbstmord verübe, als sich operieren zu lassen. Am Montagabend begab sich Fräulein G. wie gewöhnlich zur Arbeit, erkrankte jedoch bis Donnerstagmorgen nicht wieder. Dieser Umstand fiel einem ihrer Mieter auf, der durch einen Schlosser die Schlafzimmertür öffnen ließ. Die Kranke lag auf ihrem Bett und gab nur noch sehr schwache Lebenszeichen von sich. Ein hinzugerufener Arzt stellte fest, daß sich die G. mit einer Morphiumlösung vor zwei Tagen vergiftet hatte. Die Unglückliche wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Weichnachtsarrangements in den Vororten.

Nächste geben wir die Orte bekannt, in denen am ersten Weihnachtsfeiertag Kunstfeste, Konzerte oder sonstige Arrangements getroffen sind.

Schöneberg. Der Schöneberger Männerchor (M. d. V.-B.) veranstaltet in den Neuen Rathausgassen, Weiningerstr. 8, ein Konzert nebst Gesang und Theateraufführungen. Billets zum Preise von 30 Pf. sind bei den Mitgliedern sowie an der Kasse zu haben. Anfang abends 8 Uhr.

Friedenau. Nachmittags 5 Uhr veranstaltet der Wahlverein im Lokale „Rheinischhof“, Rheinstr. 60, eine Weihnachtsfeier bestehend aus Konzert, satirischen Vorträgen und Aufführungen der Frcien Turnerschaft Friedenau. Um 7 Uhr: Besichtigung der Kinder. Billets a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Steglitz. Nachmittags 4 Uhr im Restaurant „Paradiesgarten“: Weihnachtsfeier. Den Frauen ist Gelegenheit gegeben, Kaffee zu kochen.

Schlendorf (Wannseebahn). Nachmittags 3 Uhr im Lokale von B. Schwarz, Rennbahn, Alfenstr. 56: Weihnachtsfeier, veranstaltet von den Gewerkschaften und dem Wahlverein.

Lankwitz. Der Männerchor Lankwitz-Südende (M. d. A.-S.-V.) veranstaltet in Gemeinschaft mit der Frcien Turnerschaft Lankwitz im Restaurant P. Ebel, Rühlensstraße, einen Konzertabend. Anfang pünktlich 8 Uhr. Es wirken mit: Berliner Sinfonie-Orchester von Maximilian Fischer, Frl. Walli Kuffel mit Rezitationen. Billets sind bei den Mitgliedern beider Vereine sowie beim Gastwirt Ebel zu haben. Abendkasse findet nicht statt.

Lichtenberg. Der Bezirk Lichtenberg veranstaltet im Etablissement B. Schwarz, Köllendorferstr. 25-26, eine Weihnachtsfeier. Mitwirkende: Gesangverein „Lichtenberger Männerchor“, Sittlichklub „Hilberthal“, Turnverein „Lichtenberg“ usw. Zur Aufführung gelangt „Weihnacht“ von C. Prezzang. Anfang 7 Uhr. Billets 25 Pf. Dieselben sind bei sämtlichen Gruppen- und Bezirksführern zu haben.

Tempelhof. Die Weihnachtsfeier findet im „Wilhelmspark“, Berlinerstr. 9, statt. Das Programm lautet: „Weihnachten in Wort und Ton“. Mitwirkende: Konzertfängerin Henriette Friede-Rich-Döhmer (Gesang), Schauspielerin Elsa Kühne (Rezitation), Genosse Fritz Larnow (Festrede), Musikdirektor Schuster am Flügel. Saalöffnung abends 8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Eintrittskarten inkl. Programm a 30 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Stralau. Der Wahlverein veranstaltet (1. Weihnachtsfeier) in den „Karlgrafenpforten“, Karlgrafenbaum 34, einen Kunstabend. Mitwirkende: Frl. Anna Vorkardt (Konzertfängerin), Herr Fritz Köhner (Operntenor), Herr Martin Wighardt (Schauspieler), die Triebvereinigungen des Herrn Rich. Kusch (Klavier), Max Rodern (Violine), Willi Dedert (Violoncello), Gesangverein „Vortrags-Verein“ (Stralau). Künstlerische Leitung: Richard Kusch. Preis 50 Pf. Garderobe frei. Während der Vorführung bleiben die Saalüren verschlossen. Rauchen verboten. Saalöffnung 5 Uhr. Anfang pünktlich 8 Uhr.

Köpenick. Der Gesangverein „Männerchor Köpenick“ veranstaltet abends 7 Uhr im Stadttheater ein Weihnachtskonzert. Die Musik wird vom Berliner Elite-Orchester ausgeführt.

Dahlemburg h. Jossen. Eine Weihnachtsfeier verbunden mit Theateraufführung und Tanz findet abends 7 Uhr im Saale Wald- und Seeschlößchen statt. Eintrittskarten 30 Pf.

Neue Mühle-Riedersteine. Im Lokal von Thormann in Neue-Mühle: Weihnachtsbergungen des Theatervereins Fidelity.

Franz-Euchholz. Abends 7 Uhr bei Kühne, Berlinerstr. 30, humoristischer Lichtbildvortrag: „Die fromme Helene“. Anschließend gemütliches Beisammensein. Programme a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Bernau. Der Bildungsausschuss veranstaltet abends 8 Uhr eine künstlerische Weihnachtsfeier im großen Saale des Restaurants „Bellevue“, Inhaber Franz Salzmann. Mitwirkende: Herr Fritz Richard vom Deutschen Theater-Berlin, Herr Wilhelm Reimes, Berlin, das Pflugsche Orchester sowie der Arbeitergesangverein „Freiheit“. Programme a 30 Pf. sind bei den Funktionären erhältlich.

Nowawes. Der hiesige Bildungsausschuss veranstaltet im Lokal von Max Singer, Priesterstr. 31, einen vollständigen Kunstabend. Zu demselben ist das „Walfotte-Quartett“ Berlin gewonnen. Beginn 6 1/2 Uhr abends. Karten im Vorverkauf a 50 Pf. sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Aus aller Welt.

Riesenbrände in Amerika.

Zwei schwere Brandkatastrophen, bei denen zahlreiche Menschen ums Leben kamen, werden fast gleichzeitig aus Amerika gemeldet. In Chicago brach in den Gebäuden der Fleischwaren-Grossfirma Morris u. Co. ein Brand aus, der an den aufgeschichteten Fetten reiche Nahrung fand. Von dem niederstürzenden Metalldach eines Gebäudes wurden zwanzig Mann der Feuerwehr erschlagen.

Der zweite Brand kam in einer Lederfabrik in Philadelphia aus. Ein Teil der Lösch- und Rettungsmannschaften wagte sich zu weit vor, als plötzlich eine Mauer des Gebäudes einstürzte und die Mannschaften unter sich begrub. Die sofort vorgenommene Rettungsaktion konnte nur noch die Leichen der Unglücklichen bergen. Bisher wurden unter den Trümmern 23 Tote aufgefunden; es wird vermutet, daß dem Unglück noch mehr Menschen zum Opfer gefallen sind.

Neue aviatische Rekord.

Tabuteaus Rekordflug — 6 Stunden Dauer und 464,7 Kilometer Distanz — der bereits am 18. Dezember durch Henry Farman hinsichtlich der Zeitdauer durch einen Flug von 8 Stunden 12 Minuten beträchtlich gedrückt worden war, ist nun auch in der Entfernung überboten worden. Der Cleriot-Pfleger Legagneux führte nämlich am 21. Dezember einen 6-Stundenflug aus, bei dem er 515,9 Kilometer zurücklegte.

Auch der Rekord im Flug mit einem Passagier, den zuletzt Amerigo mit 3 Stunden 20 Minuten hielt, ist am 21. Dezember durch den französischen Militärflieger Leutnant Cammermann überholt worden, der sich 4 Stunden 2 Minuten in der Luft hielt und dabei 232 Kilometer zurücklegte.

Auch eine französische Dame, Fräulein Dutrieu, legte am 21. Dezember einen Flug von 2 Stunden 35 Minuten Dauer zurück und verbesserte damit erheblich den von ihr selbst aufgestellten Rekord für weibliche Flieger.

Ein Wort um das Weihnachtstrinkgeld.

Wie unser förmlicher Korrespondent meldet, hat ein alter Kellner in Rom seinen jüngeren Konkurrenten mit dem Messer erstochen, weil dieser die Hälfte der Weihnachtstrinkgelder beanspruchte. Der jüngere hatte den älteren darauf aufmerksam gemacht, daß er (der jüngere) schlechter bezahlt war und mehr arbeitete als sein Kollege; deshalb sei es gerecht, daß sich beide die Weihnachtstrinkgelder zu gleichen Teilen teilten. Darüber war der alte so ergrimmt, daß er mit dem Messer auf den anderen eintraug und ihm eine Schlagader verletzete. Der Tod erfolgte durch Verblutung. Der Totschläger hat sich den Behörden gestellt.

Verlassen, verlassen . . .

Der ehemalige nationale Nennmutterarbeiter, jetzige Raffer Th. Borenghen, Kiel, Verfasser mehrerer Sudelbrotschriften gegen die Sozialdemokratie, die von dem Unternehmertum und dem Reichsverband gratis verteilt worden, hat Konkurs angemeldet. Die Schriften des Renegaten scheinen also den gewünschten klingenden Erfolg nicht gehabt zu haben.

Kleine Notizen.

Der Tod in der Schule. Auf eine sonderbare Weise ist in Saarbrücken ein Schulkind ums Leben gekommen. Als zu Be-

ginn des Schulunterrichts eine Lehrerin die Tür des Klassenzimmers öffnete, wurde ein hinter der Tür stehendes Mädchen von der Türkante so unglücklich am Kopfe getroffen, daß es tot zu Boden sank.

Riesenfälschung brasilianischer Banknoten. In München wurde gestern ein junger Lithograph verhaftet, der für einen bisher noch unbelannten Schweizer Auftraggeber für 1200000 Mark brasilianische Banknoten gefälscht hat. Der Fälschung ist man gelegentlich einer Hausdurchsuchung in Paris auf die Spur gekommen. Es wurden dabei zahlreiche gefälschte brasilianische Noten gefunden.

Die Unterschlagungen des Obertelegraphenassistenten Guttaus aus Bonn, über dessen Flucht wir gestern berichteten, sind viel umfangreicher, als man erst annahm. Die bisher festgestellten Beträge belaufen sich auf mehr als 50000 Mark und erstrecken sich auf mehrere Jahre.

Brand eines Touristenheimes. Das in Touristenkreisen sehr bekannte Touristenheim auf dem Altvater im Sudetengebirge ist gestern morgen ein Raub der Flammen geworden. Bei dem Brande ist der Wirt in den Flammen umgekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist heute das 12. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Mah-Wohringen. — Dem Nikolajewitsch Tolstoj als Goliath und Moralist des Jenseits (1828 bis 1910). Von H. Kappaport (Paris). — Volkszählung — Städtebildungen — Kommünler. Von H. Korb. — Kampf der Endarbeiter Arbeiter gegen den Wohnungswucher. Von Eugen Barga. — Einiges über die englische Arbeiterpartei. Von Ramsay MacDonald. — Erwiderung von J. Höfgen. — Arbeiterkassen in Witten und Walzwerken. Von Wilhelm Häufigen. — Das Heft kostet 25 Pf.

Max Liebermann. Kunstblätter nach seinen Werken in Rappe geh. 1 M. J. Schulz, Mainz.

Verenburg und die Südwahrafrainer. Von P. Rohrbach. 6 M. G. Reinecke, Berlin W. 30.

Geichtschungen und Trennungsfreiheit in Ungarn. Besetzt von Dr. C. Herd. 1 Kr. Selbstverlag, Budapest VII.

Wein Anstreich aus der Landestriebe. Von T. u. Koppelow. 75 Pf. C. Frawein, Berlin W.

Protokoll über die Verhandlungen der 14. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes 1910. 223 Seiten. Schmalzfeld u. Co., Bremen.

Antwörter Marktbericht der städtischen Marktballen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktbällen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft regt, Preise: Schweinefleisch anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft regt, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise unverändert. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft regt, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßwaren: Zufuhr genügend, Geschäft befriedigend, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am		seit	
	21.12.	20.12.	am	seit
Remel, Ithm	371	—14	0	0
Bregel, Jüterberg	100	—7	0	0
Wiesfel, Thorn	184	+6	0	—1
Oder, Ratibor	242	—46	0	0
Strossen	199	—6	0	+2
Franfurt	213	—4	0	+3
Wartbe, Schrimm	72	—4	0	+20
Landberg	61	+1	0	—20
Reze, Borsdamm	80	0	0	+44
Elbe, Leimberg	182	+23	0	+57
Dresden	62	+35	0	+13
Barbo	310	—2	0	—
Magdeburg	258	—2	0	—42

+) + bedeutet Hoch, — Nied. — *) Unterbezel.



Ansicht unserer Fabriken Leipzigerstr. 97 u. Königstr. 46

Wollen Sie Juwelen, Uhren, Gold- und Silberwaren

billig und gut kaufen, dann besichtigen Sie unsere grossen Auslagen mit vielen Tausend Schmuck- und Ziergeräten mit deutlich sichtbaren Preisen. Oder überzeugen Sie sich an unseren bedeutenden Lagern, woselbst Ihnen jede gewünschte Auskunft bereitwilligst erteilt und jeder Gegenstand ohne jeden Kaufzwang gern gezeigt wird.

Zur Beachtung! Wegen Abbruchs des Kohnhanses Leipziger Str. 25 haben wir unser zweites Geschäft nach gegenüber: Leipziger Strasse 97, an der Charlottenstraße, verlegt.

Königstraße 46

Ecke Hoher Steinweg

u. Leipziger Str. 97.

Belmonte & Co.

Juweliere, Gold- u. Silberschmiede, Ateliers für Juwelenschmuck und Kunstarbeiten.

Zirka eine halbe Million Schwingungen

macht das sogenannte Balancerädchen einer Taschenuhr in einem Tage. Jeder Punkt im Umfang solchen Rades legt dabei im Tag über 23 Kilometer, im Jahr zirka acht Millionen Meter zurück. Wenn man sich diese kolossale Leistung eines so winzig kleinen Teiles einer Taschenuhr vergegenwärtigt, versteht man erst, wie gut gearbeitet solch ein Werk sein muss, um diese Arbeit dauernd, mit steter Gleichmässigkeit leisten zu können. Man erkennt daran aber auch, dass es unmöglich ist, wirklich gute, dauerhafte Taschenuhren zu den Spottpreisen zu liefern, zu denen die Reklame sie anbietet. Wer sich eine gute Uhr anschaffen will, die nicht nach wenigen Jahren den dreifachen Einkaufspreis an Reparaturen verschlingt, der besichtige unser Uhrenlager.

Wir haben durch den Vertrieb reeller Waren zu billigsten Preisen ein Weltgeschäft aufgebaut, und man kann sich darauf verlassen, dass die Ware von solcher Qualität und so hergestellt ist, dass sie in jeder Weise empfohlen werden kann.

Wir geben dieselbe 30 Tage zur Probe, daher Risiko ausgeschlossen,

und verpflichten uns, innerhalb 30 Tage die Uhr anstandslos zurückzunehmen und den bezahlten Betrag ohne jeden Abzug zurückzugeben, wenn dieselbe nicht gefällt oder den gestellten Anforderungen nicht entspricht. Dieselbe ist ein Meisterwerk vollendeter Uhrenfabrikation, hat höchst fein vergoldetes Schweizer Schalltonwerk mit Rubinglasen und Patentzylinderstellung durch die Krone. Ein so vorzüglicher Zeitmesser ist für einen so billigen Preis noch nicht offeriert worden.



Goldene Herren-Uhren

von 45 — 500 Mark.

Jeder Uhr wird ein auf die Dauer von

3 Jahren

ausgestellter Bürgschaften beigegeben, woselbst auf die Nummer der betreffenden Uhr lautet und die Unterschrift unserer Firma trägt.

Nur Mark **10** Patent-Anker-Remontoir-Kavaller-Stahl-Uhr

Modell 1910, mit verstellbarem

Silberblatt Mark **12**

mit Sprungdeckel

Mark **18.**

kostet unsere



Mark **20**

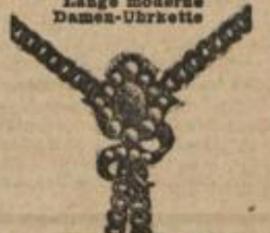
im Silbergehäuse 800/1000 Reichstempel.



Ring.

14kar Gold, 180/1000 gestempelt, mit geschnitt. solchem Brillant in Flatsch-Fassung Brillant M. 12.

Goldener Ring, gestempelt, mit geschnitt. solchem Brillant in Flatsch-Fassung Brillant M. 12.



Lange moderne Damen-Uhrkette

von M. 5.— bis M. 300.—

Ueber 1000 Stück goldene und silberne Herren- u. Damenuhren zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen. Für jede Uhr leisten wir 3 Jahre Garantie.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, der Förmer

Paul Stabenow
am 20. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, plötzlich verstorben ist.

Die trauernden Hinterbliebenen,
Familie **Wilh. Stabenow**.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Förmer

Paul Stabenow
geb. 9. (19. Dez.) im Alter von 41 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Köpenick.
Sozialdemokrat. Wahlverein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

Paul Franke
im Krankenhaus zu Rixdorf verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorf Kirchhofes, Gauselstraße, aus statt.

Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Silberarbeiter

Max Vilain
am 20. d. Mts. an Nervenleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes, Müllerstraße, aus statt.

Beige Beteiligung erwartet.
121/10 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse d. deutschen Wagenbauer
Ortsverwaltung Bezirk 11.

Am 20. Dezember verstarb nach langem Leiden der Arbeiter

Wilhelm Block
im 39. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus Stöckchestr. 29 aus nach dem Friedhof der Gethsemanengemeinde in Nordend statt.

257/19 Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. Mts. verschied nach langem Leiden mein lieber Mann und guter Vater

Fritz Schlenner.

Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Witwe

Emilie Schlenner nebst Tochter, Rixdorf, Pring-Gandberg-Str. 19.

Die Beerdigung findet am 1. Weihnachtstages, nachmittags 3 Uhr, auf dem Neuen Jakobikirchhof, Hermannstraße, statt.

Hiermit die traurige Mitteilung, daß mein Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager

Rudolph Gräse
nach kurzem schweren Leiden verstorben ist.

Um stille Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, am Mariendorfer Weg, aus statt.

Am Mittwoch, den 21. Dezbr., verstarb nach kurzem, schweren Leiden mein lieber Mann, der Restaurateur

Karl Hübener.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 24. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Lazarus-Krankenhaus aus nach dem Friedhof der Heiligensims-Gemeinde, Pringelallee, statt.

Berlin, Rixdorf-Str. 122.
Die trauernde Witwe.

Am 21. d. Mts. verstarb nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Dina Pamp geb. Niemann
im Alter von 32 Jahren.

Um stille Beileid bitten

Die trauernden Hinterbliebenen:
Otto Pamp nebst Kindern und sonstigen Verwandten.

Die Beerdigung findet am ersten Weihnachtstages, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Ober-Schönweider Friedhofes aus statt.

Gesangverein
Ober-Schönweider Liedertafel.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 21. d. Mts. die Frau unseres Sangesbruders D. Pamp,

Frau Dina Pamp
verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am ersten Freitag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes aus statt.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Sänger ersucht

62/3 Der Vorstand.

Zum Weihnachtsfest



in allen 3 Geschäften auf
Teilzahlung
wöchentl. nur 1 M.

Herren- und Damen-Uhren, Haus-Uhren, Regulatoren, Freischwinger Ohrringe, Broschen, Ketten, Ringe, Armbänder, Operngläser.

Gr.-Grammophon, Eithern, Spieldosen, Harmonikas, Mandolinen, Geigen, Christbaumständer etc.

Achtung!!! Jeder Grammophon-Käufer erhält Platten, Nadeln und einen hochelernen Platten-Album umsonst.

Juhre & König
Warschauer Strasse 68
Reichenkondorfer Str. 101
Goeben-Strasse 19

Hüte :: Mitglied ::
und Lieferant der
Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.

Ernst Wancke, Hutmacher
Brückenstr. 6a, Jannowitzbrücke.

M. Wigdor



Spezial-Modell Q
moderne Hornknöpfe.
à Str. M. 6.

Gelegenheit!
1/2 seidene schwarze
Damenregenschirme
mit Streifen-
Bordüre M. 3,75.

1. Leipziger Straße 79,
2. Königstraße 26a,
3. Friedrichstraße 78,
4. Potsdamer Straße 21a,
5. Friedrichstraße 237,
6. Brückenkampstraße 1b,
7. Friedrichstraße 129,
8. Oranienstraße 157,
9. Rosenthaler Straße 59,
10. Tauentzienstraße 10,
11. Savignyplatz 8-10,
12. Martin-Luther-Straße 21,
13. Friedenau, Rheinstr. 1-3.

42 eigene Dampfer.

Zur rechten Zeit
sind unsere Dampfer mit Riesenfängen frischer Seefische eingetroffen

daher für die Festtage billige Preise!

Freitag und Sonnabend früh von 8 Uhr an verkaufen wir:

ff. Kabeljau im Anschnitt	25 Pf.	ff. Bratschollen	25 Pf.
ff. Schellfisch im Anschnitt	25 Pf.	ff. Heilbutt im ganzen	50 Pf.
ff. kleiner Schellfisch zum Braten	22 Pf.	ff. Rotzungen	60 Pf.
ff. Norweger Schellfisch	35 Pf.	ff. Tafelzander	80 Pf.

Lebende Spiegel- u. Schuppenkarpfen
In Qualität, p. Pf. 90 Pf., 2-3pfündige p. Pf. 100 Pf.
ausgesucht in große p. Pf. 110 Pf.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse Tel.: III 8904.
III 2784.

Eigene Filialen: Invalidenstr. 131, Prinzenstr. 94, Gr. Frankfurter Str. 85, Madaistraße Bogen 8-9, Fruchtstraße gegenüber, Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 111.
Niederlagen: Berlin S., Oranienstr. 3, Schönberg, Akazienstr. 31, Stöglitz, Schloßstr. 121, Rixdorf, Berliner Str. 14, Charlottenburg, Augsburgstr. 18, Weißensee, Langhanstraße 144.

Eigene Eisenbahn-Kühlwagen.

Möbel

Stube und Küche
Anzahl 15 Mark an,
von Woche 1-2 Mark.
S Einzelne Möbelstücke
Anzahl 3 Mark an.
Komplett aufgestellte
Wohnungs-Einrichtungen
in jeder gewünschten
Stilart und Preislage bei
denkbar kleinster An- u. Abzahl.

Farbige Küchen
in großer Auswahl
Anzahl 5 Mark an.
Luxusmöbel aller
Art.
Lieferung auch nach auswärts.
Prachtkatalog gratis u. franko.
Spezial-Abteilung:
Teppiche in jed. Größe
u. Qualität.
Dekorations-Gegenstände
in jeder gewünschten Art.
Gardinen, Portier., Betten, Wäsche,
Manufakturwaren usw.
für wöchentl. 1 Mark.
In getrennten Räumen:
**Herren-, Damen- und
Kinder-Garderoben,**
wöchentlich 1 Mark.
Pelzstolas
Anz. 3 M. Woche 1 M.
Nur Neuheiten am Lager.
Riesen-Auswahl.

III. Beiser
Lothringer Str. 67,
zwischen Rosenthaler
und Schönhauser Tor
an Ecke Gormanstr.
Täglich bis 9 Uhr geöffnet.

Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots u. Ulster
und Anzüge sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kostbaren getragene Sachen,
fast neu, für jede Figur passend,
besitzt auch anzüge sind in
großer Auswahl stets zu flammend
billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand
129 Staliner Str. 129.
Hochbahnstation Köpenicker Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegante
Herren-Moden
fertig und nach Maß,
feinste Verarbeitung.

S. Boltuch
Frankfurter Allee 75, 1
Eingang Tilsiter Strasse.

**Pelzstolas,
Taschen - Muffen**
usw.
Nach beendeter
Engros - Saison
Einzelverkauf
zu Engros-Preisen.

R. Michaelis,
Gr. Frankfurterstr. 99, 1
vis-à-vis Strauß-
berger Platz.
Reparaturen und Änderungen.

Lebende Schuppen- und Spiegelkarpfen Pfund 90 bis 1,00 M.
Eiskarpfen, im Geschmack genau wie lebende, Pf. 60 bis 65 Pf.
Prima Pom. Cervelat- und Salamiwurst Pfund 1,25 M.
Pom. Gänsebrust, sehr zart, Pfund 1,65 M.
Apfelsinen Dutzend 35 u. 45 Pf.

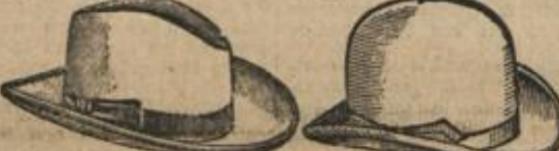
Tafelobst zu den billigsten Preisen.
Lindenstraße 77,
Alte Jakobstr. 133,
Junkerstraße 14.

Fritz Welzel,
Beim Einkauf von 2,00 M. an ein schönes Geschenk gratis.

Pa. Schlaek- u. Salamiwurst 1.20 M.
a Pfund
Gänse! täglich frisch in großer Auswahl
sämtliche Gänse-Artikel in
albekannter Güte zu den billigsten Tagespreisen.
Pa. Gänsefleisch, garantiert rein, a Pf. 1,20 M.
Gr. geräucherter Gänseleuten, 2. Kocheisen, a Sid. 1,00
Prima Spitzgans (Kollbrust) also im größten Geschäft
der Welt für Gänse-Artikel von

H. Leibner, Berlin C., Klosterstr. 95,
144/2
Edhaus Kaiser-Wilhelm-Strasse 11.

Hut-Arnold Dresdenerstr. 116
(Klein Laden) am Oranienplatz
Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!



Welche Herrenhüte v. 1,50-6,00 Stoffe Herrenhüte v. 2,00-7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware Nur fehlerfreie moderne Ware
Größte Auswahl in Mützen und Pelzwaren.

ZOMAROM



Bouillon-Würfel
der beste und billigste

Nährmittelfabrik „Zomarom“ München, Promenadenstraße 6.
Generalvertreter: Alfred Hirsch, Berlin W. 30,
Bamberger Straße 45. Fernsprecher: Amt VI No. 6737.

Uhren- und Goldwarenspezialgeschäft
Auf Teilzahlung
bei kleiner Anzahlung gegen kleine Ratenzahlung
erhalten Sie Uhren, Wecker, Freischwinger, Brillanten,
Ketten, Ringe, Hochzeits- und Gelegenheits-Geschenke.

M. Caspary, Tauentzienstr. 10, Laden.
Ecke Bismarckstraße.

W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filzhüte.
Lager in Schirmen und Mützen.

„Silesia-Bad“
11242* Schlesische Str. 31
Alle Arten medizinische Bäder.
Lieferant aller Kassen.

Gesellschafts-Spiele in allen
Preislagen.
Schach, Domino, Dame, Roulette, Poch- u. Kegelspiele etc.
Moderne Spazierstöcke und Tabak-Pfeifen aller Art.
Feine Wiener Meerschaum- und Bernstein-Spitzen.

Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5,
an der Ballner-Theater-Straße.

Zähne 1,50 M.; 10 Jahre Garantie. Fast vollst.
schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M.
Zahnärztliches Institut, Potsdamer Str. 55 (Hochbahnstation). 9-7 Uhr.

Arbeiter-Wanderverein
„Berlin“.

Näher der offiziellen Tour nach dem Rielengebirge während der Feiertage finden noch folgende zwei Touren statt:

I. Am 25., 26., 27. nach Prelewalde a. d. O. und Umgebung. Abfahrt 9,30 vormittags vom Stettiner Hauptbahnhof. 8/4

II. Am 26. Rügen- (Gr. Stramp-
gäbenberg. Abfahrt 8 Uhr: Schle-
sicher Bahnhof.
Kaiser-Werke „Wanderlust“ in der
Geschäftsstelle zu haben.

Garderobe
auf
Kredit!
für
Herren, Damen u. Kinder
Größte Auswahl. Billigste Preise.
Neuester Schnitt.

Pelz-Stolas
Wochenrate 1 Mk.
Ferner empfehle

**Wohnungs-
Einrichtungen.**
Ausstellung einfacher u. eleganter
Schlaf-, Herren- und Speisezimmer.
Mod. farbige Küchen-Einrichtungen
auf Abzahlung
und auch gegen bar.

Einzelne Möbelstücke
und Poisterwaren
bei kleinster Anzahlung
evtl. ohne Anzahlung
Ferner empfehle: Tapete,
Portieren, Gardinen, Steppdecken,
Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleum-
Kronen, Fertige Betten, Leib- und
Ettwäsche.

Sport- und Kinderwagen.
Wochenrate
1 Mk.
S. Dorn
3' Alte Schönhauser Str. 3'
Ecke Linien-Strasse 3'
Heute bis 9 Uhr
abends geöffnet!

Vereinszimmer,
gemütlich, Saal zu Hochzeiten, Fest-
lichkeiten noch einige Tage frei
Neue Königstr. 7

Schallplatten
Verleih-Institut.
Versand auch nach auswärts.
Prospekt gratis und franko.
Karl Borbs, Berlin 50,
Neue Königstraße 38.

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer Stralsunderstr. 1

Kartoffeln
prima Daberger 2,60, weiße 2,80
ab Rahn
Charlottenburg, Havelstraße.

Neue Schriften von Parvus.
Der Staat, die Industrie
und der Sozialismus.
Preis 3 M.

Das soziale Problem
unserer Zeit.
Preis 40 Pf.

Der Sozialismus
und die
soziale Revolution.
Preis 25 Pf.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlins W., Lindenstr. 69, Laden.

Arnold Sprengel Nachf.

Carl Schmidt
Herren-Artikel-Spezialgeschäft
Admiralstr. 30 (Ede-
Brückerstr.)
Güte, Krawatten,
Wäsche, Handschuhe,
Schirme, Tricotagen,
Spazierstöcke, Sonnen-
träger usw.
Reelle Waren. Billigste Preise.
Ehrende Kundenliste. 2276b

Zur Lage der Kleinbauern und Landarbeiter.

IV. Technische Aufsichtsbeamte. Gendarmen als Aufsichtsbeamte.

Die meisten Berufsgenossenschaften haben technische Aufsichtsbeamte, welche die Betriebe kontrollieren. „Provinz Sachsen“ bemerkt hierzu:

„Von Hinzuziehung der Bezirksgendarmereiwachstmeister zu den Revisionen und den Nachkontrollen wird jetzt abgesehen, da dieses Verfahren zu Unzuträglichkeiten geführt hat. Die erste Nachkontrolle wird vielmehr von dem Aufsichtsbeamten ausgeführt, welcher die Revision bewirkt hat, während zur Ausführung der weiteren Nachkontrollen die Gemeindevorsteher und die Vertrauensmänner herangezogen werden sollen.“

Dagegen meldet uns „Neuh. J. L.“:

„Bei der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist an Stelle des Herrn Nechenberg, der wegen Fortzuges das Amt eines technischen Aufsichtsbeamten niedergelegt hat, Herr Bürgermeister Geipel-Oberklosau mit der Revision der Betriebe beauftragt worden.“

Der Aufsichtsbeamte für „Auball“, ein Herr Dr. Rude, ist sehr bescheiden und erklärt:

„Von mehreren Seiten ist die Vorbildung der technischen Aufsichtsbeamten in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften erörtert worden. Nach meiner zehnjährigen praktischen Tätigkeit als Wirtschaftsbeamter und einjähriger Beschäftigung als technischer Aufsichtsbeamter, kann ich mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß ein praktisch und theoretisch gebildeter Landwirt die geeignetste Persönlichkeit zur Vornahme der Revisionen in landwirtschaftlichen Betrieben sein wird.“

Der praktisch und wissenschaftlich gebildete Landwirt wird stets einen weit besseren Ueberblick über den gesamten Betrieb gewinnen können als ein Laie und wird dementsprechend dem Betriebsunternehmer in ganz anderer Weise entgegenzutreten können, ohne ihn mit teilweise unnötigen und unpraktischen Vorschriften zu belästigen.“ (11)

Der Bericht für „Ostpreußen“ ist von der Kontrolltätigkeit der Gendarmen nur entzückt und meint:

„Die Gendarmen sind für die Kontrolle ganz ausgezeichnet geeignet, wenn sie, was freilich erforderlich ist, durch Instruktion seitens einer geeigneten Persönlichkeit mit den Unfallverhütungsvorschriften bekannt gemacht werden. Eine technische Vorbildung ist zur Kontrolle der Unfallverhütungsvorschriften nicht erforderlich. Es wäre auch wirklich schwer zu sagen, welche Art von Vorbildung als die zweckmäßigste verlangt werden könnte. Nach den diesseitigen Erfahrungen genügt durchaus neben Kenntnis der Unfallverhütungsvorschriften genaue Bekanntschaft mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen und praktischer Sinn. Das sind aber Eigenschaften, die bei der großen Mehrzahl der Gendarmen in hohem Maße vorhanden sind.“

Die Berufsgenossenschaft „Schlesien“ ist über die Verwendung von Gendarmen zur Betriebskontrolle anderer Ansicht als „Provinz Sachsen“. Der Bericht bemerkt:

„Neuerdings werden im Einverständnis mit den Herren Regierungspräsidenten und durch Vermittlung der Herren Landräte die Gendarmen zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften herangezogen; es geschieht dies in der Weise, daß dieselben den technischen Aufsichtsbeamten bei den erstmaligen Betriebsrevisionen begleiten, um sich über die hierbei zu beachtenden Punkte mit den diesseitigen Beamten zu verständigen,

damit sodann den Gendarmen die Nachrevision übertragen werden kann, welche hierdurch in wirksamer Weise erfolgt, als wenn sie lediglich den Gemeindevorständen überlassen bleibt. Bei dieser Gelegenheit können die Gendarmen zugleich eine weitreichende Kontrolle über die Durchführung der neuen Oberpräsidialverordnung vom 24. Juli 1909, betreffend die Verhütung von Unglücksfällen beim Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen und Triebwerke, ausüben, welche inhaltlich im wesentlichen mit den diesseitigen Unfallverhütungsvorschriften (Teil I) übereinstimmt. Soweit bereits Erfahrungen auf diesem Gebiete vorliegen, hat die neue Einrichtung sich gut bewährt.“

Jetzt wissen auch die Bauern in Schlesien, für was die Gendarmen eigentlich da sind!

In „Ostpreußen“ bestürmten sogar der Oberpräsident und die „Väter“ Landräte die Regierung, die guten Gendarmen wieder zur Kontrolle der Betriebe herzugeben. Der Bericht enthält folgende kostbare Stelle darüber:

„Die Revision der landwirtschaftlichen Betriebe auf Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften hat im Berichtsjahr nicht ganz in dem Maße gefördert werden können, wie bei Abfassung des vorjährigen Berichts angenommen war. Es ergab sich nämlich, daß bei den Herren Regierungspräsidenten Bedenken bestanden, ob die Heranziehung der Gendarmen zu diesen Revisionen zulässig und mit deren sonstigen Dienstpflichten vereinbar sei. Zwei der Herren Regierungspräsidenten haben sich infolge dieser Bedenken veranlaßt, die Heranziehung der Gendarmen zunächst zu untersagen. Nach eingehender Prüfung der Sachlage, und nachdem sich der Herr Oberpräsident und die Landräte für die Heranziehung der Gendarmen ausgesprochen hatten, wurde diese Verbot aber zurückgenommen.“

Sehr „schlau“ geht man auch in der Provinz „Posen“ zu Werke:

„Die Revisionen der technischen Aufsichtsbeamten geschehen nach vorher festgesetzten Reiseplänen. Die betreffenden Ortsbehörden werden hiervon schriftlich benachrichtigt, damit sie in der Lage sind, die Betriebsunternehmer in Kenntnis zu setzen. Die Nachrevisionen wurden ganz überwiegend durch die Polizeibehörden ausgeführt.“

Noch schlauer sind jedoch die Bauern:

„Dagegen waren mehrmals die Räume, in denen sich die Maschinen befanden, verschlossen. Der Betriebsunternehmer, hieß es, sei verreist. Die Leute glaubten, auf diesem Wege der Revision auszuweichen.“

Und das Resultat der Revisionen? Der Bericht führt u. a. aus:

„Im Berichtsjahre sind beschäftigt worden: Landwirtschaftliche Kleinbetriebe 4291, darunter 1896 in Ordnung, Mittelbetriebe 5135, darunter 191 in Ordnung, Großbetriebe 111, darunter 5 in Ordnung.“

Die Berufsgenossenschaft für das „Großherzogtum Hessen“ hat gar keine technische Aufsichtsbeamten angestellt, sondern behilft sich mit der Kontrolle der Betriebe durch ihre Vertrauensmänner und — Polizeidiener. Wir erfahren darüber nun folgendes:

„Was die Kosten, welche im abgelaufenen Jahre anlässlich der stattgehabten Betriebsrevisionen erwachsen waren, angeht, so beziffern sich diese auf den Gesamtbetrag von 8195,36 M. Sie setzen sich zusammen aus den Tagelohnen und Reisekosten der Herren Vertrauensmänner, den Vergütungen für die Polizeidiener und sonstige Bedienstete für Begleitung beim Revisionsgeschäft, Portoausgaben usw. Im Hinblick darauf, daß nunmehr die Revision in nahezu sämtlichen Gemeinden des Großherzogtums zur Durchführung gelangt ist, sollen in der nächsten Zeit Betriebsrevisionen nur vereinzelt abgehalten werden. Den Erlaß weiterer Unfallverhütungsvorschriften der Genossenschaftsversammlung vorzuschlagen, glaubt der Genossenschaftsvorstand vorerst nicht in Anregung bringen zu sollen.“

Von der Hilfe der Ortsbehörden zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften ist z. B. „Lothringen“ nicht sehr erbaut. Der Bericht führt hierzu aus:

„Sehr oft ist die mehr oder weniger große Passivität der Bürgermeister und der Gemeindevorsteher der Berufsgenossenschaft gegenüber ein Hindernis für den Stand der Unfallverhütung. Dort, wo die Erledigung einzelner Erläuterungen der Berufsgenossenschaft im Verfolg der Durchführung der Unfallverhütung erst unter Anwendung aller gesetzlichen Nachmittel und oft nach Verlauf von mehreren Jahren zu erreichen gewesen ist, sind in ganz typischer Weise die Betriebszustände der betreffenden Gemeinde von jeder Nachachtung der Vorschriften unberührt geblieben. Es gilt dort nur meist ein Mittel: sich der Mitwirkung der fraglichen Behörden möglichst entschlagen, mit gründlicherem Eingreifen in direkte Verbindung mit den Betriebsinhabern treten und mit dem Bürgermeister als Mitglied den Anfang machen. In dieser Weise sind einzelne geradezu gewöhnliche Erfolge zu verzeichnen gewesen. Aber auch jetzt finden sich — wenn auch seltener — Gemeinden, die geschlossen die Beachtung der Vorschriften ablehnen. Für sie empfiehlt sich ein maßvolles festes Vorgehen mit Bestrafungen nach stattgefundener Revision in Form von Strafproben.“

Auch in „Oberhessen“ werden die Bürgermeister mit der Nachkontrolle der Betriebe betraut und noch bemerkt:

„Besondere Wahrnehmungen über Gesundheitsschädigung in landwirtschaftlichen Betrieben konnten nicht gemacht werden.“

Aus der Frauenbewegung.

Verfassungsreform und Frauenwahlrecht in Dänemark.

Die dänische Regierung hat dem Folkething den Entwurf zu einer Verfassungsreform vorgelegt, die unter anderem den Frauen sowie den bislang ebenfalls vom Reichstagswahlrecht ausgeschlossenen Dienstleuten, die keinen eigenen Haushalt besitzen, das Wahlrecht sowohl zum Folkething wie zum Landsting bringen soll und ebenso die Wählbarkeit. Der Entwurf sieht ferner die Herabsetzung der Altersgrenze für das Wahlrecht vom 30. auf das 25. Lebensjahr vor sowie eine Verstärkung der Abgeordnetenzahl im Folkething bis auf 132 als Höchstzahl. Vorerst soll die Abgeordnetenzahl durch ein neues Wahlkreisgesetz auf 129 gebracht werden statt jetzt 114, was den bei der bestehenden Wahlkreisverteilung stark benachteiligten Wahlkreisen von Kopenhagen und Umgegend sowie den größten Städten in Jütland zugute kommt. Ein weiterer Gesichtspunkt der Regierung soll den außer Landes befindlichen Seeleuten die Wahlbeteiligung möglich machen, so daß sie ihren Stimmzettel durch die Post einbringen können.

Die Vorschläge sind nicht neu. Ueber die Verfassungsänderungen, wie sie vorgeschlagen werden, haben sich die Konservativen und Liberalen schon in der vorigen Session geäußert, und zwar um eine gründliche Verfassungsreform, die vor allem neben dem Frauenwahlrecht die Abschaffung des Zweiklassenwahlrechts zum Landsting enthalten müßte, zu verhalten. Dessen ungeachtet wird sich die weitere Demokratisierung des dänischen Staatswesens auf die Dauer nicht hinterziehen lassen. Jedenfalls erhalten die Frauen Dänemarks, denen das Gemeindevahlrecht ja schon zufließt, in nicht allzu fernere Zeit auch das staatsbürgerliche Wahlrecht.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Preisexemplaren sofort ihre Adresse einleihen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Preise nur für Freitag und Sonnabend gültig
Soweit Vorrat

Lebensmittel

Preise nur für Freitag und Sonnabend gültig
Soweit Vorrat

Frisches Fleisch

Nur Leipziger Strasse und Alexanderplatz

Rindfleisch

Schmorfleisch Pfund 95 Pf.
Filet im ganzen Pfund 1¹⁰ ausgeschält Pfund 1⁵⁰
Schaufelbraten Pfund 1⁰⁰
Schierbraten Pfund 1¹⁰

Kalbfleisch

Kalbskeule und -Rücken Pfd. 1¹⁰ 1²⁰
Kalbsbrust Pfd. 1⁰⁰ 1¹⁰
Kalbskamm und Bug Pfund 80, 90 Pf.

Schweinefleisch

Karbonadenstück mit Schwarte Pfund 75 Pf.
Schinken im ganzen Pfund 75 Pf.
Blatt im ganzen Pfund 70 Pf.

Hammelfleisch

Hammelkeule Pfund 85, 90 Pf.
Englischer Rücken Pfund 1⁸⁰
Rücken Pfund 90 Pf.
Kotelett Pfund 1⁰⁰

Strassburg. Gänseleberpasteten zu billigsten Preisen

Prima Bratgänse ... Pfund 60 Pf.

Junge Enten ... Stück 2⁵⁰ 3⁰⁰ 3²⁵

Fasanen Stück 2⁰⁰ 2⁵⁰

Mast-Puten Pfund 75, 85 Pf.

Grosse Hasen gestreift Stück 2⁸⁰

Hirschwild □ Rehwild zu billigsten Preisen

Präsentkörbe in geschmackvoller Ausführung ... 3⁰⁰ an

Fischkonserven

Oelsardinen 1 Dose 45, 55, 75 Pf.

Oelsardinen Carnot Dose 90 Pf. 1⁵⁰ 2⁷⁵

Aal in Gelee Dose 75, 95 Pf.

Ostsee-Delikatess-Heringe Dose 52, 83 Pf.

Filet-Heringe in Remouladen- u. Cumberland-Sauce Dose 85 Pf.

Kronenhummel Dose 1³⁵ 2⁴⁰

Remouladen-Sauce Glas 60, 90 Pf.

Kaviar Pfund 9⁵⁰ 12⁰⁰ bis 24⁰⁰

Wurstwaren

Zervelat und Salami Pfund 1²⁰ 1⁶⁰

Teewurst Rügenwalder Art Pfund 1²⁰

Pasteten-Leberwurst Pfund 1¹⁰

Feine Leberwurst Pfund 1⁰⁰

Lachs-Schinken Pariser Art Pfund 1⁸⁵

Burgunder Schinken Pfund 1²⁰

Mausschinken Pfund 1²⁰

Gänsebrust Pfund 1⁵⁰ 2⁰⁰

Nur Leipziger Strasse und Frankfurter Allee

Vorbestellungen zur Lieferung am 24. werden entgegengenommen

Lebende Spiegel- und Schuppen-Karpfen bis 2 Pfd. schwer 90 Pf. über 2 Pfd. schwer 1⁰⁰ Pfund

Theater und Vergnügungen

Freitag, 23. Dezember:
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
Königl. Schauspielhaus. Der Eisenfried.
Neues königl. Opern-Theater. Geflohen.
Deutsches. Cirkello.
Kamerapiele, Komödie der Arrungen. Heirat wider Willen. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Die Hosen des Herrn v. Brodow.
Neues Operetten. Die schöne Aijelle.
Anfang 8 Uhr.
Komische Oper. Todca.
Berliner. Der Talisman.
Westen. Das Puppenmännchen.
Klein. Der verlorne Nacht.
Neues. Der G. m. b. H.-Tenor.
Tranon. Der heilige Gaim.
Klein. Der verlorne Nacht.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Apollon. Der Dummkopf.
Schiller. Charlottenburg. Jufarenheber.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Charco von Bergerac.
Klein. Der Geldherrnhügel.
Luise. Goldhähnchen Himmelfahrt.
Modernes. Der Doppelmeusch.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Klein. Der verlorne Nacht.
Scherer. Jar und Zimmermann.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Polka. Der Feldherrnhügel.
Metropol. Gurra — Wir leben noch!
Klein. Tulle Wippchen.
Apollon. Spezialitäten.
Luise. Spezialitäten.
Neues. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Sanderson. So wird's gemacht.
Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Waldhalla. Bravo! Dacapo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Karl Gaverland. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Von San Remo nach Florenz.
Sternwart. Anwaltsstr. 37—62.

Lessing-Theater.
Freitag 8 Uhr: Anatol.
Sonnabend: Geflohen. Die Kaffe
ist von 10—1 Uhr geöffnet.
Sonntag 8 Uhr: Anatol.
Montag 8 Uhr: Die verlorne Nacht.
Dienstag 8 Uhr: Anatol.

Berliner Theater.
Heute: Der Talisman. 8 Uhr.
Sonnabend geschlossen.

Neues Theater.
Täglich:
Der G. m. b. H.-Tenor.
Anfang 8 Uhr.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Das Puppenmännchen.
Freitag nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmeusch.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Der Unterpräfect.

Schwank in 3 Akten v. Leon Gandillot.
Morgen und folgende Tage: Der Unterpräfect.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Freitag, den 23. Dez., abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Romantische Komödie in 5 Akten v. Edmund Hoffmann, deutsch v. L. Julda.
Sonnabend: Geflohen.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Berliner Volksoper
Bellevue-Allee-Str. 7/8. — 1/9 Uhr:
Jar und Zimmermann.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Zu ermahligten Preisen:
Goldhähnchen Himmelfahrt.
Sonnabend: Geflohen.
Sonntag 8 Uhr: Dummkopf.
Montag 8 Uhr: Der verlorne Nacht.
Dienstag 8 Uhr: Wilhelm Tell.
8 Uhr: Berlin geht zu Bett.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von San Remo nach Florenz.
Kaiser-Panorama.
Reise II. Besuch v. Florenz.
Vielte Woche: Nelle am Rhein
von Mainz bis Köln.
Lauende Familien sichten zu Weihnacht
Abendmenschen. 8 Reiten 1 Stb.

Metropol-Theater.
Gurra!
Wir leben noch!
Große Lustkulturszene in 7 Bildern
v. A. Brand. Musik v. G. Holländer.
An Szene geleitet von Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr — Rauchen gestattet.

Apollon Theater
8 Uhr: 10 große Attraktionen 10.
9 Uhr:
Das Tagesgespräch Berlins:
Der Gedankenleser
Bellini.

WINTERGARTEN
Liane d'Eve
Excentrique française
in ihrem Transformationsakt:
Vor und hinter den Kulissen
Mlle. Denarbers
Luftballonsfahrt
Über den Köpfen des Publikums,
und eine Auslese der
anerkanntesten Kunstkräfte
dreier Weltteile.
Rauchen gestattet!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Sonntag, den 25. Dezember 1910
(1. Feiertag):
Friede auf Erden.
Weihnachtskomödie mit Gesang in
3 Akten v. Hugo Schulz.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Montag, den 26. Dezember 1910
(2. Feiertag):
Eine lustige Doppel-Ehe.
Voffe mit Gesang in 3 Akten v. Strauch.
Kasseneröffnung. 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Dienstag, den 27. Dezember 1910
(3. Feiertag):
Großer Klassiker-Abend:
Kabale und Liebe.
Dramatisches Spiel in 5 Akten v. Fr.
von Schiller.
Kasseneröffnung. 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Herrnfeld Theater
Der große Schlager:
Eine verlorne Nacht.
Der Derby-Sieger. Anf. 8 Uhr.
An den 3 Feiertagen abends 8 Uhr:
Eine verlorne Nacht.
Der Derby-Sieger.
Am 1. u. 2. Feiertag nachm. 4 Uhr:
Wenn zwei dasselbe tun.
Am 31. Dezember 1910
von 8 Uhr abends bis 4 Uhr früh:
Gr. Silvester-Vorstellung.
Eine verlorne Nacht.
Der Derby-Sieger.
Eine Partie Klavier. Gr. Kabarett.
Billets für sämtliche Vorstellungen
sind heute zu haben.

Theater des Weddings
Müllerstr. 182/183 — Sollerstr. 35.
Täglich vor ausverkauftem Hause:
Abgründe
Drama in zwei Akten von Urban Gad.
Außerdem das neue großartige
Programm.

Passage-Panoptikum.
Während der Weihnachtsferien
v. 18. Dezember bis 1. Januar
Volkstage
Jedermann ein Kind frei!
Jedes Kind erhält 1 Geschenk!
Der bernaisische
Riese!
Dusore
D. größte Mensch, d. je gelebt,
110 mm größer als Machnow.
Alles ohne Extra-Entree!

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.
Lustspiel in 5 Akten v. L. Julda.
Ende 10 1/2 Uhr.
Sonnabend geschlossen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Die Ehre.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Dummkopf.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Musarenleber.
Lustspiel in 4 Akten v. Gustav Kadelburg
u. Richard Stomrommel. Ende 10 1/2 U.
Sonnabend geschlossen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zapfenstreich.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.

Silvester-Ball
in den
LICHTSPIELEN
Mozart-Saal — Nollendorfsplatz.
Komische Vorträge. Oedipus
und andere Zirkusscherze.
Heute zum letzten Male der dieswöchige Spielplan.

Excelsior Lichtspielhaus
Rixdorf, Bergstr. 151/152.
Heute:
Vollständig neues Programm.
Anfang Wochentags 6 Uhr. × × Sonntags 6 Uhr.
Jeden Sonnabend: Programmwechsel.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises
Montag, den 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag):
Große Matinee
in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.
Unter Mitwirkung der Gesellschaft Strelewicz
Eröffnung 11 Uhr. — Anfang 12 Uhr.
Billets à 30 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
Sonntag, den 25. Dezember (ersten Weihnachtsfeiertag):
Unterhaltungs-Abende
in folgenden Lokalen:
Prater-Theater Kastanien-Allee 7—9
Pharus-Säle Müller-Str. 142
Ballschmieders Etablissement Badstraße 16
Moabiter Gesellschaftshaus Wickestraße 24
unter Mitwirkung der nachfolgenden Regitratoren, Solisten und Sängern:
Hermann Leonhardt, Maximus Ryskow, fr. Amalie Birnbaum, fr. Fanny Larsen, Rudo Rubikow, Heinrich Maurer, Elfriede Elmät, Ernst Schultzfürstberg, Berthold Pusch, Willi Sommer, Ernst Himmel, Margherita Koffi, Richard Kube, Alfred Weston, Sila Achermann-Manke, Tilly u. u. Jonas, Felix Gutdeutsch, Emil Walhott, Margarete Walhott u. u.
Anfang 7 Uhr. Nach den Vorstellungen: Tanz. Eintritt 40 Pf.
Ausführliche Programme am Eingang zu den Sälen.
232/2*

Zur Beachtung! Billets zu der am 2. feiertage (26. Dez.) stattfindenden Urania-Vorstellung sind bis Sonnabend mittag noch zu haben im Wahlvereins-Bureau Neue Hochstraße 23.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, 27. Dezember (3. Feiertag), in „Freyers Festsälen“,
Koppenstraße 29:
Großes Weihnachts-Vergnügen.
Mitwirkende:
Neues Berliner Konzert-Orchester. Paul Jescheck-Ensemble.
Kinematograph Kasperle-Theater.
Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr. 95/6*
Von 6 Uhr ab im kleinen Saal: Tanz. Von 10 Uhr ab im großen Saal: Ball bei zwei Orchestern.
Eintritt 50 Pf. Das Komitee.
NB. Billets sind im Zigarrengeschäft des Kollegen Schwonke, Schönleinstr. 34, Ecke Kottbuser Damm und im Restaurant Welzer, Koppenstr. 63, schrägüber von Freyer, zu haben.

Arbeiter-Bildungsschule.
Dienstag, den 27. Dezember (3. Feiertag), abends 7 Uhr,
im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstr. 72:
Vortrag des Genossen **Waldeck-Manasse:**
„Vom Glauben zum Denken.“
Eintritt 20 Pf. Garderobe frei.
Nach dem Vortrage:
Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Brauerei Friedrichshain
Am Königsdör. — Größter Konzertsaal Berlins.
1., 2. und 3. Feiertag:
Auf der Alm! Die fröhlichsten Weihnachten. Juhu!
Herzlichste Alpen-Decoracion. — Der beliebteste Festwitz
Schorsch Schrengruber aus München
mit seiner Truppe (100 Mitwirkende) mit den neuesten Aufführungen.
Außerdem im Saal II: **Kobolden-Fest-Konzerte**,
ausgeführt von
Johann Strauß aus Wien
mit seiner vollständigen Kapelle.
Entree 60 Pf. für beide Veranstaltungen (sämtliche Räume)
ohne jede Nachzahlung.
Anfang: Schrengruber 4 Uhr, Johann Strauß 1/2 6 Uhr.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der heilige Gaim.

Zirkus A. Schumann.
Freitag, den 23. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr:
Selbini-Truppe,
5 Personen,
Radfahrer und Rollschuhläufer.
Neu: **Maud Elton** Neu!
mit ihrer dress. Handmante.
Der Kreisel-Globus,
neueste Kreation des Direktors
Albert Schumann,
sowie die übrigen
Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Der große Coup
der
Schmuggler.
Romant. Pantomime in 4 Akten.

Theater Sanssouci
Dachhausstation Kottbuser Tor.
Geschlossen
wegen Vorbereitung zur Weihnachts-
premiere
Wie werde ich reich?
Sonntag, den 25. Montag, 26. Dez.,
nachmittags 3 Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Reichshallen-Theater.
Heute keine Soiree.
An allen 3 Feiertagen:
Stettiner Sänger.
Weihnachts-Programm!
Anfang:
1. und 2.
Feiertag
7 Uhr.
3. Feiertag
7 1/2 Uhr.
Am 2. Feiertag mittags 12 Uhr:
Große Weihnachtsfest-
Benefiz-Kantate.
Güte. Kobolden-Programm.

Casino-Theater
Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Melenerspiel! — Berliner Volksstück!
Julie Wippchen.
An allen Feiertagen abends:
Julie Wippchen.
An beiden Feiertagen nachm. 3 1/2 Uhr:
Reu! Gah und Liebe. Reu!

Burgtheater-
Festsäle und Kinematograph
vorm. Greterjan, Indab.: Rud. Marz.
Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 U. Sonnt. 4 U. Vorzugskarten.
nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen
Gängen. Stets wech. Programm.

Berlins größte Silvesterfeier mit Ball
der 3 vereinigten
Etablissements
Passage-Theater
Lindencabaret
Biercabaret
Berlin im Wackeltopp
Einheitspreis 3 M.
— Näheres siehe Plakate. —

Zirkus Busch

Freitag, den 23. Dezember 1910, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Premiere
 der neuen großen Ausstattungsbantomme
„ARMIN“
 (Die Hermannsschlacht).

Großes Original-Manege-Schauspiel des Zirkus Busch in 5 Akten. Verfaßt und inszeniert von Frau Lein. stud. phil. Paula Busch. Entworfen von Herrn Balletmeister H. Regel. — Musik von Herrn Kapellmeister Zaubert. — Dekorationen von den Hoflieferanten Hugo Baruch u. Co. — Kostüme von Hugo Baruch u. Co. und den Hoflieferanten Berg u. Holthorn, sowie aus dem eigenen Atelier nach den Angaben des Hrn. Martha Rohlf. — Inszenationen des großen Genies, Bild- und Lichtspiel-Effekte von den Hoflieferanten Schwabe u. Co. — Elektrische Projektionen von Leo Elashow.

1. Akt: Im Wotan Hain.
2. Akt: Aufmarsch der römischen Legionen.
3. Akt: Die Hermannsschlacht.
4. Akt: Im Gehöft des Armin. Siegesfeier nach der Schlacht.
5. Akt: Ein Traum in Walhalla.

Vorher: Das große Gala-Programm.

„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS
 Mauerstr. 22. Zimmerstr. 90-91

Eintritt 50 Pfennig.
 !!! Heute !!!
Deutsche Musik vor Wagner.

Dir. Franz v. Blon. Orchester 55 Künstler.
 Anfang 8 Uhr.
 Sonn- u. Festtags gr. Matinee von 12-3 Uhr bei freiem Eintritt.

Sport-Palast

Entre 1 M. Potsdamer Straße 70-72a Entre 1 M.

Größter Eispalast der Welt
 Vom 25. Dezember bis 8. Januar:
Feerie: „Weihnachten am Nordpol“.
 Ständig 3 Künstlerkapellen.
 — Außergewöhnliche Lichteffekte. — 200 Eisläuferkünstler. —
 Unterricht im Eislaufen. Täglich von 11-1 Uhr vormittags: KONZERT.
 Jeden Sonntag 4 Uhr: Nachmittags-Vorstellung.

Große Silvester-Feier
 der
 Großen Rheinischen Karnevals-Gesellschaft.
 „Ein Fest im Reiche des Prinzen Karneval.“
 Plätze M. 4, —. Reserviert M. 6, —.

Donnerstag, d. 5. u. Freitag, d. 6. Januar 1911, abends:
 Zum Besten des
Vaterländischen Frauenvereins Berlin
 Zwei Konzerte der
Bonner Liedertafel
 (2. Preis auf dem Wettstreit in Frankfurt a. M.)
 230 Sänger unter Leitung des Joseph Werth.
 Musikdirektors
 Reservierter Platz 5 M. u. 3 M., alle anderen 2 M.
 Vorverkauf bei: Hofmusikalienhandlung Bots & Bock,
 Leipziger Str. 37; Musikalienhandlung Stahl, Potsdamer
 Straße 39; A. Wertheim, Leipziger Straße; im Bureau des
 Vaterländischen Frauenvereins, Dessauer Str. 14 und an
 der Kasse des Sport-Palastes, Potsdamer Str. 72-72a.

Rollschuhbahn

Kurfürstendamm 151

Beginnend am 25. Dezember. 3 Kurse täglich
 Wechelt 11-1 4-6.30 8-11.30. Sonnt. 11-2 4-6.30 8-11.30.
 Am 25., 26. und 27. Dezember: **Konzert** und abends
 50 Pf. mit eigenen Rollern **Eintritt 50 Pf.**
 50 Pf. mit unseren Winslow-
 Skates 1 Mark.

Eintritt u. Laufen für Kinder 50 Pf. bis 6.30 abends.
 26. u. 27. Dezember **Weihnachtsfest** mit Weihnachtsbaum
 u. becond. Attraktionen u. Geschenken f. Kinder.

Theater „Groß-Berlin“.
 Sonntag: Weissensee, Enders-Bräu,
 Montag: Puhmanns Theater.
 Dienstag: Spandau, Lupkos Theater.
Der Trompeter von Säckingen.
 Dritter Kirschhoflet: H. Winter-Sagen.
 Entrée 30 Pf.
 1. u. 2. Vorstellung nachm., Kabale u. Liebe.
Voigt-Theater
 Gesundheitsbrunnen, Badstraße 68.
 Heute und morgen keine Vorstellung.
 Sonntag, den 25. Dezember
 (1. Weihnachtsfeier)
 nachmittags 3 Uhr:
**Marianne, ein Weib aus
 dem Volke.**
 Volkschauspiel in 5 Akten von
 U. Dräger-Wanfried.
 Abends 8 Uhr:
Ihre Familie.
 Volksstück mit Gesang in 3 Akten von
 V. Stinde und G. Engels.

Walhalla-Theater.
 Rosenthaler Str. Weinbergstr. 20
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Dezember-Allerheuerfest!
Bravo! — Da Capo!
 Eine allerwundersbarste in 5 Akten.
 In Szene gesetzt v. Dir. V. Klein.
 Verb. m. neuen Couplets, Ein-
 lagen u. Variationen u. a.

Karl Haverland-
 Anfang Theater Romanbanten-
 präg. 7 1/2 u. Theater, Straße 77/79.
Nante Pohlmann
 mit ganz neuem Repertoire und
 der
Schields, Komische.

Folies Caprice.
Der feldweibelhügel
 von Dengler und Soba Soda.
 Neuer hunder Tell.
Hotel zur Jungfrau.
 Lomitenpost von Saier.
Königsstadt-Kasino.
 Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
 Täglich: Wenn die gold'ne
Weihnacht naht! Gespiel
 mit Gesang, sowie Extra-Spezial-
 täten: Jan Rudolf, Diabolo-Spieler.
 Les two Clairons, Schmalhüter usw.
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 1/2 Uhr.
 Feiertags 5 1/2 Uhr.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, direkt am
 Moritzplatz.
 10-2, 3-7. Sonntags 10-12, 2-4

Bosporus

am Moritzplatz.

Das Variété-Konsum-System nur
 an **Wochentagen gütig.**
 Entree frei. Sie lassen nur ein
 Programm pro Person 20 Pf.,
 damit haben Sie 1 Glas Bier bezahlt.
 8 Uhr: Das neue Debr. Variété-Prgr.
 Von 11-1 Uhr: Künstler-Konzert.
 Dir. Robert Krüger.
 An den beid. Weihnachtsfeiertag:
 Nachmittags-Vorstellung. Anf. 3 Uhr.

Spezial-Geschäft für Uhren
 In größter Auswahl
 zu sehr billigen Preisen
 Edelstein-Uhren 5 Mk.
 Gold-Uhren 7 Mk.
 Gold-Uhren 12 Mk.
 Gold-Uhren 18 Mk.
 Gold-Uhren 25 Mk.
 Gold-Uhren 35 Mk.
 Gold-Uhren 50 Mk.
 Gold-Uhren 75 Mk.
 Gold-Uhren 100 Mk.
 Gold-Uhren 150 Mk.
 Gold-Uhren 200 Mk.
 Gold-Uhren 300 Mk.
 Gold-Uhren 400 Mk.
 Gold-Uhren 500 Mk.
 Gold-Uhren 700 Mk.
 Gold-Uhren 1000 Mk.
 Gold-Uhren 1500 Mk.
 Gold-Uhren 2000 Mk.
 Gold-Uhren 3000 Mk.
 Gold-Uhren 4000 Mk.
 Gold-Uhren 5000 Mk.
 Gold-Uhren 7000 Mk.
 Gold-Uhren 10000 Mk.
 Gold-Uhren 15000 Mk.
 Gold-Uhren 20000 Mk.
 Gold-Uhren 30000 Mk.
 Gold-Uhren 40000 Mk.
 Gold-Uhren 50000 Mk.
 Gold-Uhren 70000 Mk.
 Gold-Uhren 100000 Mk.
 Gold-Uhren 150000 Mk.
 Gold-Uhren 200000 Mk.
 Gold-Uhren 300000 Mk.
 Gold-Uhren 400000 Mk.
 Gold-Uhren 500000 Mk.
 Gold-Uhren 700000 Mk.
 Gold-Uhren 1000000 Mk.

E. MÖBIS
 14 Beuthstrasse 14
 (nebst Aufschinger „a. Spillmarkt“)

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-
 ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslofenfaal):
Sitzung der Ortsverwaltung.

Das **Verbandsbureau** ist am Sonnabend, den
 24. Dezember (Heiligabend) und am Sonnabend, den
 31. Dezember (Silvester) nur bis 1 Uhr mittags
 geöffnet.

Das Bureau ist geschlossen am:
 Sonnabend, den 24. Dezember, nachmittags.
 Montag, den 26. Dezember, den ganzen Tag.
 Dienstag, den 27. Dezember, den ganzen Tag.
 Sonnabend, den 31. Dezember, nachmittags.

Arbeitslose Mitglieder, deren Unterstützung am
 Sonnabend, den 24., Montag, den 26., und Dienstag,
 den 27. Dezember, fällig ist, geben **Freitag, den**
 23. Dezember, Bücher und Arbeitslofenkarten im Arbeits-
 nachweis ab und bekommen die Unterstützung am Sonnabend-
 vormittag ausgezahlt.

Die **Arbeitsnachweise** sind am Montag, den
 26., und Dienstag, den 27. Dezember, geschlossen.

Die **Einfassung der Beiträge** in
 den Zahlstellen erfolgt am 24. und 31. Dezember
 von 5 bis 7 Uhr abends.

Achtung!

Jugendliche Holzarbeiter!

Am Montag, den 26. d. M. (2. Weihnachtsfeiertag) sieht den
 Jugendlichen und Lehrlingen das Jugendheim der Holzarbeiter,
 Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Eingang 13, Zimmer 4, parterre,
 von 3 bis 8 Uhr zur Verfügung.

Unsere Kollegen werden gebeten, die Jugend-
 lichen darauf aufmerksam zu machen.
 Die Kommission.

Bodenleger!

Dienstag, den 27. Dezember 1910 (dritten Feiertag),
 vormittags 10 Uhr:
Große Agitations-Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal I.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Franz Schlemming. 2. Verschiedenes.
 Alle im Beruf tätigen Kollegen werden dringend ersucht an
 dieser Versammlung teilzunehmen.
 Die Branchenkommision.

Mass-

Schneiderei

für elegante

Herrn-Moden

Fertig u. nach Maß. Garantie für
 tadellosten Sitz u. beste Verarbeitung. Auf
Teilzahlung
 Wochenrate von 1 M. an.

J. Kurzberg
 Rosenthaler Str. 40, direkt am
 Markt, 1. Laden u. 1. Et.

Kein Waren-Kredit-Haus.

Weihnachts-Angebot!

Sprechmaschinen! — Riesenaus-
 wahl! Bevor Sie eine kaufen, fordern
 Sie Preisliste. Staunend billige Preise,
 trotzdem nur erstklassige Ware.
Sonderangebot!
 Ein wunderbarer **Konzert-Apparat**
 mit 6 Musikstücken nur 25 Mk. Dieser Apparat
 befriedigt den verwöhntesten Geschmack.

Hermann Hoppe,
 Berlin W., Lothringenstr. 40.
 Steglitz, Schloßstraße 116.

Ohne jede Anzahlung

Pianos

erstklassiges Fabrikat
 (5mal prämiert Staats-
 medaille) in allen Holz-
 und Sülarten von
 wunderbarer Tonfülle.

Conrad Krause Nachf.
 Berlin, Ansbacher Str. 1
 Ecke Kurfürststr. Tel. Charl. 10410.
 Auch Sonntags geöffnet.

ALLE TAGE ANDERS
 Wettelbeck-Platz

**Größe gratis
 Weihnachts-
 Bescheerung**

Auf Kredit!

Herrn-Anzüge

Serie I Anzahlung Mk. 5.—
 Serie II Anzahlung Mk. 8.—
 Serie III Anzahlung Mk. 10.—

Damen-Kostüme Anz. von 6 bis 10 Mk. an
 Damen-Röcke . . Anz. von 3 bis 5 Mk. an
 Damen-Jackette Anz. von 3 Mk. an
 Damen-Blusen . . Anz. von 2 Mk. an

Kinder-Garderobe

für Knaben und Mädchen.

Pelzwaren

Kolossale Auswahl

Preise so billig wie nur möglich!

1 Mark

wöchentlich
 Abzahlung

Gratis-Zugabe:

Herrn: eleg. Hut oder moderner Stock.
 Damen: feine Lederwaren etc. etc.

Dazu sofortige
Gratis-Verabfolgung
 unserer
Weihnachts-Präsente
 wie z. B. die reizendsten
Spielsachen für die Jugend,
 Nützlichste Schmuckgegenstände für den Haushalt
 oder praktische Gebrauchsartikel für Erwachsene.

Einziges Waren-Abzahlungs-Geschäft, das zur
 Verabfolgung der Sparmarken des Rabatt-
 Sparvereins „Norden“ berechtigt ist.

Trotzdem bis zum Feste ebenfalls
sofortige Auszahlung der doppelten Anzahl
 Rabattmarken, so dass dem hoch-
 wohlhabenden Publikum
 jetzt zugute kommen, die nicht etwa vom Konto ab-
 geschrieben, sondern in bar bezahlt werden.

Waren- u. Möbel-Kredit-Haus

ALLE TAGE ANDERS

Größtes Haus am Wettelbeck-Platz
 Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-
 Strassen-Ecke.
 Parterre, I., II., III., IV. Etage.
Abends bis 9 Uhr geöffnet

ALLE TAGE ANDERS

